

200/KOMM XXIV. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen (910/GO XXIV. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll der 17. Sitzung vom 21. März 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL
Untersuchungsausschuss
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen
17. Sitzung/ öffentlicher Teil
vom 21. März 2012
Gesamtdauer der Sitzung:
9.08 Uhr – 15.14 Uhr

Wien, 2012 03 21

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek
Schriftführer

Dr. Gabriela Moser
Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur

Klärung von Korruptionsvorwürfen



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

17. Sitzung/ öffentlich

Mittwoch, 21. März 2012

Gesamtdauer der 17. Sitzung
9.08 Uhr – 15.14 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(17. Sitzung; Mittwoch, 21. März 2012)

Mag. Markus BEYRER	3
Alfons MENSCHENDORFF-POUILLY	64
Alfred GAJDOSIK	98

Beginn der Sitzung: 9.08 Uhr

Obfrau Dr. Gabriela Moser eröffnet die 17. Sitzung des Untersuchungsausschusses **medienöffentlich** und ersucht darum, die **erste Auskunftspersonen** in den Sitzungssaal zu bitten.

9.08

Auskunftsperson Mag. Markus Beyrer

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir beginnen mit der **Anhörung** von Herrn **Mag. Markus Beyrer** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Ich darf Sie – sozusagen außer Protokoll – noch darauf hinweisen, dass heute auch jemand zeichnen wird. Das ist ja entsprechend dem Reglement der Geschäftsordnung durchaus erlaubt.

Herr Mag. Beyrer, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine (vorsätzlich) falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Herr Mag. Markus Beyrer. – Ihre weiteren Personaldaten, die Sie der Parlamentsdirektion bekannt gegeben haben, liegen mir vor.

Sie waren während des Untersuchungszeitraums in keinem öffentlichen Dienstverhältnis.

Ich denke, inzwischen haben auch die Vertreter der Bildmedien ausreichend Gelegenheit gehabt, ihrem Beruf nachzugehen. Bitte seien Sie so freundlich und verlassen Sie jetzt den Saal!

Herr Mag. Beyrer, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich bitte die Vertreter der Bildmedien – Sie haben Ihre Pflicht bei Weitem übererfüllt –, seien Sie so freundlich und verlassen Sie den Sitzungssaal!

Ich komme nun zur **Vertrauensperson**. Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Norbert Wess**. Auch Ihre weiteren Personaldaten, die Sie der Parlamentsdirektion bekannt gegeben haben, liegen mir vor.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Norbert Wess als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich habe auch Sie an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer (vorsätzlich) falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**, Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Mag. Beyrer, auf die Aussageverweigerungsgründe habe ich Sie ja schon hingewiesen.

Sie haben jetzt die Möglichkeit, vor Eingang in die Befragung, dem Ausschuss Ihre Sicht der Dinge in Form einer zehnmütigen Erzählung darlegen. (*Die Auskunftsperson **bejaht** dies.*)

Auskunftsperson Mag. Markus Beyrer: Frau Vorsitzende Dr. Moser! Sehr geehrter Herr Präsident Dr. Hoffmann! Sehr geehrte Ausschussmitglieder! Also erstens hoffe ich, dass ich jetzt nichts Wichtiges überhört habe, denn es war ziemlich schwierig, Ihnen zu folgen bei dem Krach, den die Fotografen gemacht haben. – Aber das wird schon passen.

Ich begrüße die Arbeit des Untersuchungsausschusses; ich verfolge im Wesentlichen dieselben Ziele. Sie wissen, ich bin seit letztem Sommer in der ÖIAG und im Telekom-Aufsichtsrat verantwortlich, und seitdem verfolge ich konsequent drei Ziele: die **vollständige Aufklärung** der Vergangenheit, die möglichst weitgehende **Rückholung** allenfalls rechtsgrundlos ausbezahlter **Gelder** und natürlich die **Umsetzung der Learnings** für die Zukunft. Das sind die drei Ziele, die wir konsequent verfolgen. – Dazu darf ich ein paar Ausführungen machen.

Ich kann Ihnen sagen, das alles hat schon mit der Stunde null begonnen, eigentlich schon vor der ersten Aufsichtsratssitzung, die ich die Ehre hatte, in der Telekom Austria zu leiten. Der erste wirklich belastbare Punkt, mit dem wir es zu tun hatten, war die Aussage dieses einen Mitarbeiters, dieses berühmten Herrn T.; ich glaube, es war der 4. oder 5. August des letzten Jahres; dieser ist dann am selben Tag noch entlassen worden.

Das Aufsichtsratspräsidium hat dann umgehend zwei Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, um zu klären, wie man rasch **Rückforderungsansprüche** aus diesem Aktien-Optionsprogramm stellen kann. In der allerersten Aufsichtsratssitzung, die ich die Ehre hatte, zu leiten – das war am 16. August vergangenen Sommers –, haben wir schon einstimmige Beschlüsse bezüglich einer vollständigen Rückforderung aus diesem Aktien-Optionsprogramm 2000 bis 2004, dem berühmten **ESOP**, getroffen.

Zwei Wochen danach, am 2. September 2011, habe ich eine **außerordentliche Aufsichtsratssitzung** einberufen. Diese außerordentliche Aufsichtsratssitzung hat – wiederum einstimmig – die Einrichtung eines Ad-hoc-Kontrollausschusses beschlossen, hat beschlossen, dass wir ein international ausgewiesenes Wirtschaftsforensik-Team, ein internationales Untersuchungsteam, mit umfassenden Untersuchungen betrauen werden, und dieses Team berichtet an den Aufsichtsrat.

Damit haben wir in Österreich völliges Neuland beschritten. So etwas hat es in Österreich in dieser Form noch nicht gegeben.

Ebenfalls in dieser Sitzung haben wir einen Rechtsanwalt beauftragt, nämlich Herrn Professor **Dr. Bollenberger**, der schon mit der Geltendmachung der Rückforderungen aus dem Aktien-Optionsprogramm, die wir zwei Wochen davor beschlossen haben, mandatiert. Und wir haben in dieser Sitzung beschlossen, dass ein **Konzern-Compliance-Experte** mit dementsprechendem **Track Record** ebenfalls rasch berufen wird. – All das am 16. August.

In der Folge, dann im September: Einrichtung des **Kontrollausschusses**, der in erster Linie die Aufgabe hatte, dieses internationale Untersuchungsteam rasch zusammenzustellen, mehrere Phasen der Hearings. Sie können sich vorstellen, das war gar nicht so leicht, da zu einer Grundgesamtheit zu kommen von non-conflicted, aber gleichzeitig als **top** ausgewiesenen Wirtschaftsforensikern, wenn man ein so großes Unternehmen über einen Zeitraum von zehn Jahren zu untersuchen hat.

Wir haben das in mehreren Phasen – Long List Procedure, Short List Procedure, verschärfte Verschwiegenheitsverpflichtungen, vertiefende Vertragsverhandlungen – dann letztlich verdichtet und noch im Oktober die **BDO Deutschland** mit einem international ausgewiesenen Top-Team mandatiert, und wir haben – ebenfalls noch im Oktober – Herrn **Dr. Martin Walter** als **Chief Compliance Officer** berufen. Das ist der Herr, der in der Deutschen Telekom ebenfalls ein sehr umfassendes und sehr richtungsweisendes Compliance-System eingeführt hat; er hat noch im Oktober seine Arbeiten aufgenommen.

Und ebenfalls Ende Oktober hat das internationale Untersuchungsteam von BDO Deutschland mit seinen forensischen Untersuchungen begonnen, die immer noch in vollem Gange sind.

So viel zu meinen einleitenden Erläuterungen. Ich stehe Ihnen für Fragen gerne zu Verfügung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt als erstem Fragesteller Abg. Kuzdas das Wort.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Frau Vorsitzende! Herr Mag. Beyrer, einen schönen guten Morgen! Herr Mag. Beyrer, Sie haben am 1. März 2012 ein Schreiben der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser bekommen. Es geht um das Thema Stock Option-Programm. Dieses Schreiben lautet folgendermaßen – ich zitiere –:

Ihr Amtsvorgänger, Herr Dr. Michaelis, hat bei seiner Befragung im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss erklärt, dass seitens der ÖIAG wohl nichts gegen eine Übermittlung der Teilnehmer am von der mutmaßlichen Kursmanipulation betroffenen Stock Option-Programm spreche. In diesem Sinn ersuche ich Sie, dem Ausschuss

baldigst eine Liste der Teilnehmer am Stock Option-Programm, das in der außerordentlichen Hauptversammlung der Telekom am 4. Oktober 2000 geschlossen wurde, zu übermitteln. – Zitatende.

Sie, Herr Mag. Beyrer, antworten am 5. März Folgendes – ich zitiere auszugsweise aus Ihrem Schreiben –:

Im Zuge dieser Hauptversammlung wurden die Teilnehmer des Programms abstrakt umrissen, jedoch erfolgte dies ohne konkrete Namensnennung der Teilnehmer. Die Abwicklung des Programms für leitende Angestellte beziehungsweise für Geschäftsführer der Beteiligten, also dem Großteil der Teilnehmer, lag nicht in der Zuständigkeit des Aufsichtsrates des Vorstandes der Telekom Austria beziehungsweise des Aufsichtsrates der Beteiligungen. – Zitatende.

Herr Mag. Beyrer, dazu folgende Frage: Ist es als Aufsichtsrat der Telekom Austria und als ÖIAG-Vorstandsvorsitzender Ihre Aufgabe, nur den Vorstand der **Telekom Austria** zu überprüfen – oder die gesamten Unternehmen beziehungsweise Unternehmensgruppen?

Mag. Markus Beyrer: Das kann ich ganz klar beantworten. Was das Aktien-Optionsprogramm betrifft, ist – war – der Aufsichtsrat der Telekom Austria Group, dem ich vorstehe, dazu berufen, das Aktien-Optionsprogramm festzulegen für die Mitglieder des damaligen Vorstandes. Das habe ich Frau Dr. Moser brieflich mitgeteilt. Das waren Herr Sundt, Herr Colombo, Herr Fischer und Herr Brasic, der das Unternehmen aber **vor** dem Auszahlungszeitpunkt im Jahr 2004 verlassen hat.

Die darüber hinausgehende Liste, wer in verschiedenen Managementebenen daran teilgenommen hat, ist dem Aufsichtsrat zu keinem Zeitpunkt vorgelegen. Das ist Sache des Vorstandes, und das ist auch Sache der Aufsichtsräte der Tochtergesellschaften.

Was aber stattgefunden hat – und das ist wichtig – ist, dass das Unternehmen natürlich alles, was notwendig ist, der Staatsanwaltschaft übermittelt hat, und die Staatsanwaltschaft wiederum muss entscheiden, was sie Ihnen zur Verfügung stellt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Sie schreiben weiter – Zitat –:

Vor diesem Hintergrund liegt der ÖIAG als Gesellschafterin der Telekom Austria auch die von Ihnen angeforderte Teilnehmerliste des Programms jedenfalls nicht vor und kann von dieser daher auch nicht übermittelt werden.

Und am Schluss schreiben Sie:

Abschließend darf ich Sie informieren, dass wir Ihr Schreiben zur Information an den Vorstand der Telekom Austria AG übermittelt haben. – Zitatende.

Dem Untersuchungsausschuss ist bis dato – da sind jetzt drei Wochen vergangen – keine Reaktion des Telekom Austria Vorstandes bekannt.

Wie darf ich Ihre abschließende Bemerkung in dem Schreiben werten: Empfehlen Sie uns eine Herbeischaffung oder eine Hausdurchsuchung bei der Telekom Austria?

Mag. Markus Beyrer: Noch einmal: Die Telekom Austria kooperiert vollinhaltlich mit der Staatsanwaltschaft, und die Staatsanwaltschaft muss entscheiden, was sie von den Unterlagen, die ihr zur Verfügung stehen, an Sie weitergibt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Die Staatsanwaltschaft ist vom Ausschuss ersucht worden, **alle** Unterlagen weiterzuleiten. Bis dato liegen diese aber nicht vor. Ich schließe daraus, dass die Telekom Austria diese Liste noch nicht an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet hat.

Mag. Markus Beyrer: Noch einmal: Die **Staatsanwaltschaft** muss entscheiden, was aus der Fülle der Unterlagen, die ihr vorliegt, an diesen Ausschuss weitergegeben wird. Das hat auch insofern seine Richtigkeit, als wir vollinhaltlich mit der Staatsanwaltschaft kooperieren, und die Staatsanwaltschaft – die natürlich die Einzigen sind, die den Gesamtüberblick haben – muss beurteilen, was man ohne Gefährdung irgendwelcher Ermittlungsergebnisse weitergeben kann.

Ich kann Ihnen nur sagen, wir haben höchstes Interesse, dass die Staatsanwaltschaft mit den Ermittlungen **Erfolg** hat. Ganz einfach, weil wir wollen, dass da Ergebnisse kommen, weil in vielen Fällen erfolgreiche Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und dann am Schluss des Tages natürlich erfolgreiche strafrechtliche Erledigungen – und wo es sein wird, Voraussetzungen wiederum für erfolgreiche zivilrechtliche Ansprüche sind, die **wir** zu stellen haben.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Mag. Beyrer, Sie haben ja mehrfach und auch jetzt in Ihrem Statement die Kooperationsbereitschaft der ÖIAG bekundet.

Haben Sie als Aufsichtsratsvorsitzender der Telekom überprüft, ob und wann diese Liste an die Staatsanwaltschaft übermittelt wurde?

Mag. Markus Beyrer: Der Aufsichtsrat ist nicht zuständig für die Mitarbeiter, die Teilnehmer des Aktien-Optionsprogrammes waren. Der Aufsichtsrat ist zuständig für den Vorstand. Der Aufsichtsrat ist zuständig für die Festlegung der Grundsätze eines solchen Aktien-Optionsprogrammes, und der Aufsichtsrat ist zuständig dafür, dass da jetzt nicht beispielsweise der Portier mit einem Aktien-Optionsprogramm bedacht wird, sondern dass das im Wesentlichen Führungsebenen sind, die da normal, notwendigerweise oder üblicherweise in so einem Programm drin sind. Der Rest ist Sache des Vorstandes oder der Organe der Tochtergesellschaften.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Heißt das im Klartext, dass Sie nicht nachgefragt, dass Sie sich nicht darum gekümmert haben, ob und wann diese Liste an die Staatsanwaltschaft übermittelt wurde?

Mag. Markus Beyrer: Die Staatsanwaltschaft hat **alle Unterlagen** seitens der Telekom, und die Staatsanwaltschaft muss entscheiden, was davon sie an Sie weitergibt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Mag. Beyrer, woher wissen Sie, dass die Staatsanwaltschaft über diese Liste der Teilnehmer am Stock Option-Programm verfügt?

Mag. Markus Beyrer: Das hat der Staatsanwalt der Telekom Austria bestätigt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Dann ist es interessant, festzustellen zu müssen, dass diese Unterlagen dem Ausschuss noch immer nicht vorliegen.

Mag. Markus Beyrer: Ja, aber das ist eine Frage, die Sie nicht an **mich** richten dürfen, sondern an die **Staatsanwaltschaft**.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Halten Sie es für zulässig, dass Sie sich selbst, im Sinne einer lückenlosen Aufklärung – was Sie als eines Ihrer Ziele genannt haben –, **nicht** um die Nachverfolgung dieser Listen-Weitergabe an die Staatsanwaltschaft gekümmert haben?

Mag. Markus Beyrer: Wie ich jetzt schon zweimal ausgeführt habe, hat uns der Staatsanwalt bestätigt, dass er **alle** Unterlagen hat, auch diese Liste – und that's it!

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Mag. Beyrer, diese Liste der Stock Option-Programtteilnehmer ist natürlich nicht uninteressant. Wir haben ja im

Ausschuss schon sehr viele Telekom-Mitarbeiter gehört, und in Kenntnis – momentan noch in **Unkenntnis** – dieser Liste wären natürlich die Aussagen einiger Mitarbeiter vielleicht in einem anderen Licht zu bewerten. – Aber gut, wir werden diese Liste auch noch bekommen.

Herr Mag. Beyrer, das ist ja nicht das Einzige, das dem Ausschuss bisher nicht bekanntgegeben wurde. Es geht auch um eine Liste von E-Mails, angeblich 200 000, die die Zeitschrift „NEWS“ erwähnt hat. Sie haben vor dem Bundesamt für Korruptionsbekämpfung Folgendes angegeben, da steht in einem Amtsvermerk vom 17.10.2011:

Laut Mag. Beyrer sichert die ÖIAG vollste Kooperation zu. – Zitatende.

Dazu gibt es weitere Aktenvermerke, und zwar vom 16.2. über ein Gespräch von Staatsanwalt Hannes Wandl, in dem er mit Rechtsanwalt Dr. Wess telefoniert und sich über die Weitergabe der E-Mails unterhält – ich zitiere –:

Dr. Wess gibt an, er habe mit der Kanzlei BDO, welche die interne Überprüfung der Telekom-Vorfälle durchführe, gesprochen. Diese habe ihm gegenüber angegeben, lediglich das E-Mail, in dem es um 100 000 € für die ÖVP-Bundespartei geht, zu kennen. Am heutigen Tag – das heißt am 17. Februar 2012 – kommt es neuerlich zu einer Besprechung zwischen Staatsanwalt Wandl, Rechtsanwalt Dr. Wess und Dr. Kispert. Darin korrigiert Dr. Wess die gestrigen Aussagen, dass sie sehr wohl die anderen Mails gefunden haben. – Zitatende.

Wissen Sie, ob die Staatsanwaltschaft mittlerweile über diese 200 000 E-Mails verfügt?

Mag. Markus Beyrer: Seien Sie so lieb, geben Sie mir das!

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Also erstens: Die Staatsanwaltschaft hat vollen Zugang zu allem, was dem Unternehmen und insbesondere dem Untersuchungsteam der BDO zur Verfügung steht.

Ob das alles ist, was Herr Kuch in seinen 200 000 Datensätzen hat, können weder ich – weil ich ja sowieso nicht mit der Überprüfung der E-Mails betraut bin – noch die BDO beantworten, weil bis dato ja niemand weiß, was in den 200 000 Datensätzen des Herrn Kuch drinnen ist.

Das, was wir tun können, ist, der Staatsanwaltschaft vollen Zugang zu dem zu verschaffen, was der BDO und dem Wirtschaftsforensik-Team zur Verfügung steht. Das ist auch der Fall. Da wurde ein Modus Operandi gefunden, und zwar ein Modus Operandi, der einerseits natürlich unsere **aktienrechtlichen Verpflichtungen** berücksichtigt, andererseits aber voll die **Ermittlungsnotwendigkeiten** der Staatsanwaltschaft.

Die Staatsanwaltschaft hat uns das schon mehrmals bestätigt, sie hat das aber auch öffentlich getan. Ich habe hier die APA-Meldung vom 16. März, wo die Sprecherin der Staatsanwaltschaft, Frau Michaela Schnell, bestätigt, dass alle Mails, die der BDO zur Überprüfung zur Verfügung stehen, in den Örtlichkeiten der BDO von Staatsanwaltschaft und Polizei eingesehen werden können, und relevante Mails können auch schriftlich übermittelt werden. Das heißt, es gibt einen Modus, und die Staatsanwaltschaft hat vollen Zugang zu allem, was für sie notwendig ist.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Mag. Beyrer, ich komme nochmals auf Ihre Aussage und auch auf die Aussage von Generaldirektor Ametsreiter zurück, für volle Aufklärung zu sorgen. Ich zitiere weiter aus diesem Aktenvermerk von Staatsanwalt Mag. Hannes Wandl:

„Ich halte Dr. Wess vor, dass ich es als untragbaren Zustand empfinde, dass derartige Mails wie jenes über €100 000, an die ÖVP über Hohegger – das offensichtlich für das Ermittlungsverfahren von Bedeutung ist – nicht sofort der Staatsanwaltschaft Wien zur Kenntnis gebracht werden. Im Übrigen sei der Standpunkt der Telekom, wonach von den ausgeschiedenen Vorständen keine E-Mails mehr vorhanden seien, weil diese 30 Tage nach deren Ausscheiden gelöscht werden, unglauwürdig, weil dies sogar vor Ablauf jeglicher Regressfrist gegenüber den ehemaligen Vorständen wäre. Zudem halte ich es für technisch schwer durchführbar, auch die E-Mails von sämtlichen bestehenden Sicherungsbändern zu löschen.“

Ich frage Sie: Ist diese Verhaltensweise der Telekom oder auch des Aufsichtsorganes im Sinne der immer wieder behaupteten **lückenlosen Aufklärung** vertretbar?

Mag. Markus Beyrer: Noch einmal: Wir kooperieren von Anfang an voll und vollinhaltlich mit der Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft hat uns das mehrmals bestätigt.

Das, was Sie zitieren, ist historisch völlig überholt. Da hat es ein, zwei Tage eine gewisse Verwirrung gegeben, weil keiner gewusst hat, was in diesen Mails ist, die Herr Kuch da hat. Das weiß man auch bis heute nicht.

Man hat sehr rasch einen Modus Operandi mit dem Staatsanwalt gefunden. Wenn Sie den Staatsanwalt befragen, wird er Ihnen das bestätigen. Die Staatsanwaltschaft hat vollen Zugriff auf alle für sie notwendigen Daten, und die Staatsanwaltschaft ist mit der Zusammenarbeit hochzufrieden.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich frage ja nicht die Staatsanwaltschaft, sondern **Sie**, weil Sie heute hier sitzen. Sie haben einen Kontrollausschuss eingerichtet und sind Leitungsorgan – wie es in diesem Bericht steht. Sie lassen sich ja regelmäßig, nehme ich an, berichten über die Fortschritte der Aufklärung.

Haben Sie sich überzeugt, dass diese E-Mails tatsächlich gelöscht wurden?

Mag. Markus Beyrer: Herr Abgeordneter, die BDO, das sind Experten in diesem Bereich, überprüfen bei einem großen österreichischen Unternehmen einen Zeitraum von zehn Jahren. Da geht es um zig Millionen Mails.

Ich habe natürlich mit der Manipulation oder mit der Handhabung oder der Überprüfung von Mails persönlich überhaupt nichts zu tun.

Der Kontrollausschuss ist dazu da gewesen, ein internationales Top-Team von Experten einzurichten, die diese Überprüfung höchst professionell durchführen. Und die müssen uns bis zur Hauptversammlung einen **Endbericht** vorlegen, mit dem wir dann auf der Hauptversammlung Rechenschaft abgeben werden. Das ist höchst ambitioniert. Alles, was strafrechtlich relevant ist, für den Staatsanwalt relevant ist oder vom Staatsanwalt nachgefragt wird, bekommt natürlich der Staatsanwalt. – Punkt eins.

Das Ziel dieser Arbeit ist es aber, in erster Linie gerichtsverwertbare Sachverhalte zu verdichten – mit dem Ziel, über Schadenersatz und über Bereicherungsansprüche möglichst viel von dem Geld, das möglicherweise – das muss ja alles erst erwiesen werden – rechtsgrundlos ausgezahlt wurde, zurückgeholt wird.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ganz kurz, Herr Vorstandsdirektor: Sie sind ja der Leiter des Aufsichtsrates, der Vorsitzende des Aufsichtsrates, und damit eines der höchsten Kontrollgremien, das natürlich in besonderem Maße auf die Gebarung der Geschäftsführung und des gesamten Unternehmens Rücksicht nehmen – und kontrollieren muss. Der Vorwurf, der hier vorgelesen worden ist, nämlich, dass es undenkbar ist, dass Daten und Mails von Vorständen unmittelbar

nach deren Ausscheiden gelöscht werden, ist etwas, wo ja eigentlich die **Alarmglocken**, auch in einem Kontrollmedium, klingeln müssten.

Jetzt war die Frage, und ich darf Sie das vielleicht noch einmal fragen – ich persönlich halte es nicht für möglich, dass sich der Aufsichtsrat über eine derart wesentliche Behauptung, Entwicklung und Frage **nicht** auseinandersetzt –: Ist der Aufsichtsrat tatsächlich nicht befasst worden mit diesem Thema? Wenn er doch befasst worden ist: zu welchen Erkenntnissen ist er gekommen?

Mag. Markus Beyrer: Also erstens: Sie wissen ja, dass ich seit letztem Sommer Aufsichtsratsvorsitzender bin. Die Bestimmungen, um die es hier geht, sind wesentlich älter.

Zweitens: Natürlich haben wir die Frage, wie mit der Löschung von Mails umzugehen ist, behandelt, und natürlich ist das Teil der Compliance-Arbeit, die Herr Dr. Walter jetzt ausübt. Ich bin ja kein Experte in diesem Bereich gewesen, wer wann welche Mails löscht, ich habe aber sehr rasch damals anschauen lassen, wie das in anderen Unternehmen ist. Und da kann ich Ihnen sagen, dass der Lösungszeitraum oft noch viel kürzer ist, nämlich **sechs Tage**.

Bei mir in der ÖIAG ist es viel länger, das ist aber auch eine Frage von **Datenmengen**. Bei einem großen Unternehmen ist es einfach eine Frage von Datenmengen, und das ist ein normaler Vorgang, dass man festlegt, wann wo welche Daten gelöscht werden oder nicht mehr zur Verfügung stehen.

Aber klar, es gibt Learnings daraus, und klar, es wird Vorschläge seitens des Compliance-Experten geben, in welcher Art und Weise da in der Zukunft vorzugehen ist.

Aber Sie reden von Bestimmungen, die erstens einmal nicht aufsichtsratspflichtig waren und zweitens lange **vor** meiner Zeit letztlich getroffen wurden.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Eine letzte Frage zu diesem Themenkomplex in der ersten Runde. Sie haben am 2.9.2011 in der außerordentlichen Aufsichtsratssitzung den Kontrollausschuss eingerichtet. Zu einem ... (*Mag. Beyrer: Wir haben die Einrichtung, ja ...*) – Lassen Sie mich die Frage formulieren!

Zur Aufklärung gehört natürlich auch, dass der Auftraggeber dieses Kontrollausschusses regelmäßig informiert wird.

Gibt es eine standardisierte Information? Wenn ja: Wie sieht die aus und wie häufig lassen Sie sich vom Kontrollausschuss über Ergebnisse informieren?

Mag. Markus Beyrer: Im Wesentlichen trifft sich der Kontrollausschuss im Schnitt monatlich, würde ich sagen. Die Arbeitsteilung ist so: Der Kontrollausschuss ist im Wesentlichen für den Prozess zuständig, das ist Projektmanagement. Wir waren dafür zuständig, dass wir rasch dieses Team einrichten, wir waren dafür zuständig, die auszuwählen. Wir waren dafür zuständig, auch die Ressourcen zur Verfügung zu stellen, dass dieses Untersuchungsteam bis zur Hauptversammlung – und das ist eine Riesenherausforderung bei den Datenmengen, die zu bewältigen sind – diesen Bericht fertig haben kann. Ich hoffe, dass das gelingen wird.

Bei diesen Kontrollausschuss-Sitzungen, wie gesagt, geht es dann immer wieder auch ums Budget, da der Kontrollausschuss, das Untersuchungsteam natürlich die Aufgabe hat, auch links und rechts zu schauen. Da geht es dann da und dort auch um die Ausweitung. Gleichzeitig sind wir auch dafür zuständig, dafür zu sorgen, dass die Kosten nicht völlig aus dem Ruder laufen. Aber es ist ganz klar, dass alles, was notwendig ist für die Aufklärung, getan wird.

In diesen Sitzungen wird im Wesentlichen gesagt, in welchen Momenten oder Schwerpunkten momentan untersucht wird, und da geht es aber natürlich – wenn überhaupt – um Zwischenvermutungen, und das ist eben der Unterschied zwischen dem In-den-Raum-Stellen von Vermutungen und dem Schaffen von gerichtsverwertbaren Sachverhalten.

Unser Ziel ist es – das ist das Ziel, das ich als Aufsichtsratsvorsitzender im Rahmen meiner Verpflichtungen verfolgen muss –, **gerichtsverwertbare** Sachverhalte zu schaffen, die dann am Schluss des Tages auch dazu führen, dass wir möglichst viel von dem Geld, das möglicherweise rechtsgrundlos ausbezahlt wurde, für das Unternehmen und damit natürlich auch vor allem für die Aktionäre wieder zurückholen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Guten Morgen! Bevor ich zu Fragen wie Spendenwäsche, verdeckte Parteienfinanzierung und so weiter komme – ich beginne nicht mit der Jägerei, weil ich das eher für ein „Begleitphänomen“ und für die „Kultur“ der Korruption, aber nicht für die Korruption selbst halte –, einmal kurz etwas zu Ihrem beruflichen Werdegang.

In welchen Unternehmen haben Sie eigentlich Management-Erfahrung gesammelt?

Mag. Markus Beyrer: Ich hatte in der Industriellenvereinigung eine sehr weitgehende Managementfunktion, eine Aufgabe, die mit Führung zu tun hatte, die mit Management zu tun hatte, die mit Budgetverantwortung zu tun hatte, die mit Personalverantwortung zu tun hatte. Und ich hatte gleichzeitig die Möglichkeit, in einer ganzen Reihe von Unternehmen in Aufsichtsräten Erfahrungen zu sammeln. Ich war lange Zeit stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Raiffeisen-Holding und dort auch Finanzexperte im Prüfungsausschuss. Ich war im Aufsichtsrat der Siemens Österreich AG und auch in einer Reihe von anderen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn Sie die Industriellenvereinigung als Unternehmen betrachten und sich selbst damals dort in Ihrer Zeit als Manager, dann werden wir ja später darauf zurückkommen, welche Produkte die Industriellenvereinigung unter Ihrer Leitung hergestellt hat.

Aber gehen wir noch einmal zurück: Direktmanagement in Unternehmen nicht, wissen wir beide, wissen auch andere.

Sagen Sie: Ende der neunziger Jahre und um die Jahrtausendwende, wo war da Ihre berufliche Tätigkeit?

Mag. Markus Beyrer: Ich war von 1999 bis 2002 der wirtschaftspolitische Berater von Dr. Wolfgang Schüssel. Im ersten Jahr in seiner Zeit als Vizekanzler und dann in seiner Zeit als Bundeskanzler.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und dann sind Sie, wenn ich das richtig nachvollzogen habe, Generalsekretär der Industriellenvereinigung geworden.

Mag. Markus Beyrer: Nein, dann bin ich Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der Wirtschaftskammer Österreich geworden, im Jahr 2002, in dieser Zeit auch arbeitgeberseitiger Fraktionsführer im Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, und dann im Jahr 2004, im Sommer 2004 wurde ich zum Generalsekretär der Industriellenvereinigung berufen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Am 16. August 2004 – und das waren Sie bis März 2011, wenn ich das richtig in Erinnerung habe.

So: Sagen Sie, was wissen Sie über Spenden der Telekom AG, die an die – in dem Zeitraum, in dem Sie Generalsekretär der Industriellenvereinigung waren – Industriellenvereinigung gegangen sind, über die normalen Mitgliedsbeiträge hinaus?

Mag. Markus Beyrer: Die Telekom Austria AG, wie alle anderen Mitgliedsunternehmen der Industriellenvereinigung, zahlen bei der Industriellenvereinigung Mitgliedsbeiträge, angemessene Mitgliedsbeiträge und erhalten dafür auch eine, ich würde einmal sagen, mehr als angemessene Gegenleistung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich weiß nicht, ob die Industriellenvereinigung diese Gegenleistung erhält, dazu kommen wir ja später.

Ich sage Ihnen gleich, worum es geht. Es geht um die Frage der Spendenwäsche für die ÖVP durch die Industriellenvereinigung. Es geht um die Frage, ob im Rahmen mehrerer Projekte, nicht nur Tetron, durch konsortiumsinterne Verrechnung überhöhter Preise Gelder über einzelnen Firmen an die Industriellenvereinigung weitergeleitet worden sind und von dort gewaschen, nach dem österreichischen Parteiengesetz, an die ÖVP weitergeleitet worden sind – und dann in einer nicht nachvollziehbaren Sammelmeldung an den Rechnungshofpräsidenten übermittelt worden sind. Deswegen frage ich Sie: Wie hoch waren in den Jahren, in denen Sie in der Industriellenvereinigung waren, die Zuwendungen der **Telekom AG** an die Industriellenvereinigung?

Mag. Markus Beyrer: Noch einmal: Die Mitglieder der Industriellenvereinigung bezahlen bei der Industriellenvereinigung Mitgliedsbeiträge, angemessene Mitgliedsbeiträge, und sie erhalten dafür auch angemessene Gegenleistungen. Wie hoch die Zahlungen genau waren, weiß ich nicht. Ich bin nicht der Buchhalter der Industriellenvereinigung gewesen und wäre auch gar nicht befugt, Ihnen diese Auskunft zu geben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es in dieser Zeit nennenswerte Zahlungen vonseiten der **Alcatel** an die Industriellenvereinigung gegeben?

Mag. Markus Beyrer: Die Alcatel war auch ein Mitglied der Industriellenvereinigung, ist das nach wie vor, und auch die Alcatel hat Mitgliedsbeiträge an die Industriellenvereinigung bezahlt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie jemals von Vorgängen Kenntnis erhalten, dass die Alcatel unter ihrem späteren Generaldirektor Harald Himmer an die Industriellenvereinigung Zahlungen geleistet hat – mit der Absicht und mit der Bestimmung, dass diese Zahlungen an die Österreichische Volkspartei weitergeleitet werden?

Mag. Markus Beyrer: Noch einmal: Die Alcatel hat, genauso wie die Telekom Austria oder andere Mitgliedsunternehmen der Industriellenvereinigung, bei der Industriellenvereinigung Mitgliedsbeiträge bezahlt und hat dafür auch sehr angemessene Gegenleistungen bekommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie meine Frage verstanden?

Mag. Markus Beyrer: Ich habe Ihre Unterstellung verstanden, und ich habe Ihnen gesagt, alle Mitgliedsunternehmen zahlen angemessene Mitgliedsbeiträge bei der Industriellenvereinigung. Ansonsten habe ich dazu keine weiteren ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich bin nicht bereit, zu Ihren unvollständigen Antworten **dazupassende Fragen** zu suchen, deswegen stelle ich meine eigene Frage noch einmal. (*Obfrau Dr. Moser: Bitte zur Telekom fragen!*)

Es geht um Telekom-Gelder, und es geht um den Verdacht – der von mehreren Seiten auch mir gegenüber geäußert worden ist und den ich an die Staatsanwaltschaft weiterleiten werde –, dass über die Weiterverrechnung überhöhter Preise an die Telekom im Rahmen von zumindest einem Projekt die Alcatel **Differenzbeträge** an die

Industriellenvereinigung überwiesen habe und diese Differenzbeträge bestimmt waren, Parteispender für die Österreichische Volkspartei zu werden.

Genau das möchte ich untersuchen. Ich unterstelle gar nichts, sondern ich versuche nur einmal, eine Frage zu stellen. Sie können das ja ganz leicht mit einer klaren Antwort aus der Welt räumen; dann werde ich Sie dazu auch nicht weiterfragen.

Also: Ist Ihnen jemals etwas bekannt geworden, hatten Sie jemals Hinweise, dass die Alcatel an die Industriellenvereinigung in der Zeit, in der Sie Generalsekretär waren, finanzielle Zuwendungen geleistet hat mit der Absicht, dass sie an die ÖVP weitergeleitet werden?

Mag. Markus Beyrer: Erstens: Ich werde Ihre Unterstellung jetzt noch einmal ganz deutlich zurückweisen. Sie üben diese Unterstellungen jetzt eigentlich schon ziemlich lange – ohne jeden in irgendeiner Form damit zusammenhängenden Wahrheitsgehalt. Diese Unterstellung weise ich einmal grundsätzlich völlig zurück!

Zweitens: Alcatel ist hier nicht Prüfungsgegenstand, aber: Auch die Alcatel hat normale Mitgliedsbeiträge an die Industriellenvereinigung bezahlt.

Und – ich habe mir Ihren Blog angesehen; Sie haben irgendwann einmal auch behauptet, dass, und daraus wird wahrscheinlich der Irrtum kommen, da irgendwo 3 Millionen bezahlt wurden –: Wenn man sich den normalen Mitgliedsbeitrag – soweit ich mich erinnere, hat die Alcatel immer einen normalen Mitgliedsbeitrag bezahlt – der Alcatel anschaut und von Euro in Schilling umrechnet, dann kommt ziemlich genau jener Betrag heraus, den Sie einmal behauptet haben. Also wahrscheinlich gibt es da einfach einen Irrtum zwischen Euro und Schilling.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja, der Kern des Problems der Industriellenvereinigung ist ja ein Währungsumrechnungsproblem. Vielleicht ist das eines der Ergebnisse des Untersuchungsausschusses.

Sie haben meine Frage trotzdem nicht beantwortet. Ich wiederhole sie ein drittes Mal und sage Ihnen noch etwas dazu: Ihre Organisation – ich weiß nicht, ob Sie persönlich, möglicherweise, und ich habe das auch ohne Schutz der Immunität schon einige Male erklärt, öffentlich, in Pressekonferenzen, nämlich den Verdacht der Spendenwäsche für die ÖVP durch die Industriellenvereinigung –, Ihre Organisation hat immer erklärt, mich klagen zu wollen. Ich hätte kein Problem damit gehabt. Ich hätte gerne alle zeugenschaftlich befragt, nur zu dieser Klage ist es nie gekommen. – Das nur als kleine Vorgeschichte.

Jetzt habe ich die Möglichkeit, Sie unter Wahrheitspflicht zu befragen, da die Industriellenvereinigung nie den Gang zum Gericht gewagt hat, und daher frage ich Sie noch einmal, und wenn Sie wollen, frage ich Sie ein fünftes und ein zehntes Mal, ich bin da geduldig:

Haben Sie jemals irgendwelche Hinweise darauf erhalten, dass die Alcatel an die Industriellenvereinigung Zahlungen mit der Bestimmung, sie an die ÖVP weiterzuleiten, bekommen hat?

Mag. Markus Beyrer: Dazu habe ich keine darüber hinausgehende Wahrnehmungen. Die Alcatel hat bei der Industriellenvereinigung normale Mitgliedsbeiträge bezahlt, und ich kann Ihnen versichern, dass in meiner Zeit in der Industriellenvereinigung immer alles korrekt abgelaufen ist und wir uns immer an alle Gesetze gehalten haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie ausschließen, dass die Industriellenvereinigung Spenden für die ÖVP wäscht?

Mag. Markus Beyrer: Das ist eine Unterstellung. Die Industriellenvereinigung ist eine Organisation, die von freiwilligen Mitgliedsbeiträgen ihrer Mitglieder lebt und diese auch erhält.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das mit der Unterstellung schenke ich Ihnen, wenn Sie sie auch immer wiederholen, und ich sage Ihnen auch warum: Ich möchte möglichst klare Aussagen von Ihnen bei Protokoll, denn sollte sich dann in den späteren Erhebungen und Ermittlungen möglicherweise der Staatsanwaltschaft etwas ergeben, dann haben wir zumindest sehr klare Aussagen von Ihrer Seite – wer weiß, wofür es gut ist.

Also: Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen, die darauf hindeuten, dass die Industriellenvereinigung als Spendenwaschanlage für die Österreichische Volkspartei funktioniert? (*Obfrau Dr. Moser: Bitte den Zusammenhang mit der Telekom herstellen oder eine andere Frage stellen!*) – Es ist überhaupt kein Problem, den Zusammenhang mit dem Komplex Telekom herzustellen.

Weil der Verdacht besteht, dass es möglicherweise durch die Verrechnung erhöhter interner Preise innerhalb des Tetron-Konsortiums, aber auch in anderen Bereichen zur – sagen wir einmal – Verwandlung von Telekom-Geldern in Alcatel-Gelder mit dem Zweck der Weiterleitung über die IV an die ÖVP gekommen ist, versuche ich dem einfach nachzugehen, und ich frage Sie einfach nach Wahrnehmungen, nach Wahrnehmungen eines Dritten, ob Sie irgendwelche Hinweise auf derartige Vorgänge erhalten haben.

Sie wissen ja, dass die Spendenwäsche in der Bundesrepublik Deutschland strafbar ist, dort geht man drei Jahre ins Gefängnis, wenn man erwischt wird. In Österreich ist das kein Problem, ist das alles straffrei. Dieses Delikt gibt es bei uns nicht. Deswegen frage ich Sie nach der Wahrnehmung von etwas, das bei uns vollkommen straffrei ist. Vielleicht unterliegt das einem zukünftigen Ehrenkodex der ÖVP, aber den Staatsanwalt geht es in dieser Form sicherlich nichts an. Bedauerlicherweise!

Mag. Markus Beyrer: Also noch einmal: Erstens bin ich hier als Aufsichtsratsvorsitzender der Telekom Austria AG, und ich bin auch nicht mehr befugt, für die Industriellenvereinigung zu sprechen. Außerdem, wie gesagt, behaupten Sie diese Dinge, die völlig haltlos sind, ja schon seit vielen Jahren.

Noch einmal, die Mitgliedsunternehmen der Industriellenvereinigung zahlen bei der Industriellenvereinigung Mitgliedsbeiträge, und in meiner Zeit als Generalsekretär, kann ich Ihnen bestätigen, ist immer alles korrekt abgelaufen. Wir haben uns an alle Gesetze gehalten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben den Kern meiner Frage trotzdem nicht beantwortet, ob irgendwelche Gelder von Unternehmen an die ÖVP weitergeleitet worden sind. Ich nehme zur Kenntnis, Sie wollen diese Frage nicht beantworten, und gehe davon aus, dass es noch andere Einrichtungen gibt, die Sie in Zukunft dazu befragen könnten. Also lassen wir einmal diesen Komplex.

Der zweite Komplex ist der ganze Bereich des damit verbundenen Jagdwesens, und der dritte wird dann die Kontrolle sein.

An wie vielen Jagden auf Einladung der Telekom haben Sie teilgenommen?

Mag. Markus Beyrer: Wir haben dazu schon im letzten Herbst einmal ein Telefonat gehabt. Sie haben mich angerufen vor einer Dringlichen Anfrage oder so etwas, und ich habe Ihnen damals schon vollinhaltlich Auskunft gegeben.

In meiner Zeit als Generalsekretär der Industriellenvereinigung war ich von Mitgliedsunternehmen natürlich zu ganz unterschiedlichen Dingen eingeladen. Einen

ganz geringen Anteil von diesen Einladungen habe ich auch angenommen, und zwar immer in Vollabsprache mit dem Präsidenten der Industriellenvereinigung. Da waren auch einige Jagden darunter, und da waren auch die eine oder andere Jagd seitens der Telekom Austria dabei.

Wie viele das genau waren? – Ganz ehrlich, ich führe darüber nicht Buch. Zwei waren es auf jeden Fall, aber ich führe darüber nicht Buch.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Zwei sind ja dokumentiert, darauf werden wir dann noch zurückkommen.

Mag. Markus Beyrer: Es macht auch keinen Unterschied, ob es zwei oder fünf oder wie viele auch immer waren – in einer Zeit, in der ich das durfte und in der das auch von mir erwartet wurde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja, klar, so stellt man sich eine Interessenvertretung vor: dass diejenigen, deren Interessen vertreten werden sollen, den Interessenvertreter zum Jagen einladen, damit die Interessen vertreten werden.

Mag. Markus Beyrer: Herr Abgeordneter, die Frage, wie sich eine Interessenvertretung und die Mitglieder der Interessenvertretung ihren Generalsekretär vorstellen, beantworten die Mitglieder der Interessenvertretung – und nicht Sie!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Erstens beantworte das ich, wenn ich das beantworten will, und zweitens kommen wir jetzt zum Kern der Sache.

Also: An welche Telekom-Jagden können Sie sich erinnern?

Mag. Markus Beyrer: Auf jeden Fall an eine Jagd in Luising und an eine Jagd in Schottland. Das ist ja alles schon medial mehr als genug breitgetreten worden und wird auch jedes Monat wieder als „Neuheit“ verkauft.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gab die Treibjagd im November 2007 auf Hochwild. Daran teilgenommen haben Herr Gernot Schieszler, Herr Michael Fischer, Frauenholz, Donaubauer, Switak, René Benko, Stanislaus Turnauer, Robert Gruber, Hans Georg Schiebel – das ist der von diesen Schiebel-Drohnen, der Gaddafi mit Drohnen versorgt hat –, Herr Wasserburger, David Ungar-Klein, Philipp Ita und natürlich Markus Beyrer.

Wer hat das bezahlt?

Mag. Markus Beyrer: Diese Jagd – korrekt, das war auf Einladung der Telekom.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, die Telekom hat sie bezahlt. (*Mag. Beyrer: Ja natürlich!*) – Haben Sie für die Abschüsse irgendetwas bezahlt?

Mag. Markus Beyrer: Nein, das war eine **Einladung**.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Mag. Beyrer, können Sie ein wenig beschreiben, welche Möglichkeiten die ÖIAG hat, um auf die operative Geschäftsführung der Telekom Einfluss zu nehmen?

Mag. Markus Beyrer: Da muss man jetzt aktienrechtlich ein bisschen unterscheiden. Die ÖIAG als solches ist Kerneigentümer der Telekom Austria AG, hält 28,42 Prozent für die Republik. Die Rolle der ÖIAG als Gesellschaft beschränkt sich im Wesentlichen auf die Hauptversammlung. Das Beteiligungsmanagement und auch das Controlling, das wir in diesem Zusammenhang natürlich tun, ist meine Rolle oder natürlich davor die Rolle meines Vorgängers. Wie ich schon ausgeführt habe, bin ich ja erst seit letztem Sommer Aufsichtsratsvorsitzender der Telekom Austria AG. Der Link dazu ist meine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender, und das ist wie bei jedem anderen Aufsichtsrat auch. Es geht darum, dass man die richtigen Personen aussucht, es geht

darum, dass man sie richtig intensiviert, und es geht im Wesentlichen um die Grundzüge der Geschäftspolitik.

Also das, mit dem sich ein Aufsichtsrat beschäftigt, ist die grundsätzliche Strategie des Unternehmens, ist die Frage von Akquisitionen oder Devestitionen, wenn sie die Wertgrenzen übersteigen, die aufsichtsratspflichtig sind, und ist natürlich die Frage der Compliance. Und das ist etwas, das mich, wie Sie sich vorstellen können, seit dem letzten Sommer massiv und teilweise Tag und Nacht beschäftigt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich komme auf die Tätigkeit des Aufsichtsrates und auf allfällige Handlungsweisen noch zurück.

Zunächst: Gibt es einen direkten Einfluss der ÖIAG auf das operative Geschäft der Telekom Austria?

Mag. Markus Beyrer: Den gibt es natürlich nicht. Das operative Geschäft ist Sache des Vorstandes; dafür gibt es ja einen Vorstand. Dann gibt es gewisse Schnittstellen zum Aufsichtsrat, und die ÖIAG ist Eigentümer. Das heißt, die ÖIAG als Gesellschaft ist davon noch eine Stufe weiter weg und hat ihre Rolle eigentlich in der Hauptversammlung.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Hat das Finanzministerium irgendwelche Möglichkeiten, auf das operative Geschäft der Telekom Einfluss zu nehmen? (*Mag. Beyrer: Null!*) – Gibt es ein Berichtswesen – und wenn ja, wie schaut das aus?

Mag. Markus Beyrer: Die Rolle des Finanzministeriums ist die in der Hauptversammlung der ÖIAG, einmal im Jahr, aber es gibt natürlich kein Berichtswesen aus einer börsennotierten Gesellschaft unter Überspringung mehrerer aktienrechtlicher Stufen, denn das wären ja Informationen, die man im Rahmen einer ganzen Reihe von Bestimmungen, aktienrechtlichen Bestimmungen, börserechtlichen Bestimmungen, so gar nicht weitergeben **darf**.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das heißt, das Finanzministerium hat nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten, überhaupt an Informationen bezüglich des operativen Geschäftes der Telekom Austria heranzukommen?

Mag. Markus Beyrer: Das Finanzministerium bekommt auf Nachfrage und teilweise auch in Berichten sehr eingeschränkte Informationen. Das hat aber sehr enge Grenzen, weil wir hier im Aktienrecht sind, weil wir hier im Börserecht sind, und insbesondere bei einem börsennotierten Unternehmen sind diese Grenzen sehr eng gezogen. Anders gesagt, die meisten Dinge, die ich als Aufsichtsratsvorsitzender erfahre, dürfte ich jetzt quasi der Gesellschaft ÖIAG als solche sowieso nicht weitergeben, weil das eben eine **Bevorzugung** eines Aktionärs gegenüber allen anderen Aktionären wäre.

Das Finanzministerium ist davon überhaupt noch einmal zwei Stufen entfernt. Also das hat äußerst enge Grenzen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Mag. Beyrer, Sie haben gesagt, dass Sie seit Sommer 2010 Vorsitzender des Aufsichtsrates sind. (*Mag. Beyrer: 2011, also seit einigen Monaten!*) – 2011.

Wann haben Sie das erste Mal von möglichen Malversationen innerhalb der Telekom gehört?

Mag. Markus Beyrer: An diesem 4. oder 5. August, also **gehört**. Die Gerüchte bezüglich des Aktien-Optionsprogramms gibt es ja schon lange, aber der Punkt ist, man kann immer nur etwas tun, wenn man belastbar etwas zur Verfügung hat. Und

das erste Belastbare, was diesem Unternehmen zur Verfügung gestanden ist, war dieses Geständnis des Herrn T. am 4. oder 5. August.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wie oft hat der Aufsichtsrat seit dem Bekanntwerden dieser möglichen Malversationen getagt?

Mag. Markus Beyrer: Das weiß ich jetzt nicht auswendig, aber sehr oft. Es hat Sondersitzungen gegeben, es hat Kontrollausschusssitzungen gegeben. Sie können sich vorstellen, dass uns das seitdem intensivst beschäftigt.

Aber zu Ihrer Vorfrage zurück: Gehört? – Es hat ja schon vorher Untersuchungen gegeben, die noch von meinem Vorgänger angeregt wurden, und das hat dann zu diesen Untersuchungen, die von Deloitte durchgeführt wurden, geführt. Natürlich hatte ich davon gehört in den Übernahmegesprächen, aber das waren Untersuchungen, die damals schon angestoßen wurden.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wie regelmäßig berichtet Ihnen eigentlich der Kontrollausschuss des Aufsichtsrates, wie oft berichtet er dem Aufsichtsrat?

Mag. Markus Beyrer: Der Kontrollausschuss ist ja, wie gesagt, die Prozessermöglichende Schnittstelle zum Untersuchungsteam. Die inhaltliche Arbeit macht vollinhaltlich das Untersuchungsteam. Im Schnitt – habe ich, glaube ich, eingangs gesagt – ist ungefähr **eine** Kontrollausschusssitzung im **Monat**, aber wir laden das Untersuchungsteam natürlich auch zu den Aufsichtsratssitzungen ein. Ich glaube, sie waren bei jeder Aufsichtsratssitzung dabei, mit Ausnahme der Dezember-Sitzung. Diese war in Kroatien, und es hätte keinen Sinn gemacht, sie dorthin einzufliegen. Aber grundsätzlich sind sie in jeder Aufsichtsratssitzung dabei.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wer hat dieses Untersuchungsteam der BDO zusammengestellt?

Mag. Markus Beyrer: Der **Kontrollausschuss** im Rahmen eines umfassenden und sehr detaillierten Hearing-Verfahrens. Es war, wie gesagt, gar nicht so leicht, am Ende des Tages zu einer Shortlist von möglichen Prüfungsunternehmen zu kommen, die nicht irgendwie conflicted sind. Wenn man solch ein großes Unternehmen über einen so langen Zeitraum – nämlich zehn Jahre – überprüft, dann scheiden natürlich eine ganze Reihe von Unternehmen schon allein deshalb aus, weil sie in irgendeiner Form conflicted sind, weil sie irgendwo eine Due Diligence gemacht haben für eine Akquisition, die überprüft wird, weil sie in irgendeiner Form einen Jahresabschluss gemacht haben, und so weiter.

Ich war sehr froh, dass wir am Ende des Tages ein Topunternehmen beauftragen konnten, und zwar in dem Fall **BDO Deutschland**, ein Unternehmen, das eben nicht conflicted war, das gleichzeitig einen hervorragenden Track Record und exzellente Wirtschaftsforensik-Experten zur Verfügung hatte.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Mag. Beyrer, in der Frage der Wirtschaftsforensik sind wahrscheinlich die meisten eher Laien. – Können Sie beschreiben, wie die Arbeit dieses Teams abläuft, und wie groß dieses Team ist? Da geht es ja um unglaubliche Datenmengen, die überprüft werden müssen. Können Sie das ein wenig beschreiben?

Mag. Markus Beyrer: Also das sind 15 bis 17 Leute – das variiert ein bisschen, je nach Arbeitsanfall –, es geht um zig Millionen Datensätze, sie arbeiten nach verschiedenen Workstreams, haben also verschiedene Schwerpunkte, haben aber natürlich den Auftrag, nach links und nach rechts zu schauen. Die Arbeit ist im Laufe der letzten Monate auch mehrmals ausgeweitet worden, weil man, wenn da und dort noch etwas Untersuchungsnotwendiges auftaucht, das klarerweise auch untersucht

und alles untersuchen lässt. Sie führen Interviews, machen computerisierte Checks von, wie gesagt, Millionen Datensätzen. Dann poppen halt verschiedene Dinge, Begriffe und so weiter auf, dann muss man das verdichten, dann schaut man in verschiedene andere Papiere der Unternehmen. Das Allererste, glaube ich, was sie gemacht haben, ist einmal Sicherung aller Archive. Also da ist sehr viel Fußarbeit dabei.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Können Sie skizzieren, welche Geschäftsfälle und über exakt welchen Zeitraum diese Überprüfungen stattfinden?

Mag. Markus Beyrer: Ich bin mir nicht sicher, ob ich das darf. Ich meine, ich habe kein Problem damit, aber ...

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Es ergibt sich die Frage, inwieweit Sie einerseits als Aufsichtsrat, andererseits als Vorstand der ÖIAG allenfalls gehalten sind, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse reservat zu halten. Dazu kommt, dass auch das, was innerhalb eines Aufsichtsrates oder innerhalb eines Vorstandes für reservat erklärt wird, also nur diesem kleinen Kreis bekannt ist und im Unternehmen nicht offen bekannt ist, ein Geschäftsgeheimnis darstellt. Das heißt, derartige Kenntnisse, die Sie erhalten haben und die innerhalb der Gremien **reservat** gestellt sind, dürfen Sie **nicht** preisgeben, und daher sind Sie berechtigt, diesbezüglich die Beantwortung von Fragen abzulehnen.

Mag. Markus Beyrer: Wie gesagt, Herr Abgeordneter, Sie können davon ausgehen, dass wir alles untersuchen, was zu untersuchen ist – mit dem Ziel, bis zur Hauptversammlung diesen Bericht fertig zu haben. Das ist eine riesige Challenge, und das Team ist teilweise auch ausgeweitet worden, weil da eine riesige Workload auf das Team zukommt.

Mein Ziel ist es, bei der Hauptversammlung darüber Rechenschaft abzulegen und klarerweise alles, was für den Staatsanwalt relevant ist, dem Staatsanwalt zur Verfügung zu stellen und zu möglichst vielen gerichtsverwertbaren Sachverhalten zu kommen, um möglichst viel von dem Geld, das möglicher Weise rechtsgrundlos ausbezahlt wurde, zurückzuholen.

Es ist aber auch **Work in Progress**. Es gibt eine Reihe von Privatbeteiligten-Anschlüssen, die wir schon getätigt haben: Das ist im Wesentlichen eine Schadenersatzklage, die aber den Vorteil hat, dass sie sich an ein Strafrechtsverfahren anschließt. Das ist eine prozesstechnische Geschichte. Das kostet erstens weniger als eine Zivilklage, und zweitens würde eine Zivilklage sowieso unterbrochen werden, bis die Strafrechts-Sachen geklärt sind. Deswegen haben wir diesen Weg gewählt und haben schon eine ganze Reihe von Privatbeteiligten-Anschlüssen gemacht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Mag. Beyrer, ich respektiere natürlich den Hinweis auf die Geschäftsgeheimnisse. Können Sie aber eventuell den Zeitraum bekannt geben, von wann bis wann der Überprüfungszeitraum andauert?

Mag. Markus Beyrer: Grundsätzlich geht es beim Zeitraum – ich hoffe, dass ich das sagen darf – um den Zeitraum zwischen 2000 und 2010. Das ist, wie gesagt, eine sehr umfassende Prüfung.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wann genau ist die Hauptversammlung? (*Mag. Beyrer: Am 23. Mai!*) – Herr Mag. Beyrer, seit wann gibt es eigentlich einen Chief Compliance Officer in der Telekom Austria? Können Sie dessen Aufgaben beschreiben?

Mag. Markus Beyrer: Seit dem letzten Oktober. – Lassen Sie mich nachschauen.

(Die Auskunftsperson blättert in ihren schriftlichen Unterlagen.)

Ich kann Ihnen das Datum auch sagen, wenn ich jetzt den Zettel finde.

Seit dem 17. Oktober 2011. Dieser Chief Compliance Officer, Dr. Martin Walter, hat die Aufgabe, dieses Compliance-System, das es im Unternehmen gibt und gab, zu überprüfen und mit dem Ziel weiterzuentwickeln, dass wir am Schluss dieses Prozesses, was das Compliance-System betrifft, das beste Compliance-System in Österreich haben. Das muss der Anspruch in der Telekom Austria sein.

Das soll nicht heißen, dass es vorher kein Compliance-System gegeben hat, und das soll auch nicht heißen, dass es hier primär darum geht, dicke Telefonbücher zu füllen. Sehr oft – das wissen wir aus dem amerikanischen Raum – hatten nämlich die Unternehmen, die die dicksten Compliance-„Telefonbücher“ gehabt haben, dann im Wesentlichen die größten Skandale.

Es geht dabei natürlich um ein umfassendes System, es geht aber vor allem um die **Compliance-Kultur**, und Compliance-Kultur heißt, dass für jeden leicht unterscheidbar sein muss, was richtig ist und was falsch ist, dass es einen Gruppendruck gibt, das Richtige zu tun, und dass die, die nicht das Richtige tun, auch **sanktioniert** werden.

Das ist das Ziel, und am Schluss des Tages sollte dann – und das wird auch Neuland für Österreich sein – eine Zertifizierung dieses Compliance-Systems stehen. Fragen Sie mich jetzt nicht nach der Norm. Das ist in Deutschland gang und gäbe. Das haben die großen Taxi-Unternehmen größtenteils schon, und es ist das Ziel, das auch bei der Telekom Austria einzuführen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Jarolim, bitte, zu einer Zwischenbemerkung.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich möchte zu dem, was der Herr Verfahrensanwalt vorhin zur Verschwiegenheitspflicht gesagt hat, noch einiges sagen, weil ich seinen Standpunkt jedenfalls nicht vollinhaltlich teile und es sich im Ausschuss wahrscheinlich noch des Öfteren ergeben wird, dass wir derartige Fragen zu behandeln haben, nämlich inwiefern der Aufsichtsrat oder Mitglieder des Aufsichtsrates hier nicht verpflichtet sind, auszusagen, oder sogar gegenteilig verpflichtet sind, hier **nichts** auszusagen.

Aus meiner Sicht besteht im Zusammenhang mit der Sitzung des Aufsichtsrates per se kein Geschäftsgeheimnis und unterliegt diese daher auch **nicht** diesem Verschwiegenheitsschutz oder der Verschwiegenheitspflicht. Vielmehr hat der Aufsichtsrat, der gegenüber dem Unternehmen natürlich Treuepflichten wahrzunehmen hat, sicherzustellen, dass die Auskünfte, die er gibt, jedenfalls mit den Interessen des Unternehmens nicht kollidieren. Und wenn sie kollidieren, dann gibt es eine entsprechende Möglichkeit, aber diese muss auch dargelegt werden.

Ich möchte also nur darauf hinwirken, dass nicht der Eindruck entsteht, dass jeder, der hier als Aufsichtsrat befragt wird, allein schon unter Hinweis auf diese Funktion nicht über das einvernommen werden kann, was im Aufsichtsrat gesprochen wurde.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Herr Kollege Jarolim, ich möchte ganz kurz erwidern: Wir wissen beide, dass diese Verschwiegenheitspflichten des Vorstandes, aber auch des Aufsichtsrates – und zwar des Aufsichtsrates während seiner Funktion, aber nicht danach – ihren Grund in dem Vertrauensverhältnis der Organe Vorstand und Aufsichtsrat gegenüber dem Unternehmen haben.

Ich halte fest: Es gibt allgemeine Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse. Wenn es sich um solche handelt, dann muss das erklärt werden, und dann kann man beurteilen, worum es tatsächlich geht, ob dies zutrifft oder nicht. Darüber hinaus gibt es – und dazu gibt es auch eine Judikatur und Kommentarmeinungen – jenen Bereich, hinsichtlich dessen ein kleiner Kreis innerhalb der Organe Kenntnisse erlangt hat und die dieser Kreis, in Wahrnehmung dieses Vertrauensverhältnisses, für sich als **Reservat** bezeichnet. Das geht aus meiner Sicht etwas über das eigentliche Betriebs- und Geschäftsgeheimnis hinaus.

Wir beide wissen auch – ich nehme an, auch Sie waren schon einmal Aufsichtsrat, und ich bin es –, dass man über Vorkommnisse innerhalb von Aufsichtsratssitzungen grundsätzlich die Verschwiegenheitspflicht zu respektieren hat. Ich darf als Aufsichtsrat Informationen über interne Beratungen, die im Aufsichtsrat stattgefunden haben, in Wahrheit außerhalb des Aufsichtsrates nicht weitergeben. – Das ist meine Meinung dazu.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich möchte dazu noch etwas sagen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich will jetzt keine Spezial-Diskussion! Es gibt noch manche Dinge auszuräumen. Ich habe das jetzt als Stichwort für die Fraktionssitzung notiert, zu der wir auch den Verfahrensanwalt beziehen können, aber wir sollen jetzt nicht dafür die Zeit aufwenden.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Es ist keine unwesentliche Frage, Frau Vorsitzende, ob Vorstandsmitglieder oder Aufsichtsratsmitglieder grundsätzlich zu Themenstellungen befragt werden können oder nicht!

Ich möchte nur ganz kurz sagen: Der Vorstand hat nach § 70 Aktiengesetz die Interessen des Unternehmens, der Mitarbeiter, das öffentliche Interesse und die Interessen der Aktionäre abzuwägen. Allein das zeigt, dass im jeweiligen Einzelfall eine Abwägung durchzuführen ist! Und das gilt natürlich auch für den Aufsichtsrat.

Ich möchte nur verhindern, dass hier die Annahme entsteht, dass grundsätzlich all das, was in Aufsichtsräten gesprochen wird, unseren Erörterungen vorenthalten werden kann. Wir sind hier ja in einem Untersuchungsausschuss und daher in einem gerichtsähnlichen Verfahren, und daher gelten natürlich andere Normen als in der Öffentlichkeit, wo sich der Aufsichtsrat sicherlich nicht an jede Ecke hinstellen und Informationen aus der Sitzung verkünden darf.

Wir können das gerne bei einer anderen Gelegenheit auch noch klären, mir lag es nur daran, zu sagen, dass es sehr wohl Auskunftsverpflichtungen gibt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke für die Klarstellung.

Herr Abgeordneter Amon, bitte.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich wollte noch zu den Compliance-Richtlinien fragen. Herr Mag. Beyrer, Sie haben gesagt, dass der Compliance-Officer Mitte Oktober 2011 installiert wurde. Sie haben aber darauf hingewiesen, dass es davor auch schon Compliance-Richtlinien gab.

Haben sich eigentlich mit der Einsetzung dieses neuen Compliance-Officers diese Compliance-Richtlinien verändert?

Mag. Markus Beyrer: Das geschieht laufend. Das Ziel ist, wie gesagt, diese Zertifizierung am Schluss des Tages. Das ist natürlich ein mehrstufiger Prozess. Es müssen zunächst alle Tools vorhanden sein, die am Schluss des Tages für diese

Zertifizierung notwendig sein werden. Dann muss das Ganze im Reality-Test laufen, und am Schluss des Tages kann man das auch zertifizieren. Das war mir ganz wichtig. Das war Teil des Maßnahmenpakets, das wir am 2. September beschlossen haben.

Sie werden sich vorstellen können, dass das nicht ganz leicht war! Wenn man eine Funktion frisch übernimmt, würde man sich durchaus ein anderes Erbe wünschen, als sich in der allerersten Sitzung, die zu leiten man die Ehre hat, mit solchen Dingen zu befassen.

Das begann eigentlich schon zuvor, vor der ersten Sitzung. Damals war ich noch im Ausland. Ich wurde angerufen, und es hieß: Dieser Herr hat jetzt gestanden, was machen wir jetzt? – Dann hat man diesen Herrn entlassen. Wir haben daraufhin sehr schnell Gutachten eingeholt und Beschlüsse gefasst, und dann haben wir sehr schnell noch eine Sondersitzung abgehalten, bei der wir ein Paket geschnürt und ad hoc gesagt haben: Internationales Top-Untersuchungsteam, forensisch ausgewiesen, sowie ein Chief Compliance Officer von außen, der ausgewiesen ist. – Ich meine, es kann sich durchaus herzeigen lassen, dass man das innerhalb von drei Wochen aus dem Stand ab Stunde null zuwege bringt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wenn Sie sagen, die Compliance-Richtlinien werden laufend angepasst: Wie muss man sich das praktisch vorstellen? Werden diese je nach Auftreten eines Vorwurfsfalles bei jeder Aufsichtsratssitzung oder in irgendwelchen Intervallen laufend adaptiert?

Mag. Markus Beyrer: Nein. Das ist Sache des Compliance-Officers. Das sind interne Unternehmensverhaltensmuster. Aber Herr Dr. Walter berichtet jetzt in dieser Sonderphase, in der wir uns befinden, natürlich in regelmäßigen Abständen im Aufsichtsrat über seinen Arbeitsvorgang.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wer genehmigt die Compliance-Richtlinien: der Aufsichtsrat? Der Vorstand? Wer macht das?

Mag. Markus Beyrer: Das sind unternehmensinterne Dinge. Das ist Vorstandssache, aber der Aufsichtsrat lässt sich darüber zeitnah berichten.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wie hoch ist eigentlich derzeit der Einzelbetrag, für den ein einzelner Vorstand ohne Vier-Augen-Prinzip zeichnen darf?

Mag. Markus Beyrer: Was wir derzeit auch überarbeiten, sind die Aufsichtsratsgrenzen. Herr Dr. Walter ist diesbezüglich verpflichtet beziehungsweise berufen, einen umfassenden Vorschlag zu machen. Es geht im Wesentlichen um die Wertgrenzen, ab wo etwas aufsichtsratspflichtig ist. Aber ich glaube, die Wertgrenzen als solche sind hier nicht Gegenstand.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das war vorher nicht meine Frage. Meine Frage war nicht, ab welcher Grenze eine Mitteilung an den Aufsichtsrat notwendig ist, sondern wie hoch die Einzelgrenze für ein Vorstandsmitglied ist.

Mag. Markus Beyrer: Das weiß ich nicht auswendig. Das ist Gegenstand der Geschäftsordnung des Vorstandes, und es wird laufend überprüft, dass das eingehalten wird.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Gab es seit Bekanntwerden der Malversationen oder möglicher Malversationen diesbezüglich Änderungen?

Mag. Markus Beyrer: Was es gibt, sind Änderungen in der Unterschriftenordnung respektive in der Aufsichtsratspflicht. Das heißt, Akquisitionen, die in der Vergangenheit nicht aufsichtsratspflichtig waren, werden jetzt gerade überprüft. Da wird man wahrscheinlich die Grenzen hinuntersetzen. Diesbezüglich wird es

demnächst einen umfassenden Vorschlag von Dr. Walter geben. Das wird wahrscheinlich in der nächsten Aufsichtsratssitzung beschlossen werden.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Wie viel habe ich noch?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es glaube, es sind noch 30 bis 40 Sekunden. Aber Sie können auch ohne Weiteres eine Minute überziehen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Dann darf ich kurz noch einen Komplex ansprechen, und zwar den Themenkreis ***Rückforderungen***.

Können Sie sagen, für welche Themenbereiche – wie Beraterverträge oder Kursmanipulationen – es derzeit Rückforderungen an einzelne Personen gibt?

Mag. Markus Beyrer: Ich kann sagen, dass wir gleich am Anfang ganz umfassend den Beschluss gefasst haben, aus dem Aktien-Optionsprogramm zurückzufordern, und zwar natürlich bei jedem für seinen Zuständigkeitsbereich. Der Aufsichtsrat ist jedenfalls für den jetzigen Vorstand zuständig, für diejenigen, die daran teilgenommen haben. Und es ist eine Zwischensache, ob man für frühere Vorstände den Aufsichtsrat zuständig macht oder den Vorstand. Wir haben uns dann darauf geeinigt, dass wir uns auch für die ***früheren Vorstände*** zuständig fühlen und haben gegen all jene Rückforderung gestellt.

Für alle anderen – und das ist die berühmte Liste, die angesprochen wurde – ist der Vorstand respektive sind die Organe der Tochterunternehmen zuständig. In diesem Zusammenhang hat aber der Aufsichtsrat dem Vorstand die klare Guideline gegeben, dass das zu machen ist, und das wurde rasch gemacht.

Was uns betrifft, kann ich Ihnen sagen, dass der jetzige CEO schon voll inhaltlich zurückgezahlt hat und dass es bei den anderen früheren Vorständen unterschiedliche Verfahrensstände gibt, teilweise ist hinterlegt und teilweise schon zurückgezahlt worden. Betreffend Detailauskünfte bitte ich um Verständnis; das sind laufende Verfahren. Aber wir haben von der Stunde null an massiv daran gearbeitet, dass möglichst viel von dem Geld, das ausbezahlt wurde, zurückgefordert wird und ins Unternehmen zurückkommt.

Ich darf aber festhalten: Es geht hierbei um Personen, die sich nichts zuschulden kommen lassen haben. Ich habe aber von der ersten Minute an die klare Position vertreten, dass damals eben der Grund für die Auszahlung nicht rechtmäßig zustande gekommen ist und dass deshalb – und dazu gibt es juristisch ganz unterschiedliche Meinungen – natürlich voll zurückzufordern ist.

Ansonsten gibt es eine Reihe von Privatbeteiligten-Anschlüssen auch zu anderen Themenbereichen an die verschiedensten Strafverfahren. Das ist im Working Progress, und das macht Herr Professor Bollenberger bei uns. Das geschieht bei allen Fragen, im Zusammenhang mit welchen wir jetzt schon glauben, dass wir einen Grund haben, uns im Rahmen eines Schadenersatzanspruches anzuschließen. Wir haben uns also bei verschiedenen strafrechtlichen Verfahren angeschlossen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Bewegt sich all das im außergerichtlichen Bereich, oder gibt es da eingebrachte Klagen?

Mag. Markus Beyrer: Privatbeteiligten-Anschlüsse sind wie eingebrachte Klagen. Das ist wie eine Schadenersatzklage. Man hat aber diesen Weg gewählt, denn wenn man normal zum Zivilgericht geht und eine Schadenersatzklage einbringt, dann ist das – die Anwälte werden mich korrigieren, wenn ich etwas Falsches sage – erstens mit höheren Kosten verbunden, ohne dass man daraus einen Mehrwert hat, und zweitens hätte das nur zur Folge, dass einem der Zivilrichter sagt: Ich unterbreche jetzt das Verfahren und warte einmal, wie das Strafverfahren ausgeht.

Deswegen macht es Sinn, sich mittels eines sogenannten Privatbeteiligten-Anschlusses an das Strafverfahren anzuhängen. Das geht ans Strafgericht, ist aber ein zivilrechtlicher Anspruch, und es besteht sowohl betreffend die Anzahl der Personen als auch die Höhe der Summen jederzeit die Möglichkeit, wenn sich der Wissensstand verändert, auszuweiten oder zu erhöhen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Bezieht sich das derzeit ausschließlich auf das Stock Options-Programm oder auch auf andere Malversationen?

Mag. Markus Beyrer: Das bezieht sich auch auf andere Sachverhalte. Das Stock Options-Programm war das Allererste, hinsichtlich dessen wir zurückgefordert haben. Das ist die eine Sache.

Die andere Sache ist natürlich die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen im Rahmen dieser Privatbeteiligten-Anschlüsse, weil es ja bei Personen, die sich unter Umständen – ich bin da sehr vorsichtig, denn all das muss erst erwiesen werden, und das ist Sache der Strafgerichte – auch in strafrechtlich relevanter Weise am Zustandekommen dieses Kurses beteiligt haben könnten, nicht nur um Rückforderung, sondern auch um **Schadenersatz** geht.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Herr Beyrer, am Anfang ersuche ich Sie kurz um Klarstellung betreffend zwei Sachverhalte, die Sie geschildert haben, damit wir auch das Gleiche verstehen.

Erstens: Sie haben gesagt, die Stock Options-Liste wird die TA der Staatsanwaltschaft geben oder hat sie bereits der Staatsanwaltschaft gegeben, und was die Staatsanwaltschaft in Richtung Ausschuss macht, ist eine zweite Geschichte.

War das in etwa Ihre Aussage?

Zweiter Punkt: Betreffend all die 200 000 Mails, die über „NEWS“ kursiert sind, gibt es ein Procedere mit der BDO, und nach diesem Procedere wird das Ganze Stück für Stück der Staatsanwaltschaft übermittelt. Im Hintergrund sind die aktienrechtlichen Verpflichtungen.

Habe ich das so richtig verstanden?

Mag. Markus Beyrer: Erstens habe ich zu dieser berühmten Liste nach dem Aktien-Options-Programm gesagt: Wir – also ich als Aufsichtsrat oder auch als ÖIAG – haben diese Liste nicht. Der Staatsanwalt hat uns bestätigt, dass er diese Liste hat.

Ansonsten ist es wie bei allen Dingen: Der Staatsanwalt hat Zugang zu allen Informationen. Ich kann jetzt nicht nachvollziehen, von wem er die Liste hat, aber der Staatsanwalt hat diese Liste. Das hat er uns bestätigt. Und dann ist es Sache des Staatsanwaltes, zu entscheiden, was er von den umfassenden Unterlagen, die er hat, an den Ausschuss weitergibt, wobei ich hinzufügen möchte, dass ich, wenn ich die Medien und auch verschiedene andere Aussagen verfolge, feststellen kann, dass diese Weitergabe ohnedies sehr umfassend sein dürfte. Aber warum jetzt ein Schriftstück A oder B dem Ausschuss zur Verfügung steht oder nicht, dazu kann ich keine Auskunft geben. Das ist **außerhalb** meines Bereiches.

Wonach haben Sie mich zweitens gefragt, das ist mir jetzt entfallen. Entschuldigung!

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Das waren die Mails und das Procedere mit der BDO.

Mag. Markus Beyrer: Noch einmal: Ich weiß das sowieso nicht, weil ich mir körperlich keine Mails anschau. Aber auch diejenigen aus unserem Untersuchungsteam wissen nicht, was in diesen 200 000 Mails oder Datensätzen steht, die Herrn Kuch zur Verfügung stehen.

Was wir aber haben, und wo wir am 29. Februar schon ein klares Procedere mit der Staatsanwaltschaft gefunden haben, ist, dass die Staatsanwaltschaft im Rahmen ihrer Ermittlung vollen Zugang zu allem hat, was für sie notwendig ist. Die Staatsanwaltschaft ist mit dieser Kooperation hochzufrieden und hat das auch schon mehrmals bestätigt und vor allem auch öffentlich bestätigt.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Gut, dann mache ich aber als Erstes einmal eine Feststellung: Wenn die Staatsanwaltschaft wirklich die Stock-Options-Liste hat und der Ausschuss, das Parlament hat sie noch immer nicht, dann rege ich wirklich eine Vorladung von Herrn Wandl, von Herrn Staatsanwalt Pleischl und den sattsam bekannten Polit-Staatsanwälten an, denn ein politisches Spiel ist das Letzte, was die Republik in diesem Zusammenhang noch brauchen kann. Herr Amon wird mich da sicherlich beim Herrn Pleischl moralisch unterstützen.

Kommen wir zu Work in Progress, zur Bewegung in der frischen Luft. Sie haben ja gesagt, Sie wurden von der Telekom zu Jagden eingeladen, Sie haben nichts bezahlt, das hat alles die Telekom bezahlt.

Wer von der Telekom konkret hat Sie da eingeladen?

Mag. Markus Beyrer: Also ich habe gesagt, dass ich in meiner Zeit als Generalsekretär der Industriellenvereinigung von den Mitgliedsunternehmen der Industriellenvereinigung natürlich zu ganz unterschiedlichen Dingen eingeladen wurde. Einen sehr geringen Teil dieser Einladungen habe ich auch wahrgenommen, immer in Absprache mit dem Präsidenten der Industriellenvereinigung, in einer Zeit, wo ich das – und das muss man noch einmal unterstreichen – nicht nur durfte, sondern wo das auch von mir **erwartet** wurde. Und da war natürlich auch die eine oder andere Einladung der Telekom Austria dabei, unter anderem auch die eine oder andere Jagd. (*Abg. Dipl.-Ing. Deimek: Und wer ...?*) – Wer, weiß ich ehrlich gesagt nicht. Also ich meine, das kann der Herr Michael Fischer gewesen sein, das kann ... – Keine Ahnung! Ich führe darüber nicht Buch.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Wurden Sie auch von anderen Unternehmen zu Jagden oder ähnlichen Veranstaltungen eingeladen. (*Mag. Beyrer: Ja!*) – Und dort haben Sie die Vorstände eingeladen oder die Werbeabteilung – oder der Portier?

Mag. Markus Beyrer: Unterschiedlich, da habe ich keine wirkliche Erinnerung dazu; also das ist Buchhaltung.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Sie waren bei den Jagden bei Herrn Mensdorff-Pouilly im Burgenland. Waren Sie auch in Schottland? (*Mag. Beyrer: Ja!*) – Wer war noch bei diesen Jagdausflügen in Schottland dabei, die von der Telekom bezahlt wurden?

Mag. Markus Beyrer: Kann ich mich nicht so wirklich erinnern. Ich habe in der Zeitung von ein paar Herren gelesen, da habe ich mich daran erinnert, sonst – also ehrlich gesagt: Ich war auf unterschiedlichen Jagden an unterschiedlichen Orten; das wäre unseriös. Ich führe darüber nicht Buch und habe keine Listen dazu.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Ich helfe Ihnen: War das dieser Niederösterreich-Verein, dieser illustre, politisch und wirtschaftlich nicht diskutierende, wahrscheinlich rein über persönliche Angelegenheiten diskutierende Jagdverein, den der Herr Fischer erwähnt hat?

Mag. Markus Beyrer: Nein, da vermischen Sie jetzt drei Dinge, die miteinander überhaupt nichts zu tun haben. Das eine ist: Einladungen, die ich im Rahmen meiner Tätigkeit in der Industriellenvereinigung in Absprache mit dem Präsidenten der IV

angenommen habe, in einer Zeit, wo ich das durfte und wo das auch von mir erwartet wurde.

Das Zweite ist: Es gibt einen Jagd-Stammtisch – fragen Sie mich nicht, seit wann ich dort dabei bin, weiß ich nicht auswendig –, da treffen sich in Wien ansässige Jäger, dort sind immer 100, 150 Leute, die sich dort treffen. Es gibt meistens einen Vortrag zu jagdlichen Themen, und dann wird dort über Jagd geplaudert. Da komme ich relativ selten dazu.

Das Dritte, was Sie angesprochen haben, ist der Klub der Niederösterreicher in Wien. Das ist eine sehr nette Geschichte, das muss man historisch erklären: Es hat in Wien Klubs von allen gegeben – weiß ich nicht –: Steirern, Kärntnern, Tirolern. Und irgendwann hat dann jemand gesagt, es ist eigentlich schade, dass es keinen **Klub der Niederösterreicher** gibt, und ich habe das von Anfang an für eine sehr nette Idee gehalten, denn als ich studiert habe, da war Niederösterreicher ... – Na ja, da hat es keinen eigenen Regionalstolz gegeben, da war das halt das, was sozusagen rund um Wien war.

Jetzt gibt es diesen Regionalstolz, und einer der Ausflüsse dessen ist, dass sich so ein Verein konstituiert hat. Das ist ein Verein, der im Vereinsregister eingetragen ist, dort bin ich im Vorstand, das finde ich eine sehr nette Sache. Der trifft sich – ich weiß jetzt nicht wie oft, aber ich glaube – so alle zwei Monate im Schnitt, und das ist auch so ein nettes Zusammensein von 100, 120 Leuten. Dort gibt es auch immer einen Vortragenden zu irgendeinem Thema, und dann wird dort geplaudert. Das ist eine sehr nette Sache, hat aber mit der Jagd überhaupt nichts zu tun.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Und in diesen Runden – unabhängig davon, ob Niederösterreich-orientiert oder jagdlich orientiert – oder bei der Jagd in Schottland und im Burgenland ist also nie über das Geschäft der Telekom beziehungsweise über Compliance-Probleme gesprochen worden?

Mag. Markus Beyrer: Nicht dass ich mich erinnere. Ich glaube, dass viele Leute in solche Jagden letztlich viel zu viel hineinvermuten. Dort wird gejagt, und dann wird über die Jagd gesprochen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Nachdem es ja schon 2006 eine Anzeige gegen die Telekom gegeben hat: Es ist Ihnen auch nie komisch vorgekommen? Sie haben da nie irgendein Problem damit gehabt, und es ist Ihnen nicht komisch vorgekommen, dass genau die Leute, die da eigentlich laut Anzeige Geld missbräuchlich verwenden, in diesen Runden dabei sind?

Mag. Markus Beyrer: Da weiß ich jetzt ehrlich gesagt nicht, was Sie meinen. Ich habe Einladungen in meiner Zeit als Generalsekretär angenommen von Mitgliedsunternehmen, von großen Mitgliedsunternehmen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Ich meine die Anzeige von Generalsekretär Vilimsky aus 2006 gegen die Telekom; in etwa gleichlautend ist sie ja dann im Frühjahr 2011 gekommen, aber inhaltlich gleich.

Mag. Markus Beyrer: Ist mir nicht bekannt. Also ehrlich gesagt, wenn man jede Anzeige, die jeder gegen jeden ... – Also keine Ahnung.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Gut, das war nur eine kleine Anzeige, die erst 2011 gewirkt hat.

Sind Sie eigentlich von Telekom-Chef Ametsreiter darüber informiert worden, dass es vonseiten des Innenministeriums – und zwar konkret in Person des Herrn Kabinettschef Kloibmüller – den Versuch gab, Druck auf die Telekom auszuüben?

Mag. Markus Beyrer: Ich bin vom Herrn Ametsreiter besucht worden mit zwei Mitarbeitern, die sich diametral widersprochen haben in ihren Aussagen. Und es war für mich nicht wirklich erkenntlich ... – Ich habe zuerst einmal eine Viertelstunde gebraucht, um zu verstehen, was die eigentlich von mir wollen. Und am Schluss des Tages: Ich hatte nicht den Eindruck, dass auf irgendjemanden Druck ausgeübt wurde, aber ich war in dieser Geschichte – wenn überhaupt – aus dritter Hand informiert.

Mit mir persönlich hat nie jemand aus dem Innenministerium gesprochen. Und wie gesagt: Ich glaube nicht, dass auf irgendjemanden Druck ausgeübt wurde, aber ich kenne das nur vom Hörensagen. Was ich wahrnehmen konnte, ist, dass es offensichtlich unterschiedliche Wahrnehmungen unterschiedlicher Personen gegeben hat.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Wer waren diese Mitarbeiter, die Sie jetzt erwähnt haben?

Mag. Markus Beyrer: Herr Jungwirth und Frau Mattes sind da mitgekommen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Das heißt aber, Herr Ametsreiter hat sich nicht geäußert, dass Druck ausgeübt wird?

Mag. Markus Beyrer: Nein, nicht dass ich mich erinnere.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Das heißt, Sie haben auch von sich aus kein Potenzial gesehen, sich als ÖIAG-Chef vor die Telekom Austria zu stellen in dieser Sache?

Mag. Markus Beyrer: Ich war in dieser ganzen Sache aus dritter Hand informiert, und zwar in einer Art und Weise, dass mir erstens nahegebracht wurde, dass kein Druck ausgeübt wurde – soweit ich mich erinnere –, und zweitens mit relativ sich widersprechenden Aussagen.

Meine Rolle als ÖIAG-Chef wäre es gewesen, sich vor die Telekom zu stellen, wenn auf mich Druck ausgeübt worden wäre – was aber zu keinem Zeitpunkt und nie passiert ist. In einer Geschichte, die man vom Hörensagen kennt und wo noch dazu völlig unklar ist, wer da jetzt möglicherweise recht haben könnte, von Leuten die völlig unterschiedliche Dinge behaupten, das war für mich also nicht wirklich ersichtlich. Aber wie gesagt: Was mir dann gesagt wurde, ist, dass kein Druck ausgeübt wurde. Aber ich glaube, die Behörden ermitteln oder haben ermittelt, und die werden das zutage fördern.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Sie kennen den Herrn Kloibmüller?

Mag. Markus Beyrer: Ja, ich kenne den Herrn Kloibmüller.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Sie haben aber in dieser Sache nicht mit ihm gesprochen? (*Mag. Beyrer: Habe ich nicht!*) – Eine weitere Sache: Laut „NEWS“ hat man in der Telekom auf einem Computer von einer früheren Mitarbeiterin des Herrn Schieszler eine Sicherungskopie mit etwa 20 000 Mails entdeckt.

Wissen Sie, worum es sich dabei handeln könnte? – Einschlägige Mails, sage ich.

Mag. Markus Beyrer: Noch einmal: Ich bin nicht eine Person, die Mails persönlich überprüft. Ich weiß, dass die BDO, das Prüfungsteam, alles sicherstellt, was sicherzustellen ist – und natürlich: In einem so großen Unternehmen sind das einfach verschiedene Zugänge, die man dann nach und nach auch zur Verfügung hat –, und dass die alles überprüfen, was zu überprüfen ist, und dass die Staatsanwaltschaft Zugriff auf alles hat, wo sie Zugriff braucht. Das ist eine Riesearbeit, da geht es um zig Millionen Mails. Ich bewundere diese Leute.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Herr Beyrer, Sie haben ja Compliance erwähnt, die neuen Compliance-Regeln die kommen sollen oder schon im Kommen sind, den CCO. Ich komme aus einem anderen Unternehmen, das weltweit aktiv ist, das Probleme mit dem Thema Compliance hatte, aber halt an der NASDAQ notiert – und Sie verzeihen mir die Feststellung: Mir kommen die Compliance-Sachen, die jetzt in der Telekom kommen sollen, in etwa so vor, wie wenn sich der kleine Tischler an der Insiderbörse Österreich mit einem weltweiten Unternehmen mit 450 000 Leuten, das an der NASDAQ arbeitet und notiert – dass man da ein bisschen unzulässige Maßnahmen oder wesentlich zu niedrige Maßnahmen ergreift.

Können Sie ausschließen, dass in Zukunft mehr als beispielsweise 50 € je fremder Mitarbeiter und Jahr an sogenannten Werbegeldern fließen werden – im Vergleich zu herrschaftlichen Jagdeinladungen und Ähnlichem?

Mag. Markus Beyrer: Aus welchem Unternehmen kommen Sie?

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Aus einem großen Elektrokonzern.

Mag. Markus Beyrer: Das habe ich mir gedacht. Also ich kann Ihnen nur sagen, dass alles, was wir ... (*Zwischenruf.*) – Pardon? Na ja, weil das immer wieder als Beispiel gebracht wird, und man kann die Fehler natürlich nicht eins zu eins vergleichen, denn es ist schlimm genug, was in der Telekom möglicherweise passiert ist. Es wird alles aufgearbeitet, und wir werden natürlich dafür sorgen müssen, dass Dinge nicht mehr möglich sind.

Ich kann Ihnen sagen, wir haben den Top-Experten geholt dafür; er erarbeitet ein Top-System. Ich werde mich jetzt nicht zu Ihrem Unternehmen äußern, denn wie gesagt: Ich möchte keine Dinge öffentlich sagen, die ... – Ich glaube, das ist dort gut aufgearbeitet worden und wir arbeiten das hervorragend auf, und am Schluss des Tages ist es das Ziel, dass wir da in Österreich führend sind in diesem Zusammenhang. Und wie gesagt: Das ist, glaube ich, ein sehr hoher Standard, den wir da anlegen.

Den Rest der Frage habe ich jetzt leider vergessen. Was war noch?

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Ich frage gleich weiter: Wenn jetzt alles so streng ist, wie viel wird dann die Telekom pro Jahr für Lobbyisten wie Hohegger und Ähnliches ausgeben dürfen?

Mag. Markus Beyrer: Das ist Micro-Management, das wird vom Compliance-Experten vorgeschlagen, und wir werden das beurteilen, ob das umfassend genug ist, und dann werden wir es zur Kenntnis nehmen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Wie viel darf an politische Parteien gegeben werden?

Mag. Markus Beyrer: Selbe Antwort. Ich bin nicht der, der operativ im Unternehmen Micro-Management betreibt. Wir haben uns die Top-Experten dafür geholt, die werden einen Vorschlag machen. Wir werden den dann im Dialog mit dem Vorstand wahrscheinlich da und dort noch verschärfen, wenn es uns nicht ausreicht. Das Ziel ist es, am Schluss des Tages in der Telekom Austria das beste Compliance-System zu haben.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Werden Sie als Aufsichtsratsvorsitzender erstens einmal mitbestimmen, wie die Regeln aussehen, zweitens in den Fluss, wer diese Gelder erhalten soll, eingreifen, und werden Sie schauen und danach trachten, dass diese Regeln auch publik sind?

Mag. Markus Beyrer: Wir haben uns den Top-Experten dafür geholt, der erarbeitet ein Top-System. Das Ziel ist, dass es am Schluss des Tages zertifiziert wird. Wenn uns das gelingt, werden wir damit führend in Österreich sein. Und mein Job als Aufsichtsratsvorsitzender ... Ich meine, es ist ja nicht einmal so, dass der Aufsichtsrat den Chief Compliance Officer natürlich bestellen konnte, aber wir haben gleich in der ersten Stunde dem Vorstand dringendst empfohlen, einen solchen zu berufen. Das hat er getan. Der erarbeitet gemeinsam mit dem Vorstand Vorschläge dafür, und das Ziel bleibt nach wie vor: Wir wollen am Schluss des Tages im Bereich Compliance **Cutting Edge** sein. Aber man darf auch nicht vergessen, es geht natürlich darum, da insbesondere auch die richtige Kultur einzuführen.

Kann ich irgendetwas für die Zukunft ausschließen? – Ich kann Ihnen sagen, wir werden alles tun, was notwendig ist, aber bei Dingen, die möglicherweise in diesem Unternehmen passiert sein könnten – ich bin da sehr vorsichtig, denn es muss ja alles erst bewiesen werden –, wenn Sie Personen haben, die innerhalb der Geschäftsordnung zusammenwirken und das eine Zeit lang in keinem System aufpoppt, so ist das etwas, wo Sie an die Grenzen der Aufsicht stoßen.

Deswegen: Ausschließen kann man nie nichts und nirgends.

Zur Frage, werden wir alles tun, damit solche Dinge möglichst hintangehalten werden: ganz sicher!

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Noch einmal: Können Sie sicherstellen, dass die für Lobbyisten und politische Parteien relevanten Teile dieser Compliance-Regeln **öffentlich** werden?

Mag. Markus Beyrer: Ich hätte kein Problem damit. Ich muss das überprüfen lassen, ob das zulässig ist. Wenn es keine Gründe gibt, die dagegen sprechen, wird das natürlich der Fall sein. – Aber Sie befragen mich zu Details, die man natürlich alle erst prüfen muss.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Anderes Thema: Wenn Sie zu Aufsichtsratssitzungen der Telekom gehen – die werden wahrscheinlich in den Gebäuden der Telekom sein (*Mag. Beyrer: Ja!*) –, haben Sie da eine Zutrittsberechtigung? (*Mag. Beyrer: Habe ich!*) – Eine permanente? (*Mag. Beyrer: Ja!*) – Seit wann haben Sie diese permanente Zutrittsberechtigung?

Mag. Markus Beyrer: Wahrscheinlich ungefähr seit der Zeit, seit ich Aufsichtsratsvorsitzender bin; genaues Datum habe ich keines.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Von wem haben Sie die erhalten?

Mag. Markus Beyrer: Von den dafür zuständigen Verwaltungsstellen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Welche weiteren Nicht-Telekom-Mitarbeiter haben solche permanenten Zutrittsberechtigungen?

Mag. Markus Beyrer: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Wer entscheidet in der Telekom über permanente Zutrittsberechtigungen für Nicht-Mitarbeiter?

Mag. Markus Beyrer: Das ist alles Micro-Management, und ich weiß nicht, ob das in irgendeiner Form Gegenstand des Untersuchungsgegenstandes ist.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Es ist durchaus interessant, weil man irgendwie erklären muss, wie beispielsweise Unterlagen von der Telekom an Zeitungen oder Ähnliches kommen oder wie beispielsweise Unterlagen **nicht** zu Staatsanwälten kommen, weil sie bereits vernichtet sind.

Mag. Markus Beyrer: Das ist allerdings eine interessante Frage, aber ich glaube, die hat nichts mit Zutrittsberechtigungen zu tun.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Könnte – weil es eine Sicherheitsfrage des Unternehmens ist.

In diesem Zusammenhang eine Frage: Haben Sie auch bei anderen Unternehmungen, wo Sie in der Aufsicht sind, über Ihre ÖIAG-Funktion eine Dauerzutrittsberechtigung? Beispielsweise OMV?

Mag. Markus Beyrer: Also in der OMV habe ich sie, in der Post habe ich sie deshalb nicht, weil ich noch nicht dazu gekommen bin, sie abzuholen. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) – Weil sie übersiedelt ist, genau.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Mag. Beyrer, beginnen wir bei Ihren Stammtischrunden.

Erste Frage: Auf welcher Basis wurde die BDO Deutschland mit der Prüfung der Causa Telekom beauftragt? Gab es da irgendein Auswahlverfahren, oder was waren die Entscheidungskriterien dafür, dass BDO Deutschland ausgewählt wurde?

Mag. Markus Beyrer: Da gab es ein sehr umfassendes mehrstufiges Auswahlverfahren. Ich könnte Ihnen jetzt alle Phasen dieses Verfahrens schildern, und wenn Sie möchten, tue ich das auch.

Am 7. September hat es eine erste Vorsichtung gegeben. Am 22. September hat es eine Präsentation der Shortlist-Unternehmen, der drei verbliebenen Wirtschaftsprüfungsunternehmen gegeben. Und ich kann Ihnen sagen, wir haben schon bei den „Big Eight“ – normalerweise reden wir von den „Big Four“ – suchen müssen, ganz einfach weil wir einerseits natürlich welche gebraucht haben, die so international aufgestellt sind und natürlich die Fertigkeiten besitzen, dass wir alles überprüfen können, was wir überprüfen wollten, zum Zweiten aber natürlich ausschließen mussten, dass es hier Conflicts of Interest gibt, und das ist bei einem Unternehmen, das man über so einen langen Zeitraum prüft, bei so einem großen Unternehmen sehr schwierig.

Also wir haben dann am Schluss des Tages **drei** Unternehmen n der Shortlist gehabt; hatten ein Hearing mit den Teams am 22. September; haben dann diese Shortlist von **drei** einstimmig – immer alles einstimmige Beschlüsse des Kontrollausschusses – auf **zwei** reduziert; haben dann am 3. Oktober verschärfte Verschwiegenheitsvereinbarungen mit diesen verbliebenen zwei unterzeichnet; haben die dann in den Datenraum gelassen – Datenraum heißt also, die haben sich angeschaut, was hat Deloitte bisher gemacht, die haben sich angeschaut, was wäre zu untersuchen, um eine konkretere, genauere Einschätzung zu bekommen über das Mengengerüst, das notwendig ist –; haben dann auf Basis dieses Mengengerüsts vertiefende Vertragsverhandlungen geführt, natürlich insbesondere über den Preis, und wir sind dann am 7. Oktober 2011 auf Basis eines einstimmigen Beschlusses zur Mandatsvergabe an die BDO Deutschland gekommen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, und genau auf diesen 7. Oktober nehme ich Bezug. Da gibt es eine Aussendung auch von der ÖIAG, wonach unter anderem als Auswahlkriterium die vorhandene – Zitat –

wirtschaftliche Distanz zwischen BDO und der Telekom entscheidend war.

Jetzt halte ich Ihnen vor eine Stammtisch-Einladung für den Niederösterreich-Stammtisch vom 29. Februar 2012, ausgeschickt von Herrn Generalsekretär Michael Fischer.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.) Sehen Sie die wirtschaftliche Distanz nicht gefährdet, wenn hier steht, dass am 11. April 2012 der Sponsor des Abends der Geschäftsführer der BDO Österreich **Karl Bruckner** sein soll?

Mag. Markus Beyrer: Erstens: Die wirtschaftliche Distanz der BDO, der BDO Deutschland, aber auch der BDO Österreich, ist voll gegeben. Zweitens, um Ihnen da jetzt kein Geheimnis zu nennen: Am Schluss des Tages war ich sehr froh, dass wir ein Prüfungsteam auswählen konnten, das top-qualifiziert ist, aber gleichzeitig das einzige von allen war, das **nicht** in diesen zehn Jahren irgendwann eine Due Diligence oder eine Abschlussprüfung für die Telekom gemacht hat.

Die Frage „Niederösterreichischer-Stammtisch“ hat damit a) überhaupt nichts zu tun. b) Es gibt bei jedem „Niederösterreichischer-Stammtisch“ einen Vortragenden und immer auch einen Sponsor, der die paar Gläser Wein zahlt, die dort getrunken werden. c) Das wird immer ziemlich im Voraus – fragen Sie mich nicht, wann – irgendwie zusammengestellt, wer da Vortragender ist und wer dann jeweils Sponsor der jeweiligen Abende ist. Damit habe ich nichts zu tun.

Bei diesem letzten „Stammtisch“ am 7. März war ich wieder einmal bei diesem „Stammtisch“. Ich verfolge nicht wirklich, wer da jetzt Sponsor ist. Ich schaue mir das, wenn überhaupt, im Auto an, wenn ich hinfahre. Da habe ich gesehen, das nächste Mal wäre die BDO Österreich Sponsor. Daraufhin habe ich – ich meine, es wäre auch überhaupt kein Problem gewesen, wenn sie es gewesen wären, aber ich bin ja schon sehr hellhörig geworden auf all die Dinge, die in alle möglichen Dinge hineingeheimst werden, die miteinander überhaupt nichts zu tun haben –, daraufhin habe ich dann den Präsidenten des Vereins, Herrn Mag. Hameseder, ersucht: Bitte, sucht euch einen anderen Sponsor!, was am nächsten Tag passiert ist, lange bevor Sie versucht haben, daraus etwas zu konstruieren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wann gab es diese Zusage, dieses Sponsoring von BDO Österreich, wann wurde BDO Österreich angesprochen, das Sponsoring zu machen, und von wem? Und ist es korrekt, dass Sie nicht nur am 7. März bei diesem „Stammtisch“ waren, sondern auch im Vorstand, oder wie immer das auch heißt, dieses „Stammtisches“ sitzen? Ich verweise dazu auf die Namen, die unter dem Namen Fischer aufscheinen.

Mag. Markus Beyrer: Erstens: Es ist korrekt, dass ich im Vorstand des „Niederösterreichischer-Stammtisches“ sitze, eigentlich seit Gründung des Vereines. Ich glaube, da waren Sie gerade draußen, da habe ich beschrieben, was der „Niederösterreichischer-Stammtisch“ ist. Ich finde, das ist eine wirklich tolle Geschichte, und finde das sehr nett.

Zu all Ihren anderen Fragen: keine Ahnung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, das glaube ich schon, dass Sie das nett und toll finden.

Wer prüft jetzt? Es prüft BDO Deutschland, hat Herr Michael Fischer hier ausgesagt. Er hat unter Wahrheitspflicht gesagt, dass BDO Österreich nicht mit der Prüfung betraut sei. Das hat auch der Kollege Amon hier in einer Geschäftsordnungsmeldung das letzte Mal so dargestellt.

Sind diese Angaben korrekt?

Mag. Markus Beyrer: Erstens war es mir von Haus aus wichtig – ich meine, ich habe ihm beschrieben, wie wir zu der Auswahl gekommen sind –, dass wir mit einem nichtösterreichischen Unternehmen kontrahieren, ganz einfach, weil wir die nötige Distanz herstellen wollten und mussten.

Gleichzeitig war klar, das muss deutschsprachig sein, weil die zu untersuchenden Sachverhalte und die zu führenden Interviews in Deutsch sind. Das heißt, wir waren bei Deutschland oder Schweiz. Wir haben dann mit BDO Deutschland kontrahiert, einem eben, wie gesagt, nichtösterreichischen Unternehmen. Ich habe sehr darauf geschaut – und das wurde auch gemacht –, dass der Team-Lead aus Nichtösterreichern besteht.

Der Team-Leader, der Hauptverantwortliche, ist Herr Brinkmann, das ist ein Deutscher, der Stellvertreter ist der Herr Kühn, das ist ein Schweizer. Teilweise oder, ich glaube, zur Hälfte sind natürlich auch deutsche und Schweizer Kollegen involviert, aber natürlich sind auch Kollegen von der BDO Österreich beigezogen, ganz einfach, weil man natürlich auch Leute braucht, die die lokalen Verhältnisse kennen, die insbesondere auch die lokale Rechtslage beurteilen können. Es ist auch schlichtweg eine Kostenfrage, weil man wird ja nicht – ich muss ja das auf der Hauptversammlung verantworten – für jede einzelne Fertigkeit, wo es nicht notwendig ist, die Leute einfliegen.

Aber die stehen natürlich alle unter dem Lead, unter der Verantwortung des deutsch-schweizerischen Team-Leads dieses Prüfungsteams.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und das ist der Punkt! Faktum ist erstens: Dieses E-Mail stammt vom 29. Februar 2012. Das heißt, am 29. Februar 2012 war BDO noch Sponsor für den „Stammtisch“ am 11. April 2012. Zurückgezogen wurde es erst dann, als das Ganze aufgefliegen ist, weil ansonsten hätte ja Fischer nicht am 29. Februar 2012 BDO als Sponsor hineingeschrieben.

Zweiter Punkt: Fischer und Amon sagen hier, BDO Österreich sei darin überhaupt nicht involviert. Ich habe gesagt, BDO Österreich ist in die operative Tätigkeit dieser Telekom-Prüfung involviert.

Ich stelle Ihnen die konkrete Frage: Kennen Sie Herrn **Mag. Markus Trettnak**? Wenn ja: Welche Aufgabe hat dieser Herr Markus Trettnak?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Abgeordneter Amon zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich möchte nur darauf hinweisen, Frau Vorsitzende, nachdem der Herr Petzner sagt, das wäre eine Aussage von mir gewesen, dass ich aus einer APA zitiert habe über die Zusammensetzung. Es war nicht meine persönliche Wahrnehmung, die ich da zu Rate gezogen haben, sondern ich habe aus der APA zitiert.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich stelle nur klar, dass der Herr Amon das letzte Mal zu Herrn Fischer wörtlich gesagt hat – Zitat –:

„Es geht aus dem Protokoll einer der letzten Sitzungen auch hervor, die E-Mails seien von der BDO Deutschland und nicht von der BDO Austria, die hier in Diskussion sind.“

Herr Amon, Sie verweisen also auf die Sitzung im Ausschuss – und nicht auf die APA. – Aber gut.

Noch einmal: Kennen Sie Herrn Mag. Markus Trettnak?

Mag. Markus Beyrer: Erstens noch einmal zu der Ablauffrage. Ich glaube, ich habe das vorher schon erklärt, aber noch einmal: Bei diesem Klub der Niederösterreicher in Wien gibt es bei jedem Mal einen Vortragenden und bei jedem Mal einen Sponsor, der die paar Gläser Wein zahlt, die dort konsumiert werden. Das ist wie bei vielen anderen Vereinen auch.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie hoch sind die Kosten für so ein Sponsoring im Durchschnitt? (*Mag. Beyrer: Keine Ahnung!*) – Sie werden es wohl wissen! Sie sitzen im Vorstand, bitte!

Mag. Markus Beyrer: Ja, weiß ich nicht – 1 000 €, 1 500 €, 800 €. Ich sitze dort im Vorstand, ja. Ich sitze im Vorstand vieler Vereine. In dieser Größenordnung halt. Aber, wie gesagt, ich will da jetzt nichts sagen, was ich nicht überprüft habe. Tut auch nichts zur Sache.

Zum Zweiten: Ich habe Ihnen das vorher schon geschildert. Am 29. Februar, sagen Sie, ist das ausgeschickt worden. Ja, da ist diese Jahresliste ausgeschickt worden. Am 7. März war ich dort ... (*Zwischenbemerkung des Abg. Petzner.*) – Lassen Sie mich bitte ausreden! Warum sind Sie so nervös? (*Abg. Petzner: Ich weiß, dass Sie dort waren!*) Ja, eh! Wenn ich kann, gehe ich dort auch hin!

Am 7. März war ich dort, und da ist mir das aufgefallen. Ich verfolge das ja sonst nicht, aber weil ich ja schon, wie gesagt, sehr hellhörig bin auf all diese Lächerlichkeiten, die da zu konstruieren versucht werden, habe ich den Präsidenten des Klubs der Niederösterreicher in Wien, Herrn Mag. Hameseder, dort ersucht: Bitte, sucht euch einen anderen Sponsor! Und das ist postwendend geschehen, lange bevor Sie versucht haben, daraus etwas zu konstruieren.

Zweitens zu den Fragen BDO Deutschland oder BDO Österreich: Wir kontrahieren mit BDO Deutschland. Ich habe Ihnen es gerade geschildert, der Team-Lead sind ein Deutscher, Herr Brinkmann, und ein Schweizer, Herr Kühn. Das Team ist international gemischt zusammengesetzt, aber natürlich gibt es auch Österreicher in diesem Team. Das ist ja ganz logisch, weil ich brauche auch Leute, die die österreichische Rechtslage beurteilen können und die die Verhältnisse vor Ort beurteilen können. Und Herr Mag. Trettnak ist ein Mitarbeiter von BDO Österreich, der Teil des Teams ist. Den habe ich kennengelernt bei diesem Hearing, wo wir das Team ausgewählt haben, und der macht einen hervorragenden Job.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und genau das ist der Punkt: Zurückgezogen haben Sie dieses BDO Sponsoring parallel, als schon lange die Prüfung der BDO durch die Telekom gelaufen ist. Sie haben selber gesagt, Sie haben diese Einladung gesehen und haben dann am 7. März erst Kontakt aufgenommen und gesagt, die BDO soll das zurückziehen. Die BDO prüft aber nicht erst seit 7. März 2012, sondern schon seit mehreren Monaten die Telekom.

Zweiter Punkt: Hier wurde argumentiert, auch von BDO gegenüber den Medien, dass das insofern kein Problem sei, weil BDO Österreich nicht in die Prüfung involviert war. Sie sagen jetzt selbst und geben zu, es sind Personen von BDO Österreich involviert, nämlich konkret der Herr Markus Trettnak. Ich verweise dazu auch auf die Ausführungen des Kollegen von der SPÖ. Der Herr Markus Trettnak von der BDO Österreich ist jener Mann von BDO, der auch im Kontakt war mit Staatsanwalt Wandl im Zusammenhang mit der Nichtübermittlung der E-Mails. Der spielt da eine ganz zentrale Rolle.

Ich lege Ihnen dieses Mail vom 23. Februar vor und zitiere:

Die Datensicherung ist bereits im Laufen, schreibt Trettnak.

Und weiters: Sobald unsere IT-Forensiker –

„unsere“ schreibt Trettnak von der BDO Österreich –

zeitlich einschätzen können, dass die Sicherungen abgeschlossen sind, melde ich mich noch heute nachmittags telefonisch bei Ihnen,

schreibt er an das BAK.

Wir haben in der Zwischenzeit unseren Auftraggeber –

„unseren Auftraggeber“ schreibt BDO Österreich –,

den Kontrollausschuss der Telekom Austria AG unter Vorsitz von Herrn Beyrer informiert und werden die erforderlichen Entbindungen von unserer Verschwiegenheitspflicht von unserem Mandanten einholen. – Zitatende.

Das heißt, Herr Trettnak von BDO Österreich ist in genau jene E-Mail-Prüfung involviert, zu der Sie sich seit Wochen einen Inflight mit der Staatsanwaltschaft geliefert haben. Der Aktenvermerk von Wandl wurde genannt. Zuerst kam die Zusage, die E-Mails werden übermittelt, dann wird die Zusage widerrufen, und dann wird da behauptet, BDO Österreich sei gar nicht involviert. Diese Aussage ist damit nachweislich falsch, und auch die Auskunft, die Herr Michael Fischer hier gegeben hat, ist falsch: Es gibt einen Zusammenhang zwischen der E-Mail-Prüfung und BDO Österreich. – Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Sie haben selbst gesagt, dieses Sponsoring des „Stammtisches“ ist ein finanzielles Sponsoring. Das heißt, die BDO Deutschland beziehungsweise die BDO Österreich, die auch in die Telekom-Prüfung involviert ist, zahlt einen „Stammtisch“ für jene Personen, die **Beschuldigte** in dieser Causa sind und gegen die seitens der Staatsanwaltschaft auch ermittelt wird. Das ist klar **unvereinbar!** Das ist **inakzeptabel!** Und daher wurde auch, nachdem es hier im Ausschuss aufgefliegen ist, von BDO Österreich dieses Sponsoring zurückgezogen.

Frage dazu: Wie viele E-Mails wurden konkret von BDO gescreent? Können Sie da eine Zahl nennen? Sind das die 200 000 von Kurt Kuch, oder sind es mehr?

Mag. Markus Beyrer: Also erstens, Herr Abgeordneter, ist es ein bisserl mühsam, das alles nachzuverfolgen, was Sie da jetzt alles gesagt haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe Ihnen gerade eine Frage gestellt, antworten Sie auf meine Frage, bitte!

Mag. Markus Beyrer: Eine Frage war schwierig herauszulesen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Meine Frage war, wie viele E-Mails konkret von BDO gescreent wurden – und das ist eine sehr einfache Frage!

Mag. Markus Beyrer: Also zunächst halte ich einmal fest: 99 Prozent dessen, was Sie gesagt haben, ist falsch.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, ja. Ich habe alles vorgelesen, und es wird sich jeder selber ein Bild machen, was falsch ist.

Mag. Markus Beyrer: Ich wundere mich, dass Ihnen das nicht zu blöd ist. Aber ich erkläre es Ihnen gerne noch einmal.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Petzner, Sie stellen Fragen – und die Auskunftsperson **antwortet**. Das sind zwei unterschiedliche Rollen, und jeder hat seine Zeit und quatscht nicht dazwischen.

Mag. Markus Beyrer: Ich erkläre es Ihnen gerne noch einmal.

Erstens: Der Kontrahierungspartner der Telekom Austria oder des Kontrollausschusses der Telekom Austria in diesem Fall ist die **BDO Deutschland**.

Zweitens – und das war mir sehr wichtig –: Der Team-Lead besteht aus einem Deutschen, dem Herrn Brinkmann, und einem Schweizer, dem Herrn Kühn. (*Zwischenbemerkung des Abg. Petzner.*) – Lassen Sie mich bitte ausreden!

Drittens sind natürlich auch Österreicher von der BDO Österreich in die prüfenden Handlungen involviert. Völlig klar! Das würde auch gar nicht anders gehen, weil wir auch Leute brauchen, die die österreichischen Verhältnisse und die die österreichische Rechtsordnung beurteilen können, immer unter der Leitung des Team-Leads eines Deutschen und eines Schweizers.

Zum Vierten: Was irgendwer hier ausgesagt hat, wer mit wem kontrahiert hat, ist für mich völlig irrelevant. Ich kann Ihnen sagen: Entscheidend dafür, mit wem der Kontrollausschuss der Telekom Austria kontrahiert, ist der Kontrollausschuss – und nicht, was irgendjemand anderer sagt.

Fünftens: Es hat niemals ein Sponsoring der BDO Österreich an den Klub der Niederösterreicher stattgefunden.

Sechstens: Es ist richtig, das war irgendwann einmal in der Jahresplanung geplant. Das wusste ich nicht, das hat auch überhaupt nichts mit der anderen Geschichte zu tun. Und sobald ich darüber gestolpert bin, habe ich am nächsten Tag den Präsidenten ersucht, er möge sich da einen anderen Sponsor suchen, was auch geschehen ist, und zwar lange bevor Sie versucht haben, daraus etwas zu konstruieren.

Und was die Mails betrifft: keine Ahnung! Millionen, zig Millionen! Glauben Sie, ich stehe hinter der BDO und sage: Wie viele Mails habt ihr heute überprüft?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da bin ich mir nicht so sicher. Aber das wollte ich nur hören, dass es zig Millionen Mails sind. Zig Millionen! Auch Ametsreiter hat das auf mein Befragen hin hier gesagt.

Noch einmal, Herr Beyrer – und hören Sie mir jetzt genau zu –: Ich habe das letzte Mal im Ausschuss gesagt, und das haben Sie ja heute bestätigt: Die Leitung hat BDO Deutschland. Aber ich habe auch dem Michael Fischer und anderen die Frage gestellt, ob BDO Österreich in die **operativen** Tätigkeiten dieser Prüfung eingebunden ist oder nicht. Und das haben alle verneint. Und ich habe hier heute am Beispiel Trettnak den Gegenbeweis angetreten. Und Sie haben das auch jetzt bestätigt, dass **BDO Österreich** sehr wohl auch in diese Prüfung genau dieser heiklen E-Mails involviert ist. Nicht mehr und nicht weniger habe ich gefragt. Nicht mehr und nicht weniger wollte ich wissen.

Ich halte abschließend noch einmal fest: Ich halte es sehr wohl für problematisch, dass Sie sehr, sehr spät draufgekommen sind – sehr, sehr spät, nämlich erst im März 2012 –, dass es unvereinbar sein könnte, dass die BDO Österreich, die in die Prüfung involviert ist, parallel dazu einen „Stammtisch“ sponsert und eine Zusage für ein Sponsoring gegeben hat, wo sich Beschuldigte in der Causa Telekom treffen. Sie waren selber dort an diesem 7. März, das weiß ich auch von der Person, die wir dort gehabt haben.

Das ist meiner Überzeugung nach unvereinbar, das bleibt unvereinbar, und das können Sie wegzuspielen versuchen, wie Sie wollen. – Aber wir haben das in der Zwischenzeit eh aufgelöst. Das Sponsoring ist als Ausfluss dieses Ausschusses auch zurückgezogen worden. – Keine weiteren Fragen in der ersten Runde.

Mag. Markus Beyrer: So, noch einmal, Herr Abgeordneter! Erstens: Natürlich war ich am 7. März dort. Ich schaffe es im Moment nicht sehr oft, aber da war ich dort.

Zweitens: Ich bin **nicht** Beschuldigter in irgendeiner Causa, und das steht auch überhaupt nicht zur Diskussion. Ich bin derjenige, der hier ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das habe ich auch nicht behauptet, dass Sie Beschuldigter sind – hören Sie mir genau zu!

Mag. Markus Beyrer: Ich bin derjenige, der hier aufklärt! – Lassen Sie mich ausreden! Ich versuche ja auch, Ihnen zuzuhören; das ist nicht ganz leicht.

Ich bin derjenige, der hier aufklärt.

Drittens: Es ist falsch, dass die BDO Österreich da involviert ist. Der Kontraktionspartner ist die **BDO Deutschland** unter dem Team-Lead eines Deutschen und eines Schweizers, und es gibt einzelne Personen aus dem Mitarbeiterstand der BDO Österreich, die in die Arbeit involviert sind, ganz klar. Natürlich sind sie das, weil wir Leute in diesem Team, das vom Team-Lead zusammengestellt wurde, brauchen, die die österreichischen Verhältnisse und die österreichische Rechtslage beurteilen können müssen.

Aber die BDO Österreich ist **nicht** Kontraktionspartner.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nichts anderes habe ich gesagt. Partner ist BDO Deutschland, aber die BDO Österreich – zum hundertsten Mal! – ist in die operativen Tätigkeiten mit eingebunden.

Mag. Markus Beyrer: Nein! Sie haben es immer noch nicht verstanden! Die BDO Österreich ist es nicht, sondern **Mitarbeiter** der BDO Österreich (*Abg. Petzner: Ja, Mitarbeiter der BDO Österreich, eh!*), unter der Verantwortung des deutsch-schweizerischen Team-Leads; das ist ein Unterschied!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mitarbeiter der BDO Österreich nehmen operative Tätigkeiten im Rahmen der Prüfung der Telekom-Causa durch die BDO Deutschland vor. Nicht mehr und nicht weniger. – Ist das korrekt?

Mag. Markus Beyrer: Korrekt ist, dass der Kontraktionspartner des Kontrollausschusses die **BDO Deutschland** ist, unter dem Team-Lead eines Deutschen und eines Schweizers, und dass in diesem Team natürlich auch Mitarbeiter der BDO Österreich vorhanden sind, völlig klar!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Passt! Mehr wollte ich nicht wissen. Es geht ganz einfach!

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Mag. Beyrer, sagt Ihnen das Projekt „Vorbereitendes Lobbying: Beamtenagentur“ etwas?

Mag. Markus Beyrer: Wenn ich mich nicht irre, kenne ich das aus dem Deloitte-Bericht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ja, immer dann, wenn es in der Telekom Probleme gegeben hat, wo sie nicht gewusst haben, wohin mit dem Geld, haben sie die Valora beauftragt. Auch **da** wurde die Valora mit einem Projekt beauftragt, das nachträglich im SAP abgebildet wurde. Auch das hat System in der Telekom. Dieser Geschäftsfall macht 1 056 000 € inklusive Umsatzsteuer aus. Inhalt: ein umfassendes Einsparungsprogramm mit einem Einsparungsvolumen von mehr als 150 Millionen € und dem Abbau von knapp 2 000 Mitarbeitern. Die Kosten zitiert Schieszler in einer Einvernahme:

Kostenhilfe schätze ich bei etwa 10 Millionen € plus etwa 60 Fulltime-Mitarbeiterressourcen.

Ich zitiere aus der Einvernahme von Schieszler:

Wir arbeiten gemeinsam einerseits einen Besuchsfahrplan aus, andererseits einen Eventplan. Dieser Eventfahrplan sah vor, einige Meinungsbildner auf einen Jagdausflug nach Schottland einzuladen. An diesem Jagdausflug im September 2008 nahmen sechs Personen teil. Namentlich kann ich mich an den Generalsekretär der Industriellenvereinigung Markus Beyrer und die Aufsichtsrätin bei der Erste Bank Bettina Breiteneder erinnern. Die Unterkunft war im Schloss des Mensdorff-Pouilly, der selbst auch an dieser Veranstaltung teilgenommen hat. An die beiden anderen Personen kann ich mich derzeit nicht erinnern. Die Anreise zu dieser Veranstaltung erfolgte in einem Learjet, angemietet von Mensdorff-Pouilly. Bezahlt wurde die gesamte Reise von Dr. Hochegger. – Also aus dem Valora-Projekt.

„Lobbying-Projekt“, „Meinungsbildner wurden eingeladen“: Wer waren die beiden bisher nicht genannten Teilnehmer an dieser Reise? Und worüber wurde bei diesem Event gesprochen?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt, das diese liest.)

Mag. Markus Beyrer: Also erstens einmal: Ja, ich war auf dieser Jagd, soweit ich mich erinnere.

b) Wer sonst noch dort war? Also, da kann ich mich über das hinaus, was ohnedies hier schon gesagt wurde, nicht erinnern.

c) Ich kann mich nicht erinnern, dass dort irgendwie über irgendeine Beamtenagentur gesprochen wurde.

Wie das dann intern gerechtfertigt wurde, ist möglicherweise wieder eine andere Geschichte.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich habe das akustisch nicht ganz verstanden: Es wurde nicht über die Beamtenagentur gesprochen?

Mag. Markus Beyrer: Nein, also *ich* kann mich nicht daran erinnern. Soweit ich mich daran erinnern kann, wird dort über **Jagd** geredet. Ich kann mich daran nicht erinnern. Ich wäre auch der falsche Ansprechpartner, weil ich mich in der IV um die Telekom speziell nicht gekümmert habe, das hat immer mein Stellvertreter gemacht. Da hat es ein bisschen eine Arbeitsteilung gegeben.

Das Thema „Beamtenagentur“ kannte ich, aber, soweit ich mich erinnere, vom Dr. Michaelis, der im Rahmen seiner Touren, wenn er Leuten verschiedene Sachen nahebringen wollte, natürlich auch mich einmal besucht hat. Ob das in dem Jahr war oder nicht, weiß ich nicht mehr. Aber das hat natürlich auch zu den Aufgaben der Industriellenvereinigung gehört, sich mit Dingen zu befassen, die ihre Mitgliedsunternehmen beschäftigen.

Daran, dass dort darüber gesprochen worden wäre, kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Das heißt im Klartext, es wurde beim Falschen lobbyiert, und es war für Sie keine **Lobbying-Reise**, sondern eine **Vergnügensreise**. – Kann man das so sagen?

Mag. Markus Beyrer: Nein! Wie ich es schon mehrmals gesagt habe: Ich wurde in meiner Zeit als Generalsekretär der Industriellenvereinigung von Mitgliedsunternehmen zu ganz unterschiedlichen Dingen eingeladen. Einen sehr geringen Teil davon habe ich auch wahrgenommen – immer in Absprache mit dem Präsidenten der

Industriellenvereinigung –, in einer Zeit, wo ich das nicht nur durfte, sondern wo das auch von mir **erwartet** wurde.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Im Hinblick darauf, dass die nächste Auskunftsperson schon wartet: Das haben Sie uns schon mitgeteilt.

Mag. Markus Beyrer: Ja, aber Sie haben es mich wieder gefragt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Nein, nein. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder Sie erfüllen dort eine Aufgabe im Sinne des Einladers, dann ist es Lobbying – oder Sie erfüllen keine Aufgabe, dann war es eine Vergnügungsreise.

Ich komme zur nächsten Frage: Im Zuge der Ausschusssitzung vom 15. März wird eine Treibjagd angesprochen, und hier gibt Herr Michael Fischer an, dass die Einladungsliste an Schieszler, an Frauenholzer – aber ich nehme an, das muss „Frauenholz“ heißen – und an Herrn Donaubauber per Mail übermittelt wurde. In der Aussage vom 15. März 2012 hier im Ausschuss. Kennen Sie den Herrn Donaubauber? (*Mag. Beyrer: Kenne ich, ja!*) – Ist das der, den der Herr Pecik als dritten Telekom-Vorstand favorisiert?

Mag. Markus Beyrer: Sie dürfen nicht alles glauben, was in der Zeitung steht. Ich habe das auch gelesen, aber der Vorstand eines Unternehmens wird vom **Aufsichtsrat** bestellt – und nicht über die Zeitung.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Gut, dann kommen wir nochmals zur **Jagd**.

Es gibt auf der Homepage des Niederösterreichischen Landesjagdverbandes auch eine Liste der Vorstandsmitglieder. Da wird zum Beispiel als Generalsekretär Mag. Gerhard Karner genannt. – Kennen Sie den? (*Mag. Beyrer: Natürlich!*) – Welche berufliche Funktion übt der aus, wenn er nicht gerade jagen geht?

Mag. Markus Beyrer: Herr Karner ist, glaube ich, Landesgeschäftsführer der ÖVP Niederösterreich.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Als Sachverständiger im Ausschuss wird ein Mag. Markus Beyrer genannt. – Sind das Sie?

Mag. Markus Beyrer: Ja, das bin ich. Ich bin Mitglied des Ausschusses des Landesjagdverbandes.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ihre Sachverständigentätigkeit geht in welche Richtung?

Mag. Markus Beyrer: Es gibt allgemeine Sachverständige. Das ist ein Usus. Ich bin einmal gebeten worden, diesem Ausschuss anzugehören. Und dann gibt es spezifische Sachverständige für Rotwild, Schwarzwild und so weiter. (*Heiterkeit. – Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.*) Aber ehrlich gesagt: Ich sehe den Zusammenhang jetzt überhaupt nicht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Na ja, der Zusammenhang scheint schon gegeben zu sein. Es ist auch ein gewisser Ernst Strasser als Ausschussersatzmitglied genannt.

Mag. Markus Beyrer: Schauen Sie, das wusste ich zum Beispiel gar nicht. Ich bin dort auch sehr selten, ich komme leider sehr selten dazu. Nur ehrlich gesagt, das mit der Jagd geht mir langsam schon ein bisschen auf die Nerven, weil die Jagd ist in Österreich ein Brauchtum, das ist eine tolle Geschichte, das gehört zum Kulturgut dazu. Ich weiß nicht, was Sie daraus konstruieren wollen, dass man sich für einen Ausschuss des Landesjagdverbandes zur Verfügung gestellt hat. Also, nicht böse sein!

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Das werde ich Ihnen noch sagen.

Ein weiteres Ersatzausschussmitglied ist Herr Josef Zeitberger. Kennen Sie den? (*Mag. Beyrer: Nein, kenne ich nicht!*) – Kennen Sie nicht?

Mag. Markus Beyrer: Jedenfalls nicht dass ich wüsste.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Dann werden Sie auch nicht wissen, wo der zu Hause ist?

Mag. Markus Beyrer: Sagt mir nichts, nein.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Der ist in Radlbrunn zu Hause. Wissen Sie, wer noch in Radlbrunn zu Hause ist?

Mag. Markus Beyrer: Der Landeshauptmann von Niederösterreich – oder?

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ja, und da stellt sich schon ...

Mag. Markus Beyrer: Jetzt wird es aber langsam schon ein bisschen skurril, Herr Abgeordneter! Nicht böse sein!

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Da stellt sich die Frage – und ich möchte darauf hinweisen, dass Sie hier unter Wahrheitspflicht aussagen –, ob tatsächlich bei diesen Jagden nur über die Jagd und das Waidwesen gesprochen wird oder auch über etwas anderes.

Aber ich möchte zur nächsten Frage kommen, und die hängt mit dem Schottland-Ausflug zusammen. Und zwar geht es da um groß angelegten Job-Abbau und natürlich auch um einen Protest der Personalvertretung der Telekom Austria.

Da gibt es einen E-Mail-Verkehr, in dem die Telekom Austria protestiert. Sie wendet sich an den verantwortungsvollen IV-Chef und wolle ihm nahebringen, dass die Telekom ein Leitbetrieb mit fast 10 000 Beschäftigten ist, der für die Infrastruktur wichtig ist. Es werden hier auch offensichtliche, angebliche Telekom Austria-Managementfehler taxativ aufgezählt. – Das ist vom 5. November.

Zwei Tage später, am 7. November, trifft dieses Mail bei Michael Fischer – damals Telekom/Public Affairs – ein. Ich zitiere:

Wie mit Generalsekretär Beyrer besprochen, das Schreiben des Zentralkomitees mit der Bitte um Geheimhaltung. – Und der Brief vom damaligen Vorsitzenden Michael Kolek wird als PDF mitgeschickt.

Was wollten Sie mit dieser Aktion bezwecken?

Mag. Markus Beyrer: Ich danke Ihnen für die Frage, weil mir das Gelegenheit gibt, eine wirklich unglaubliche Skurrilität hier vollinhaltlich zu beantworten. Ich habe das recherchiert, nachdem das irgendwo medial aufgetaucht ist. Es handelt sich um einen Brief des Betriebsratsvorsitzenden der Telekom Austria an den Präsidenten der IV. In Klammern sage ich dazu: in keiner Weise vertraulich. Das ist klassisch ein Brief – den habe ich mir auch kommen lassen –, den man halt, wenn es irgendwo eng wird, an jeden Präsidenten von irgendwas schreibt. – Punkt eins: nicht vertraulich.

Punkt zwei: Der ist nicht einmal von meiner Sekretärin, sondern von der Sekretärin des Präsidenten, von der Frau Spitzer, an die Telekom weitergeleitet worden. Klammer auf: Big Deal. Na klar! Es ist eine der Kernaufgaben der Interessenvertretung IV, für Unternehmen – und zwar für das Management des Unternehmens – relevante Informationen an diese auch weiterzugeben. Das passiert am Tag wahrscheinlich fünfzig Mal, und das ist die normalste Sache der Welt.

Punkt drei: Selbst wenn sich Herr Kolek in irgendeiner Form erwartet hätte, dass das vertraulich ist, ist das für die Industriellenvereinigung in keiner Weise relevant, weil die Industriellenvereinigung für die Arbeitgeberseite zuständig ist und dementsprechend in einer Meinungsverschiedenheit auch dafür zuständig ist, die Arbeit**geber**seite zu vertreten und nicht die Arbeit**nehmer**seite. Ich meine, da geht es ein bisschen um die Rollenverteilung.

Das, was Sie da zu konstruieren versuchen, das wäre genauso, wie wenn der Vorstand eines Unternehmens dem Präsidenten des Gewerkschaftsbundes einen Brief schreibt, sich dort fürchterlich über seinen Betriebsrat beklagt und sich dieser Vorstand dann vom Präsidenten des Gewerkschaftsbundes erwarten würde, dass der nicht umgehend den Betriebsrat, der sein Ansprechpartner ist, davon in Kenntnis setzt.

Ich glaube, sehr viel mehr ist dazu wirklich nicht zu sagen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Mag. Beyrer, das mag Ihre Sicht der Dinge sein.

Mag. Markus Beyrer: Nein, das ist nicht meine Sicht der Dinge, das ist die **Realität!**

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich kann das in der Form nicht nachvollziehen. Und offensichtlich hat die Lobbying-Aktivität, die Einladung nach Schottland zur Jagd, tatsächlich gewirkt. Weil am Ende – die Zeitschrift „NEWS“ berichtet auch darüber – schreibt Michael Fischer:

„Danke Veit! Auf Euch ist Verlass!“ – So viel dazu.

Mag. Markus Beyrer: Ja, das ist alles schon mehrmals in den Medien zitiert worden, aber noch einmal:

Die Information von Mitgliedern der Industriellenvereinigung über für sie relevante Sachverhalte gehört zum Kern der Tätigkeit. Ende!

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Mag. Beyrer, das „WirtschaftsBlatt“ vom 24. Februar schreibt unter dem Leitartikel „Die Zeit fürs Köpferollen ist da“ – und ich zitiere auszugsweise –:

„Was soll schon schlecht daran sein, sich zu unzähligen Jagdterminen einladen zu lassen? Oder zu den Salzburger Festspielen? Die Telekom hat eh genügend Geld, war das Motto.“

Und weiters: „Besonders aufschlussreich ist nun wirklich, dass der Oberaufseher der Telekom, Markus Beyrer, als Generalsekretär der Industriellenvereinigung Informant des Telekom-Managements war. (...) Hallo! Da ist doch etwas falsch am System, oder? In Wahrheit muss er als Aufsichtsratschef zurücktreten.“

Sehen Sie Ihre Rolle als oberster Aufklärer in dieser wirklich dubiosen Telekom-Causa gefährdet?

Mag. Markus Beyrer: Es ist geradezu lächerlich, ich meine, vielleicht haben Sie noch ein paar Zeitungen zum Vorlesen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wenn Sie es wollen, schon.

Mag. Markus Beyrer: Noch einmal: In meiner Funktion als Generalsekretär der Industriellenvereinigung – und das war nicht einmal ich, nicht einmal mein Büro, sondern das Büro des Präsidenten! –, natürlich gehört es zu den Kernaufgaben, Mitgliedsunternehmen über für sie relevante Informationen in Kenntnis zu setzen. Das ist Kern der Tätigkeit, das ist völlig normal, passiert mehrmals am Tag. Und daraus etwas konstruieren zu wollen, also das soll jeder selber beurteilen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Das habe nicht ich konstruiert, sondern so steht es in der Zeitung. Aber Sie haben die Frage nicht beantwortet.

Mag. Markus Beyrer: Ja, in der Zeitung steht genug.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Sehen Sie Ihre Rolle als oberster Aufklärer gefährdet?

Mag. Markus Beyrer: Nein, sehe ich nicht, absolut nicht. Und ich habe Ihnen eingangs auch deutlich geschildert, was ich alles gemacht habe – aus der Stunde null. Das sollte man mir einmal nachmachen, von der ersten Sitzung weg in so kurzer Zeit ein System so aufzustellen. Also alles, was recht ist.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Mag. Beyrer, ziemlich zeitgleich mit dem **Personalabbau-Programm** haben sich die Aufsichtsräte der ÖIAG beziehungsweise die Aufsichtsräte von Post und Telekom eine satte **Gagen-Erhöhung** genehmigt: bei der Post plus 5 000 € je Aufsichtsrat, bei der Telekom plus 5 000 € bis 10 000 €. (*Unruhe im Saal.*)

Mag. Markus Beyrer: Das habe ich jetzt nicht verstanden. Was war da noch einmal?

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Die Aufsichtsratsgagen der Aufsichtsräte von Post und Telekom wurden **erhöht:** bei der Post plus 5 000 € je Aufsichtsrat, ziemlich zeitgleich mit dem Personalabbauprogramm 2008. (*Zwischenbemerkung von Mag. Beyrer.*) – Nein, warten Sie auf die Frage, bevor Sie sagen, Sie können nichts sagen. – Plus 5 000 € bis 10 000 € bei der Telekom.

Die Frage, und die können Sie beantworten: Wie viel kassieren die Aufsichtsräte von Post und Telekom? Ist diese Gagen-Erhöhung, auch angesichts des desaströsen Ergebnisses, nämlich minus 253 Millionen € bei der Telekom im Jahr 2011, noch immer aufrecht und ist das zu rechtfertigen?

Mag. Markus Beyrer: Also erstens: Die genauen Summen habe ich jetzt nicht mit, weil ich stehe ja einer ganzen Reihe von Aufsichtsräten vor, aber ich kann Ihnen sagen, in allen unseren Unternehmen sind die Aufsichtsratsvergütungen äußerst ... (*Vertrauensperson Dr. Wess beschwert sich über die Unruhe im Saal.*) – Ja, es ist ein bisschen ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte die Gespräche zu reduzieren oder überhaupt einzustellen, damit sich die Verständlichkeit erhöht! – Danke. Wir haben schon dafür gesorgt.

Ich möchte, wenn ich schon unterbrochen habe, jetzt noch darauf hinweisen, dass Ihre Fragezeit an sich zu Ende ist, Herr Abgeordneter Kuzdas.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Aber die Frage ist nicht beantwortet.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Dann kommt die letzte Frage Ihrerseits, wenn die Antwort erfolgt ist.

Mag. Markus Beyrer: Herr Abgeordneter! Ich beantworte Ihre Frage natürlich gerne und ich meine jetzt – auch wenn man sich über das eine oder andere ärgert –. Wir haben ja da alle das gleiche Interesse, nämlich, wir wollen das, was war, natürlich vollinhaltlich aufklären.

Zur Frage der Aufsichtsratsvergütungen kann ich Ihnen nur sagen, dass in allen Unternehmen, an denen die ÖIAG beteiligt ist, die Aufsichtsratsvergütungen äußerst niedrig sind, in keiner Weise konkurrenzfähig, keinem Vergleich standhalten, aus öffentlichkeitswirksamen Gründen sehr niedrig gehalten werden, und es ist wahnsinnig

schwierig, qualifizierte Leute dafür neu anzusprechen. Es gelingt Gott sei Dank immer wieder und, wie gesagt, diese Aufsichtsratsvergütungen sind äußerst niedrig.

Mir persönlich kommen sie ohnedies nicht zugute, weil alles, was ich an Aufsichtsratsvergütungen theoretisch bekommen würde, einzig und allein der ÖIAG zufließt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Abschließende Frage: Haben Sie – weil Sie die Höhe nicht sagen können – die damalige Erhöhung von Peter Michaelis rückgängig gemacht?

Mag. Markus Beyrer: Was heißt „damalige Erhöhung rückgängig gemacht“? Ich habe ein ...

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich habe es zitiert: eine Erhöhung je Aufsichtsrat bei der Post um 5 000 €. (*Mag. Beyrer: In welchem Jahr?*) – Das war 2008. Und bei der Telekom Austria plus 5 000 bis 10 000 €.

Und die Frage ist, ob Sie diese Erhöhung zurückgenommen haben.

Mag. Markus Beyrer: Nein, natürlich nicht. Warum sollte ich? Ich habe ein Aufsichtsratsvergütungs-Niveau vorgefunden, das äußerst niedrig war in allen Beteiligungsunternehmen der ÖIAG, das auch im Vergleich äußerst niedrig ist. Und wir haben das aus gutem Grund dort belassen, nicht weil es gerechtfertigt wäre, sondern weil es einfach aus Öffentlichkeitsgründen notwendig ist.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wenn Sie sagen, Sie wissen keinen Grund, warum Sie es zurücknehmen sollen, dann nenne ich Ihnen einen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das ist die letzte Frage.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Zumindest bei der Telekom gibt es massives Kontrollversagen – und das alleine ist Grund genug. Aber das war keine Frage. (*Obfrau-Stellvertreter Dr. Jarolim übernimmt den Vorsitz.*)

Mag. Markus Beyrer: Ich habe Ihnen erläutert, ich trage dort Verantwortung seit dem letzten Sommer. Wir haben in kürzester Zeit nachhaltige rasche Schritte gesetzt, mit dem Ziel, die Vergangenheit umfassend aufzuklären, mit dem Ziel, möglichst viel Geld für das Unternehmen zurückzuholen und mit dem Ziel, die Learnings daraus konsequent umzusetzen; in kurzer Zeit ein Konstrukt, das sich wirklich sehen lassen kann.

Und wie gesagt: Die Aufsichtsräte sind sehr niedrig vergütet, ich halte das aber an dieser Schnittstelle für absolut rechtfertigbar, aber ich kann Ihnen sagen, das hält keinem Vergleich stand.

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Kollege Pilz gelangt nun zu Wort.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich lese Ihnen jetzt etwas aus einer heutigen APA-Meldung vor – ich zitiere –:

„Beyrer wies die ‚Unterstellungen‘ des Grünen zurück. Nicht konkret beantworten wollte er allerdings die Frage, ob in seiner Zeit als Generalsekretär der Industriellenvereinigung Gelder von Unternehmen an die ÖVP weitergeleitet wurden.“

Ich habe es ja noch im Ohr, wie Sie dauernd von freiwilligen Mitgliedsbeiträgen geredet haben. Ich habe in der Zwischenzeit mit der Geschäftsführung eines größeren Unternehmens telefoniert, Mitglied der Industriellenvereinigung. Mir wurde versichert, es gibt **keine freiwilligen Mitgliedsbeiträge**, sondern es gibt **verpflichtende** Mitgliedsbeiträge. Ich kenne jetzt auch die Größenordnung für einige Unternehmen, gerade auch aus dieser Branche.

Das, was Sie als „freiwillige Mitgliedsbeiträge“ bezeichnen, da möchte ich gerne noch mit Ihnen gemeinsam draufkommen, ob das Ihre Ausdrucksweise für **Spenden** ist.

Mag. Markus Beyrer: Nein. Die Industriellenvereinigung ist eine freiwillige berufliche Interessenvertretung, bei der man **freiwillig** Mitglied sein kann. Wenn man dort Mitglied ist, dann hat man natürlich Mitgliedsbeiträge zu zahlen. Da gibt es eine gewisse Bandbreite, aber natürlich kann man nicht **freiwillig** wo Mitglied sein – das ist wie in jedem anderen Verein auch – und dann die Mitgliedsbeiträge **nicht** bezahlen wollen. Aber im Sinne dessen, dass jeder bei der Industriellenvereinigung – im Gegensatz zu den Kammern – freiwillig Mitglied sein kann und auch wieder austreten kann, das passiert auch immer wieder, sind das Mitgliedsbeiträge, die freiwillig bezahlt werden. Weil wenn man dem Ganzen nicht mehr angehören will, dann scheidet man aus und dann hat man keine Mitgliedsbeiträge mehr zu bezahlen. Wenn man aber natürlich Mitglied der Industriellenvereinigung ist, dann hat man in einem bestimmten Rahmen natürlich Mitgliedsbeiträge zu zahlen, und ich habe schon ausgeführt: angemessene Mitgliedsbeiträge, für die es aus meiner Sicht eine mehr als angemessene Gegenleistung gibt.

Und von der Größenordnung – wie gesagt, ich weiß keine Einzelbeträge, wäre auch nicht befugt, darüber Auskunft zu geben –, aber das spielt sich so in der Größenordnung von 10 bis 20 Prozent dessen ab, was die gleichen Unternehmen in der Wirtschaftskammer bezahlen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann wiederhole ich einfach die Frage, die die APA, die mich und vielleicht auch andere interessiert:

Sind in Ihrer Zeit als Generalsekretär der Industriellenvereinigung Gelder von Unternehmen an die ÖVP weitergeleitet worden?

Mag. Markus Beyrer: Ich glaube, ich habe dazu alles gesagt. Ich meine, ich kann Ihnen jetzt noch einmal meine Antwort geben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, Sie haben dazu nicht „alles gesagt“, sondern Sie haben schlicht und einfach die Frage **nicht beantwortet**.

Mag. Markus Beyrer: Ich habe Ihnen gesagt, die Industriellenvereinigung hat ungefähr 3 000 Mitglieder – das habe ich Ihnen nicht gesagt, aber so ist es –, die sind **freiwillig Mitglied** und die **bezahlen Mitgliedsbeiträge**.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Mag. Beyrer, ich habe nicht vor, mich von Ihnen pflanzen zu lassen.

Mag. Markus Beyrer: Die zahlen Mitgliedsbeiträge, und ich kann Ihnen sagen, dass in meiner Zeit als Generalsekretär der Industriellenvereinigung immer alles korrekt war und wir uns immer an alle Gesetze gehalten haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die Verhandlungssprache ist Deutsch. Haben Sie meine Frage verstanden? – Meine Frage hat gelautet:

Sind in Ihrer Zeit als Generalsekretär der Industriellenvereinigung Gelder von Unternehmen an die ÖVP weitergeleitet worden?

Mag. Markus Beyrer: Und ich habe Ihnen gesagt, die Unternehmen haben bei der Industriellenvereinigung Mitgliedsbeiträge bezahlt und ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Vorsitzender, ich ersuche, die Sitzung für eine kurze Besprechung der Fraktionsführer zu unterbrechen, weil sich die Auskunftsperson ganz offensichtlich weigert, eine Frage, die verstanden worden ist, zu beantworten. Ich möchte auch die mögliche Notwendigkeit eines Beugeverfahrens diskutieren.

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Herr Kollege Pilz, möchten Sie vorher den Herrn Verfahrensanwalt anstelle der Einberufung einer Besprechung befragen – oder wollen Sie sofort eine Sitzungsunterbrechung?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich möchte das sofort besprechen, weil ich mir überlege, sonst ein Beugeverfahren zu verlangen.

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Ich **unterbreche** die Sitzung für 5 Minuten.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 11.19 Uhr **unterbrochen** und um 11.25 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

Obfrau Dr. Gabriela Moser (*den Vorsitz übernehmend*): Ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersuche Herrn Abgeordneten Pilz, seine Frage präzise und untersuchungsgegenstandsorientiert zu wiederholen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir haben das jetzt zwischen den Fraktionen und auch mit dem Herrn Verfahrensanwalt besprochen. Im Sinne dieser Absprache präzisiere ich jetzt die Frage, wie folgt:

Hat es in Ihrer Zeit als Generalsekretär der Industriellenvereinigung Zahlungen eines Unternehmens, das unserer Prüfungszuständigkeit unterliegt, direkt oder indirekt an die Industriellenvereinigung gegeben, mit dem Zwecke, diese Gelder oder Teile dieser Gelder an die Österreichische Volkspartei weiterzuleiten?

Um Ihnen zu erklären, was ich mit direkt und indirekt meine: Direkt heißt im konkreten Falle etwa von der Telekom direkt an die Industriellenvereinigung, indirekt heißt in diesem Fall etwa über eine Firma wie Alcatel Telekom-Gelder an die Industriellenvereinigung und dann weiter an die ÖIAG. (*Abg. Dr. Rosenkranz: ÖVP!*) – Pardon: an die ÖVP.

Und ich greife gerne eine Anregung des Kollegen Rosenkranz auf: Ich ersuche Sie, diese Frage nicht zu beantworten mit einem Exkurs in die Mitgliedsbeitragskultur der Industriellenvereinigung, sondern mit einem Ja oder mit Nein.

Mag. Markus Beyrer: Die Industriellenvereinigung hat Mitglieder, die zahlen Mitgliedsbeiträge bei der Industriellenvereinigung. Und die Industriellenvereinigung arbeitet mit diesen Mitgliedsbeiträgen.

Da gibt es natürlich auch durchaus Projekte, die sie in Kontakt mit unterschiedlichen Gruppen bringen.

Aber das, was Sie zu konstruieren versuchen, dazu habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Heißt das also jetzt, dass Sie keine Wahrnehmung haben, dass irgendwelche Gelder aus dem geschilderten Bereich an die Industriellenvereinigung übergeben worden sind mit der Bestimmung, sie an die ÖVP weiterzuleiten?

Mag. Markus Beyrer: Die Industriellenvereinigung bekommt Gelder nicht mit „Bestimmungen“, sondern die Industriellenvereinigung bekommt **Mitgliedsbeiträge**.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt sind wir wieder am Anfang.

Mag. Markus Beyrer: Normale Mitgliedsbeiträge, und es gibt dann auch Sonderprojekte, wie zum Beispiel die „Industrieland-Kampagne“, oder vor Kurzem „Stoppt die Steuerlawine“, oder – wenn man lang zurückgeht, vor meiner Zeit als Generalsekretär – beispielsweise die Kampagne zum Beitritt zur Europäischen Union.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Mag. Beyrer ...

Mag. Markus Beyrer: Für solche Dinge gibt es natürlich verschiedene Kooperationen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist alles unsere gemeinsame Lebenszeit. Sie haben meine Frage verstanden.

Mag. Markus Beyrer: Zu dem, was Sie zu konstruieren versuchen, habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dazu haben Sie keine Wahrnehmung. Okay.

Dann komme ich weiter zu einer Reihe anderer Punkte. – Nein, ich frage Sie zur Sicherheit noch, weil Sie waren ja nicht irgendwer, sondern Generalsekretär der Industriellenvereinigung:

Können Sie derartige Geldflüsse durch die Industriellenvereinigung hindurch ausschließen?

Mag. Markus Beyrer: Ich war nicht der Buchhalter der Industriellenvereinigung, aber ich habe Ihnen schon gesagt, bei der Industriellenvereinigung wurden Mitgliedsbeiträge bezahlt. In meiner Zeit als Generalsekretär, soweit ich das überblicke, war immer alles 100 Prozent korrekt und wir haben uns immer an alle Gesetze gehalten. Sonst habe ich dazu keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist auch keine Schwierigkeit, sich an das österreichische Parteiengesetz zu halten, weil, jetzt sage ich Ihnen meine persönliche Meinung:

Für das, was hier möglicherweise in der Industriellenvereinigung passiert ist – sollte sich das als richtig herausstellen –, würde man in Deutschland bis zu drei Jahre eingesperrt werden. In Österreich ist das straffrei, und ich bin mir völlig sicher, dass Sie sich an alle Gesetze gehalten haben. Deswegen wird es auch so wichtig sein, dass wir die Gesetze ändern – auch für Generalsekretäre möglicherweise wie Sie.

Und jetzt komme ich zu Ihrer segensreichen Kontrolltätigkeit. Sie haben mir geschildert, wie im August 2011 eine heftige Kontrolltätigkeit einsetzt. Die ganze Geschichte, nur mit den Kursmanipulationen, beginnt nicht im August 2011, die beginnt am 2. Februar 2011 mit einem sehr detaillierten und faktenreichen Bericht im „Kurier“, wo bereits alles geschildert wird.

Was haben Sie – als Vorsitzender des Aufsichtsrates – aufgrund dieses „Kurier“-Berichtes unternommen?

Mag. Markus Beyrer: Im Februar 2011 war ich noch Generalsekretär der Industriellenvereinigung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Entschuldigung! Was haben Sie, sobald Sie im März – da haben Sie vollkommen recht –, im März Generalsekretär geworden sind, unternommen? Das war öffentlich alles bekannt.

Mag. Markus Beyrer: Ich wurde ÖIAG-Vorstand am 1. Juli 2011. Ich kann das nicht beurteilen, was im Februar oder im März 2011 in der Zeitung gestanden ist.

Es gibt natürlich auch einen Unterschied zwischen dem, was in der Zeitung steht, und Dingen, die wirklich belastbare Dinge sind, denen man nachgehen kann ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Auf das kommen wir später noch zurück.

Mag. Markus Beyrer: Bitte lassen Sie mich ausreden! (*Abg. Dr. Pilz: Bitte!*) – Was ich aber schon übernommen habe, war ein laufender Prozess – ich meine, das ist dann im Laufen gegangen – der Überprüfung durch Deloitte, die einen Großteil der Dinge, die Sie möglicherweise in der Zeitung gelesen haben – das kann ich nicht beurteilen –, schon überprüft und untersucht haben. Und der Deloitte-Bericht ist dann im Juli präsentiert und auch der Öffentlichkeit dargestellt worden.

Das heißt, was habe ich zu diesem Zeitpunkt gemacht? – Ich habe mich in die bestehenden Prozesse eingeklinkt, die mein Vorgänger schon angestoßen hatte. Und die haben nicht zuletzt dann auch zu diesem Geständnis von diesem Herrn T. am 4. oder 5. August geführt. Und damit hat die Sache eine neue Qualität bekommen. Spekulationen in den Zeitungen hat es schon viele Jahre gegeben, aber etwas nachweisen oder wirklich auch etwas aufbauen zu können, ist etwas anderes.

Daraufhin habe ich, und da haben Sie recht mit dem August – ich habe den August deshalb genannt, weil der 16. August die erste Sitzung des Aufsichtsrates war, die ich die Ehre hatte, zu leiten –, und da habe ich Ihnen geschildert, was ich von da weg sehr rasch und umfassend gemacht habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da ist Ihnen auch gar nichts anderes übriggeblieben, weil da hat es bereits ein Geständnis gegeben. Und das ist jetzt die Frage der ...

Mag. Markus Beyrer: Das habe ich ja gesagt. Das Geständnis war das Erste ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Unterbrechen Sie mich nicht!

Schauen Sie, Herr Mag. Beyrer, da hat es bereits ein Geständnis gegeben. Und mich interessiert schlicht und einfach – und Sie können das wieder alles zurückweisen –, ob ein Polit- und Industriellenvereinigungsfunctionär, ohne jede Management-Erfahrung, der sicherlich nicht aufgrund seiner Management-Erfahrung an die Spitze der ÖIAG gesetzt worden ist, sondern aus anderen Gründen, die langsam ja immer deutlicher werden, ob das ein Zufall ist, dass er erst **nach einem Geständnis** kontrollmäßig tätig wird, und vorher schlicht und einfach nichts tut.

Deloitte ist nicht von Ihnen ausgegangen. Am 7. April 2011 ist der Auftrag an Deloitte von der Telekom – und nicht von Ihnen erteilt worden. Am 18. Februar 2011 hat es eine ganz detaillierte Sachverhaltsdarstellung – die ist auch öffentlich präsentiert worden – von der Nationalratsabgeordneten Dr. Gabriela Moser gegeben. Da steht alles genau drinnen. Und da hat das Gerichtsverfahren begonnen.

Was haben Sie aufgrund dieser Sachverhaltsdarstellung, die öffentlich präsentiert worden ist, dann ab März 2011 an Kontrollmaßnahmen gesetzt?

Mag. Markus Beyrer: Herr Dr. Pilz, noch einmal: Im März 2011 war ich noch Generalsekretär der Industriellenvereinigung. Sie mischen da alle möglichen Dinge durcheinander. Zu dem Zeitpunkt habe ich nichts unternommen, weil ich damit überhaupt nichts zu tun hatte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Machen wir es einfacher! Ab dem Zeitpunkt, ab dem Sie ...

Mag. Markus Beyrer: Ab dem Zeitpunkt, ab dem ich Verantwortung getragen habe – im Sommer des Jahres 2011 –, habe ich mich in die Arbeiten, die mein Vorgänger – Deloitte, das ist nicht aus der Luft gefallen, sondern da hat der Aufsichtsrat, dem ich damals noch nicht angehört habe, massiv darauf gedrängt, dass von externen Experten schon Überprüfungen durchgeführt wurden. Das war Deloitte. Die haben

schon weitestgehend – natürlich wird das, was jetzt im Deloitte-Bericht drinnen ist und dem Ausschuss meines Wissens auch vorliegt, auch noch einmal oder wurde das auch noch einmal überprüft von der BDO. Ist ja ganz klar, weil man kann nicht eine neue Prüfung beginnen und die Dinge so einmal zur Kenntnis nehmen. Aber die wurden als sehr gut befunden. Es sind auch die einen oder anderen Findings vielleicht noch dazugekommen. Und ich habe diesen Prozess dieses Berichts übernommen.

Neue Qualität hat die Sache bekommen durch das Geständnis, wie Sie richtig sagen, und ab dem Zeitpunkt haben wir zwei Stufen zugeschaltet in dem Prozess.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut. Das Deloitte-Gutachten ist nicht, wie Sie darzustellen versucht haben,, vom Aufsichtsrat vergeben worden, sondern vom Vorstand der Telekom AG. Das geht ja auch aus der Einleitung dieses Gutachtens hervor. Damit haben Sie überhaupt nichts zu tun, und hat der Aufsichtsrat auch nichts zu tun.

Zweitens: Sie haben dann den Kontrollausschuss eingesetzt. Dem Kontrollausschuss gehören von Kapitalvertreter-Seite der Herr Geiger und Sie an – zwei prominente Mitglieder des schwarzen Jagd-Stammtisches, der sich in dieser Art und Weise selbst kontrolliert.

Und dann sagen Sie, Sie haben dann rückhaltlos mit der Staatsanwaltschaft kooperiert und alles getan, was notwendig ist, und alles dem Staatsanwalt übermittelt und auch dafür gesorgt.

Ich kann es Ihnen wörtlich vorhalten: die Aktenvermerke von Staatsanwalt Wandl, wo die BDO, die in Ihrem Auftrag gehandelt hat, zuerst sagt: Na ja, könnt ihr schon haben, die E-Mails! – und plötzlich alles zurücknimmt.

Innerhalb von sieben Tagen, zwischen 17. und 24. Februar 2012 – und das ist das Entscheidende –, hält der Staatsanwalt fest:

Telefonat mit Privatbeteiligten-Vertreter Dr. Wess. Dieser gibt bekannt, dass die BDO entgegen der ursprünglichen Zusage doch nicht den durch sie geprüften E-Mail-Bestand herausgeben könne. E-Mails der Telekom können nur nach Freigabe durch den Vorstand weitergegeben werden. Und dieser müsse sicherstellen, dass dadurch keine Geschäftsgeheimnisse verraten werden.

Ich sage Ihnen, was da wirklich gespielt wird: Da wird immer behauptet, es wird voll kooperiert, es wird alles zur Verfügung gestellt. Und dann werden die Untersuchungen – sowohl die parlamentarischen als auch die staatsanwaltlichen – nach Kräften behindert.

Dann wird der Staatsanwalt an der Nase herumgeführt. Da wird ihm zuerst von der BDO alles Mögliche versprochen – und dann werden die Versprechen wieder zurückgenommen. Und dann wird das so lange verzögert, bis offensichtlich manche Herrschaften glauben, dass dann die E-Mails nicht mehr rechtzeitig in den parlamentarischen Untersuchungsausschuss kommen. Und dann wird dem Staatsanwalt klargemacht: Na, du darfst das bei uns anschauen, wir können dir beim Suchen helfen, aber herausgegeben wird das Ganze selbstverständlich nicht! Und dann weist der Kollege Petzner vielleicht zu Recht darauf hin, dass es da auch gewisse Naheverhältnisse geben könnte. Ich möchte im Detail gar nicht darauf eingehen.

Das Ganze ist im Rahmen einer schwarzen Jagdgesellschaft. Und zu der befrage ich Sie jetzt noch abschließend.

Wissen Sie eigentlich, was Ihre Jägerei bei einer einzigen Treibjagd auf Hochwild beim Herrn Mensdorff-Pouilly – nur **Ihre eigene Jägerei** – die Telekom gekostet hat? Wissen Sie das?

Mag. Markus Beyrer: Das ist jetzt gar nicht so leicht, denn zunächst einmal muss ich all Ihre ungeheuerlichen Unterstellungen zurückweisen.

Zweitens: Das, was Sie sagen, ist größtenteils falsch.

Drittens: Noch einmal, zur Erklärung und für die Kollegen, die dieser Suada möglicherweise nicht folgen konnten: Am 7. 4. 2011 – zum dritten Mal versuchen Sie mir irgendeine Zeit zu ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie ernsthaft die Fragen eines Abgeordneten hier in diesem Ausschuss als „Suada“ bezeichnet? Benehmen Sie sich jetzt schon wie in der Österreichischen Volkspartei?

Mag. Markus Beyrer: Wie würden Sie das bezeichnen? Aber gut, nehme ich die Suada zurück.

Am 7. 4. 2011 – und Sie haben jetzt schon mehrmals versucht, mir Dinge vorzuhalten, die lange vor meiner Zeit in der Organverantwortung bei der Telekom Austria waren – war ich noch nicht Vorstand der ÖIAG und war ich auch noch nicht im Aufsichtsrat der Telekom.

Richtig ist natürlich, dass ich deshalb an der Beauftragung der Deloitte nicht beteiligt war. Richtig ist auch, dass der Kontraktionspartner der Deloitte der Vorstand war. Ich habe auch eingangs erläutert, dass die Einsetzung eines Untersuchungsteams durch den Aufsichtsrat und der Bericht an den Aufsichtsrat Neuland für Österreich ist.

Deloitte wurde vom Vorstand beauftragt, allerdings auf dringende Empfehlung des Aufsichtsrats, so man mir das berichtet hat. Der Kontrollausschuss, der wurde ... – Ich suche jetzt das Datum nicht mehr heraus, das habe ich Ihnen eh schon gesagt. Der Kontrollausschuss wurde eingerichtet, und ich kann Ihnen sehr genau sagen, wie das zustande gekommen ist.

Wir haben damals gesagt – und zwar nicht, weil wir gesagt haben, der Aufsichtsrat hat in der Vergangenheit in irgendeiner Form nicht sorgfältig gehandelt, sondern deshalb, weil wir gesagt haben, wir sollten die neuen Mitglieder des Aufsichtsrates – ich meine, als Vorsitzender des Aufsichtsrates muss man natürlich auch die Ausschüsse führen –, wir sollten die neuen Mitglieder des Aufsichtsrats, die von der Vergangenheit eben völlig unbelastet sind, in diesen Kontrollausschuss berufen. Und das war eben ich und Ing. Geiger. Und der Betriebsrat hat dann auch ein Mitglied in diesen Kontrollausschuss nominiert.

Zur BDO brauche ich jetzt, glaube ich, nichts mehr sagen.

Zu dem Sachverhalt mit dem Staatsanwalt: Auch das muss ich auf das Schärfste zurückweisen. Kurzfristig ist eine gewisse Verwirrung möglicherweise entstanden, weil niemand gewusst hat, was sind diese 200 000 Mails oder Datensätze, was ist da überhaupt drinnen. Der Staatsanwalt hat immer vollen Zugang gehabt. Wir haben einen Modus operandi, der den Staatsanwalt – möglicherweise Sie nicht, Herr Abgeordneter, und ich verstehe, wenn Sie da hohe Ansprüche anlegen, ich habe da vollstes Verständnis, weil wir wollen alle eine volle Aufklärung –, aber der Staatsanwalt ist mit dem Modus operandi vollauf zufrieden.

Ich muss aber auch anfügen – und das wird mir der Herr Verfahrensanwalt bestätigen –, die Organe eines Unternehmens, und ich als Aufsichtsratsvorsitzender, und natürlich auch der Vorstand, der das in diesem Fall zu verantworten hat, haften nach Aktienrecht und sind – im Gegensatz zu anderen – für ihre Handlungen verantwortlich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich lese Ihnen noch kurz etwas vor, bevor ich zu den Jagden zurückkomme.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Zeit ist auch abgelaufen, bitte.

Mag. Markus Beyrer: Einen Satz möchte ich noch dazu sagen: Unsere Vorgangsweise haben wir uns in jeder Phase von mehreren Top-Juristen, zwei Verfassungsrechtlern und von Professor Bollenberger zivilrechtlich bestätigen und empfehlen lassen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Eine letzte Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich muss nur darauf hinweisen, ich habe da noch eine ganze Reihe von konkreten Fragen zu den Jagden (*Obfrau Dr. Moser: Ja, es gibt noch die Möglichkeit der Zusatzfragen!*) und dann noch andere.

Ich weise Sie nur darauf hin, dass Staatsanwalt Mag. Wandl am 17.2.2012 zu Ihrer Schilderung „Zusammenarbeit in vollster Zufriedenheit“ Folgendes festhält:

„Ich halte Dr. Wess“ –

das ist der Anwalt von Telekom und BDO-Seite –

„vor, dass ich es als untragbaren Zustand empfinde, dass derartige Mails wie jenes über 100 000 € an die ÖVP über Hochegger – das offensichtlich für das Ermittlungsverfahren von Bedeutung ist – nicht sofort der Staatsanwaltschaft Wien zur Kenntnis gebracht werden.“

Der Staatsanwalt sagt selbst: Ich halte es für unerträglich, wie sich BDO und Telekom da verhalten. Und Sie versuchen, den vollkommen unbegründeten Eindruck zu erwecken, dass es zu einer für beide Seiten zufriedenstellenden Zusammenarbeit gekommen ist?!

Frau Vorsitzende, ich werde gerne die Frage – um die geht es mir dann – in der nächsten Runde anhand der Jagden noch kurz mit Herrn Mag. Beyrer durchgehen, wie er und andere, jetzt nicht nach strafrechtlichem Verständnis, aber zumindest nach politisch-wirtschaftlichem Verständnis, über Herrn Mensdorff-Pouilly von der Telekom, aber auch von anderen Unternehmen so **angefüttert** worden sind, dass sie nicht mehr in der Lage sind, ordnungsgemäß irgendwelchen Kontrollfunktionen nachzugehen. – Das bitte in der nächsten Runde.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: So, danke. – Es ist ...

Mag. Markus Beyrer: Moment, Moment! – Also erstens ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Moment: Er ist zwar nicht gefragt worden, aber geben wir vielleicht kurz die Möglichkeit einer Stellungnahme. (*Mag. Beyrer: Also auf diese ungeheuerlichen ...!*)

Allerdings möchte ich jetzt einmal ganz klar festhalten: Es ist üblich und es ist einfach auch im Zuge einer seriösen Behandlung der Themen im Ausschuss notwendig, dass jeder, sprich der fragende Abgeordnete, ausreden kann und nicht von der Auskunftsperson unterbrochen wird, und es ist auch üblich, dass die antwortende Auskunftsperson ausreden kann und nicht unterbrochen wird. – Das zum einen.

Das Zweite: Es ist üblich, dass sich auch die Vertrauensperson der Auskunftsperson in Ruhe an den Verfahrensanwalt wendet, und der sich dann an mich – und uns nicht unterbricht. Wir müssen da also wirklich ganz seriös und der Reihe nach vorgehen.

Bitte eine kurze Antwort beziehungsweise eine kurze Stellungnahme, bevor dann die Abgeordnete Gerstl zur Frage kommt.

Mag. Markus Beyrer: Danke, Frau Vorsitzende, für diese Ausführungen. – Herr Abgeordneter, nur ganz kurz: Das waren nicht Sie, aber dieser Zwischenstand ist schon mehrmals hier verlesen worden, das ist ein historisch völlig überholter Sachverhalt. Die Staatsanwaltschaft hat uns **mehrmals** bestätigt, dass sie vollauf zufrieden sind mit der Kooperation, dass sie vollen Zugang zu allem, was sie brauchen, haben, und am 16. März – ich zitiere noch einmal die APA – hat die Sprecherin der Staatsanwaltschaft bestätigt, dass die der BDO zur Verfügung stehenden Mails „in den Örtlichkeiten der BDO von Staatsanwaltschaft und Polizei eingesehen werden können. Relevante Mails könnten auch schriftlich übermittelt werden.“

Das ist der Status quo. Was Sie zitieren, ist historisch überholt und in diesem Sinne falsch, und es gibt volle Zufriedenheit der Staatsanwaltschaft mit der Kooperation.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön. Ich korrigiere: **Herr** Abgeordneter Gerstl. – Ich war so geblendet, dass bei der ÖVP endlich eine Frau in der ersten Reihe sitzt, in Vertretung der Frau Kollegin Tamandl, die ich natürlich sehr vermisste als stellvertretende Vorsitzende. (*Abg. Amon: Wir vermissen sie heute auch!*)

Abgeordneter Mag. Wolfgang Gerstl (ÖVP): Ich bin sehr froh, dass das jetzt noch aufgeklärt werden konnte, denn die Unterlagen, die sich uns zeigen, zeugen von einem Missverständnis, das zwischen Staatsanwaltschaft und Telekom geherrscht hat. Insofern sind die Berichte der Vorredner ja nicht unrichtig, aber der wesentliche Teil, der eben verschwiegen worden ist, ist tatsächlich der, dass mit 16. März die Staatsanwaltschaft erklärt hat, dass eine Vereinbarung mit der Telekom geschlossen worden ist, dass die Mails, die die BDO zur Prüfung hat, in den Örtlichkeiten der BDO von der Staatsanwaltschaft und der Polizei eingesehen werden können.

Natürlich geht es da auch um Geschäftsgeheimnisse und es geht darum, dass hier entsprechend auseinandergehalten wird zwischen dem, was strafrechtlich in der Untersuchung notwendig ist, und dem, was die Geschäftsgeheimnisse betrifft. Und im Sinne einer guten Untersuchung bin ich sehr froh, dass diese Kooperation grundsätzlich ausgesprochen worden ist und dass es auch klar zu einer solchen Vereinbarung gekommen worden ist, die für beide Seiten eine tragbare Entscheidung ist.

Ich möchte gerne, Herr Mag. Beyrer, auf zwei Punkte eingehen. Zuerst möchte ich gerne auf Ihre Zeit in der Industriellenvereinigung eingehen und danach auf Ihre Zeit als Aufsichtsratsvorsitzender. Sie haben gesagt, in Ihrer Zeit als Generalsekretär der Industriellenvereinigung war es Ihre Aufgabe, mit den Mitgliedsunternehmen der Industriellenvereinigung Kontakt zu pflegen, und daher war es sozusagen auch für Sie vollkommen üblich, dass Sie Einladungen von Mitgliedsunternehmen angenommen haben.

Sie haben aber in Ihren Aussagen auch erwähnt, dass Sie gerade bei der Telekom jetzt daran arbeiten, dass sie die besten Compliance-Bestimmungen der Welt eigentlich – oder Österreichs – für die Telekom einführen wollen.

Es gibt ein Unternehmen, das vor einigen Jahren auch größeren Korruptionsfällen ausgesetzt war – da es ja öffentlich bekannt wurde, kann man auch durchaus darüber diskutieren und es auch öffentlich nennen –, das war die Firma Siemens in Deutschland. Diese Firma hat ganz strenge Compliance-Regelungen eingeführt, wahrscheinlich gehören sie zu den strengsten, die es für Unternehmen gibt, und dort geht es in der Zwischenzeit so weit, dass nicht einmal mehr eine Einladung zu einem **Essen** angenommen werden kann; auch kleinste Geschenke dürfen nicht mehr angenommen werden.

Herr Mag. Beyrer, jetzt möchte ich Sie fragen: Diese Compliance-Bestimmungen haben sich ja, glaube ich, dramatisch geändert in den vergangenen 15 Jahren, und die Industriellenvereinigung ist auch Initiator und mitbeteiligt an dem Leitbild von **respACT**, nämlich ein „**Erfolg mit Verantwortung**“, in dem ganz besonders darauf hingewiesen wird, dass sich Unternehmen in den Leitsätzen, Prinzipien und Standards gegen Korruption, betreffend aktives Bekämpfen von Korruption, fairen Wettbewerb, Transparenz et cetera an die Guidelines der OECD halten sollen.

Die Industriellenvereinigung hat auch unterzeichnet, dass mit Transparency International zusammengearbeitet werden soll, und verweist auch extra darauf, dass der Fachverband der Wirtschaftskammer Österreich Verhaltenskodices herausgegeben hat, die auch ihren Mitgliedern sozusagen empfohlen werden.

Dieses Leitbild, das eigentlich jetzt bei der Industriellenvereinigung, bei ihren Mitgliedsunternehmen auch schon in Kraft ist: Wann ist dieses Leitbild in Kraft gesetzt worden? War das nach Ihrer Zeit als Generalsekretär? War das schon vor Ihrer Zeit? Und wie beurteilen Sie die Geschäftseinladungen im Lichte dieses Leitbildes?

Mag. Markus Beyrer: Mir war das persönlich immer sehr wichtig, und wir kooperieren schon sehr lange mit respACT. Ich kann aber auch dazusagen, dass es bei respACT mit Peter Oswald auch ein Mitglied des Aufsichtsrates der Telekom Austria gibt, das hier auch einen sehr engen Link herstellt, und dass es uns wahnsinnig wichtig ist, dass wir am Schluss des Prozesses, was die Compliance betrifft, in Österreich ganz vorne stehen.

Wir orientieren uns da nicht nur an dem, was in Österreich schon jetzt quasi bester Standard ist, sondern gehen darüber hinaus und haben uns speziell sehr genau angeschaut: Was gibt es international? Und was gibt es insbesondere bei den großen DAX-Unternehmen?

Abgeordneter Mag. Wolfgang Gerstl (ÖVP): Herr Mag. Beyrer, ich gehe jetzt weiter zur Telekom: Die Telekom hat in der Zwischenzeit auch schon einen **Code of Conduct**, in dem sie unter anderem ihren Mitgliedern und ihren Mitarbeitern ausdrücklich verbietet, Geschäftsreisen von Kunden anzunehmen.

Ist das aus Ihrer Sicht heute noch ein genügender Punkt, oder wird das aus Ihrer Sicht noch weiter erweitert, dass es dann nicht nur um Geschäftsreisen geht, sondern auch um andere Reisen, andere Einladungen? Wie sehen Sie das grundsätzlich: dass dieser Code of Conduct bei der Telekom heute ausreichend oder nicht ausreichend ist?

Mag. Markus Beyrer: Das wird laufend weiterentwickelt. Aber, wie gesagt, noch einmal: Am Schluss des Prozesses – und genau dafür haben wir uns den Dr. Martin Walter geholt – soll stehen, dass die Telekom, was die Compliance, was all diese Bestimmungen betrifft, führend in Österreich ist, und das wird dann auch transparent gemacht.

Aber ich kann Ihnen sagen, Jagdeinladungen gibt es in der Telekom nicht mehr. Das gibt es nicht mehr.

Weil das auch manchmal in der Zeitung gestanden ist: zum Beispiel Kitzbühel. Auch das habe ich hinterfragt, sobald ich Aufsichtsratsvorsitzender war. Da gibt es aber langjährige Verträge. Man kann nicht aus langjährigen Verträgen als Sponsor eines Events aussteigen. Und man muss auch ein bisschen unterscheiden: Es geht ja natürlich nach wie vor darum, dass die Marke – einst „Telekom Austria“ – natürlich adäquat über verschiedene Mittel des Marketings den Kunden auch zugänglich gemacht wird.

Aber ich bin völlig bei Ihnen: Wir entwickeln das laufend weiter, und am Schluss des Tages soll stehen, dass die Telekom Austria ein Compliance-System hat, das in Österreich führend ist, und dass das auch gelebt wird, denn das ist das Entscheidende.

Abgeordneter Mag. Wolfgang Gerstl (ÖVP): Wenn man wirklich Kontrolle haben möchte in der Korruption, dann geht es ja nicht nur darum, scharfe Strafgesetze zu haben, sondern, wie Sie richtig sagen, es geht um das Gelebt-Werden dort und es geht um die internen Verhaltensregelungen, die sicherlich immer strenger sein müssen, als das Strafrecht je sein kann.

Mag. Markus Beyrer: Natürlich muss das alles den internationalen Standards entsprechen, aber es geht, wie ich es schon vorher gesagt habe, darum, dass es für die Mitarbeiter einfach erkennbar ist, was ist richtig und was ist falsch, dass es einen Gruppendruck gibt, das Richtige zu tun, und dass, wenn jemand das Falsche tut, er auch sanktioniert wird und dass die anderen das normal finden. Darum geht es. Das ist Compliance-Kultur, und das ist das Ziel.

Abgeordneter Mag. Wolfgang Gerstl (ÖVP): Ja, da gibt es eine Faustregel, die lautet: Kannst du damit gut leben, wenn dein Verhalten als Titelschlagzeile in der Zeitung stünde? – Können Sie da das Verhalten so mancher auch hier in dem Sinne einschätzen und sagen: Ist das okay, wenn ich Geschäftsreisen in das Ausland annehme oder wenn ich Einladungen in das Ausland annehme? Oder würden Sie heute sagen, Einladungen in das Ausland sind eigentlich nicht mehr umfasst, wenn ich von strengen Compliance-Regelungen ausgehe?

Mag. Markus Beyrer: Wir werden hier ein sehr engmaschiges Netz ziehen. Also Einzelfragen bitte ich ... –, aber ich bin bei Ihnen: Dort, wo es notwendig ist, muss man die Grenzen so eng wie möglich ziehen.

Abgeordneter Mag. Wolfgang Gerstl (ÖVP): Herr Mag. Beyrer, Sie haben auch schon darauf hingewiesen, dass bei dem Stock Option-Programm alle Untersuchungen eingeleitet worden sind beziehungsweise dass Sie auch schon einen Rechtsanwalt beauftragt haben bezüglich Rückforderungen.

Jetzt liegen uns hier zwei Zahlen vor. Die eine lautet, dass rund 9 Millionen € ausgezahlt worden sind aus dem Stock Option-Programm, und die andere Ziffer lautet, dass es um Schadenersatzzahlungen in der Größenordnung von 18 Millionen € geht.

Können Sie uns diese Größenzahl bestätigen?

Mag. Markus Beyrer: Im Groben. Das sind Zahlen, die sich natürlich laufend ändern, weil es, wie gesagt – da haben die Anwälte den besten Überblick –, immer dann, wenn es die Vermutung einer Möglichkeit gibt, sich in einem Verfahren anzuschließen, in der Regel einen Privatbeteiligten-Anschluss gibt und weil auch die Summen, die in den quasi Klagen, also in den Privatbeteiligten-Anschlüssen genannt werden, dann natürlich je nach Kenntnisstand angepasst werden.

Aber es ist so, dass die 9 Millionen €, das sind die Gelder, die ... – Also ich nehme an, dass die Zahlen sich so zusammensetzen: 9 Millionen war das, was aus dem Aktien-Optionsprogramm ausgezahlt wurde, in etwa. Das wird natürlich komplett zurückgefordert. Dann waren es nach diesem Deloitte-Bericht, glaube ich, schon ungefähr 9 Millionen, wo man einmal vermutet hat, dass die möglicherweise ohne Rechtsgrund ausgezahlt wurden über einen sehr langen Zeitraum und was natürlich, soweit das geht, dann versucht wird, über Schadenersatz hereinzukriegen. Und teilweise überschneiden sich diese Mengen natürlich, weil es ja in der Frage des Aktien-Optionsprogramms teilweise Rückforderungsansprüche sind, teilweise aber natürlich auch Schadenersatzansprüche gegen Personen, die die Auszahlung – trotz dem, dass der Grund möglicherweise nicht rechtmäßig zustande gekommen ist –

möglicherweise in einer strafrechtlich relevanten Weise herbeigeführt haben. Dann überschneiden sich Rückforderung und Schadenersatz.

Abgeordneter Mag. Wolfgang Gerstl (ÖVP): Wenn wir über einen Schadenersatz reden, der über den konkreten Schaden eben hinausgeht, wie Sie das ausgeführt haben, dann müssen wir auch die Frage stellen, zumal der ehemalige Generaldirektor Nemsic schon gesagt hat, dass eine Aktiengesellschaft ja mehrmals im Jahr eine Roadtour (*Ruf: Roadshow!*) durch die Welt machen muss, um ihr Unternehmen den Aktionären und den Investoren auch gut zu verkaufen: Haben Sie da in Ihrer Beobachtung als Aufsichtsratschef der Telekom feststellen können, dass bei den Investoren die Telekom positiver/negativer behandelt wird, seitdem wir in der Diskussion sind, ob es da Korruption gegeben hat oder nicht? Beziehungsweise: Welche Aktivitäten setzen Sie oder was würden Sie vorschlagen, dass getan werden muss, damit dem Unternehmen Telekom kein weiterer Schaden geschieht?

Mag. Markus Beyrer: Es finden natürlich laufend Roadshows statt. Das ist die eine Sache. Ich habe – und das ist ein bisschen untypisch für einen Aufsichtsratsvorsitzenden, aber ich habe das als notwendig empfunden – Ende Jänner selber quasi eine Roadshow gemacht, weil ich eben mit den großen Investoren in der Telekom Austria auch direkt in Kontakt kommen wollte. Ich war da zwei Tage in Dublin und London und habe im Wesentlichen, glaube ich, so 24 Prozent, 25 Prozent des Aktienbesitzes getroffen, und das war sehr useful, weil man ein sehr klares Bild dessen kriegt, was die Investoren sich erwarten.

Da ist zum Ersten einmal: eine klare Strategie für die Zukunft. Die Investoren verstehen alle, dass Weißrussland – und das ist ja das, was momentan zu den Verlusten geführt hat – eine große Herausforderung ist; nicht weil das operative Geschäft dort schlecht läuft, sondern weil das Makro-Umfeld, also insbesondere die Währungsabwertungen und jetzt die Hyperinflation, die dort momentan angewandt werden muss, eine Riesen-Challenge ist. Die verstehen, dass man eine neue Strategie braucht. Die ist vom Vorstand in Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat erarbeitet worden und wurde im Februar den Investoren präsentiert.

Wenn die Investoren etwas hinterfragt haben im Zusammenhang mit den Dingen, die hier diskutiert werden, dann war es die Aktienkursmanipulation, denn das ist ein Thema, das natürlich an den internationalen Finanzmärkten eine große Rolle spielt und das natürlich schon aufgeklärt werden muss, ganz klar.

Die anderen Dinge, die ganz genauso aufgeklärt werden müssen und die hier auch untersucht werden, was ich sehr begrüße, waren bei den Investoren absolut kein Thema. Also das ist etwas, was international, jedenfalls bei den Investoren, nicht hinterfragt wird.

Aber was man tun muss, ist, laufend mit den Investoren im Gespräch zu bleiben. Was man aber auch tun muss, ist, zu unterscheiden. Das eine, das, was wir hier tun, ist, was ich eingangs gesagt habe. Ich verfolge ganz klar drei Ziele: volle Aufklärung der Vergangenheit; Rückholung der Gelder, möglichst umfassend, Gelder, die möglicherweise rechtsgrundlos ausbezahlt wurden; und zum Dritten natürlich Learnings für die Zukunft. – Das ist die eine Seite.

Die andere Seite: Was wir nicht vergessen dürfen, ist, dass wir es da mit einem österreichischen Leitunternehmen zu tun haben, mit einem Unternehmen, das auch wirtschaftlich erfolgreich sein muss und wieder erfolgreicher werden muss, und dass man intensiv auch am positiven Fortgang des Unternehmens arbeitet. Und das tun wir mit dieser neuen Strategie, die präsentiert wurde. Und das ist für mich sehr interessant gewesen: dass die Investoren dem Unternehmen und auch dem Management des Unternehmens konzедieren, dass die richtigen Schritte gesetzt werden.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Herr Mag. Beyrer, noch eine Nachfrage zu meiner letzten Frage aus der ersten Runde, zum Vorfall Kloibmüller: Sind Sie sich zu 100 Prozent sicher, dass bei diesem Gespräch mit Ametsreiter und Mattes der Herr Jungwirth dabei war? Zur Erinnerung: Jungwirth kommt aus der Raika Oberösterreich, war dann im Kabinett Kukacka. Kukacka war ja nicht für Telekom zuständig, Jungwirth aber trotzdem im Kabinett für Telekom, hat sich offensichtlich sozusagen mehr für die Geldflüsse der Telekom interessiert, galt dann als Telekom-Spezialist, ist in die Telekom gekommen, war dort vielleicht dann der Polit-Spezialist.

War Herr Jungwirth – fürs Protokoll – bei diesem Gespräch Kloibmüller, BMI-Druck dabei oder nicht?

Mag. Markus Beyrer: Also erstens: „Kloibmüller, BMI-Druck“, so haben **Sie** es bezeichnet. Was bei **mir** angekommen ist, ist, dass es **keinen** Druck gegeben hat. Was ich auch gesagt habe, ist, dass bei diesem Gespräch aber durchaus unterschiedliche Sichtweisen da waren.

Soweit ich mich erinnere, hatte Dr. Ametsreiter damals Herrn Jungwirth und Frau Mattes mit.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Okay, also Jungwirth war dabei. Gut. Nächster Teil in der Runde zwei. – Ich habe ganz interessant gefunden, weil Sie ein paar Mal rund um meine Fragen das Wort „Micro-Management“ verwendet haben. Ich habe ein bisschen in Wikipedia nachgeschaut: Da werden die einzelnen Befehle genannt, die man Spielfiguren in Computerspielen gibt – das war interessant –, oder „übertriebene Detailorientierung“.

Ich helfe Ihnen jetzt mit meiner übertriebenen Detailorientierung, Sie helfen mir dann vielleicht bei den Zusammenhängen.

Begeben wir uns wieder einmal nach Schottland. – Da haben Sie in der ersten Runde ja nicht viel gewusst. – Es geht mir um die Jagdeinladung nach Schottland, wo Sie nicht genau gewusst haben, wer da dabei war. Ich helfe Ihnen jetzt.

Es waren dabei: Michael Fischer, Telekom, Herr Schieszler, es war dabei ein Herr Soravia, Herr Beyrer von der IV und noch zwei Leute. War das vielleicht Mensdorff-Pouilly? War da sonst noch wer?

Mag. Markus Beyrer: Das wurde ich schon gefragt. Es wäre unseriös, denn ich war auf einer Menge Jagden, jetzt wirklich genau zu sagen, wer bei welcher Jagd jetzt wo dabei war. Ich bitte wirklich um Verständnis.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Können Sie ausschließen, dass die Telekom genau deswegen diese Einladung gemacht hat, weil der Herr Soravia sehr viel baut und die Telekom gerne möchte, dass überall in seinen Bauten die Telekom anschließt, und dass der Herr Beyrer von der IV deswegen dabei ist, dass alle IV-Mitglieder Telekom-Anschlüsse haben?

Mag. Markus Beyrer: Erstens: Dazu habe ich keine Wahrnehmung.

Zweitens: Ich weiß nicht, ob alle IV-Mitglieder Telekom-Anschlüsse haben. Das glaube ich nicht. Wir haben Gott sei Dank einen funktionierenden Wettbewerb, und ich nehme an, dass sich die Kontrahierungspartner im Bereich der Telekommunikation auf die unterschiedlichen Anbieter verteilen.

Drittens: Nach meiner Erinnerung ist dort nur über die Jagd gesprochen worden, und das würde etwas weit gehen, denn der Generaldirektor der Industriellenvereinigung ist sowieso der Ansprechpartner der Unternehmen. Dazu braucht man ihn nicht zur Jagd einladen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Das heißt aber, nachdem Sie bei den fehlenden zwei Personen – übers Micro-Management – Erinnerungslücken haben: Sie selber sagen, die IV-Mitglieder werden nicht zum Großteil bei der Telekom anschließen, wird es wahrscheinlich ...

Mag. Markus Beyrer: Ich weiß es nicht. Ich habe mich mit der Frage nie befasst.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Sie wissen es nicht. – Ich möchte Ihnen jede Erinnerungslücke überlassen, keine Angst. Es muss offensichtlich beim Herrn Soravia so viel Erfolg gewesen sein, denn es hat ja dann die positive Vollzugsmeldung des Herrn Fischer gegeben.

Einen Punkt noch zu den Zutrittsberechtigungen, denn da haben Sie gesagt, es ist eigentlich schon üblich. Finden Sie es wirklich üblich, dass Mitglieder eines Kollegialorganes – und das ist ja der Aufsichtsrat –, die **nicht** Mitarbeiter in einem Unternehmen sind – und Aufsichtsratsmitglieder und der Aufsichtsrat sind nicht Mitarbeiter eines Unternehmens –, eine permanente Zutrittsberechtigung haben? Meiner Wahrnehmung nach ist das in den großen privatwirtschaftlichen Betrieben, die nicht der Republik oder Parteien gehören oder einer Kammer oder sonst irgendwem, nicht üblich.

Wie ist da Ihre Wahrnehmung?

Mag. Markus Beyrer: Erstens noch einmal zum Thema „Erinnerungslücken“. Das ist keine Erinnerungslücke. Herr Abgeordneter, ich bin wirklich bemüht, Ihnen alle Fragen zu beantworten und alles dazu beizutragen, nur: Die IV hat über 3 000 Mitglieder, der Vorstand hat in etwa 110 Mitglieder. Ich weiß nicht, bei wem die ihre Telekommunikation beziehen, ich weiß nicht, bei wem die ihre Stromleistung beziehen, ich weiß nicht, wo die ihre Anzüge schneiden lassen, wohin sie auf Urlaub fahren. Das sind alles keine relevanten Informationen für einen Generalsekretär einer Industriellenvereinigung.

Was relevant ist, das ist, dass es hoffentlich einen funktionierenden Wettbewerb gibt in diesen Märkten und dass sie das jeweils richtige Angebot für sich herausuchen. Das ist also keine „Erinnerungslücke“, nur wäre es ein bisschen übertrieben, irgendwelche Supplier für alle Mitglieder der Industriellenvereinigung zu kennen. Es ist auch relativ irrelevant für mich.

Zutritt: meines Wissens ja. Jedenfalls in den Unternehmen, in denen ich dem Aufsichtsrat angehöre, ist das so. Aber ich werde das hinterfragen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Auch noch von mir eine Feststellung zum Thema Erinnerungslücken. Die Telekom-Austria-Mitarbeiter haben klar gesagt, dass das Sinn und Zweck der Einladung war.

Wenn Sie da Erinnerungslücken haben, dann wird das durchaus seine Berechtigung haben.

Mag. Markus Beyrer: Entschuldigung, dass was Sinn und Zweck der Einladung war?

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Dass die IV-Mitglieder möglichst breitflächig von der TA bedient werden.

Mag. Markus Beyrer: Da darf ich nur festhalten: Mir hat das niemand gesagt. Ich weiß darüber nichts.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Entschuldigen Sie: Sie dürfen nicht unterbrechen! Ich habe es ohnehin schon einmal gesagt.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Ich fasse zusammen: Wir haben es – und da verstehe ich jetzt zum ersten Mal die SPÖ, die ich bis dahin nicht wirklich verstanden habe, aber es wird mir im Zuge Ihrer Befragung immer deutlicher – bei der ÖIAG mit einem etwas sonderbaren Verein zu tun, der nicht wirklich erkennt, wer der Eigentümer der ÖIAG ist, der glaubt, dass das möglicherweise ein Minister ist, aber nur dann, wenn er die richtige Farbe hat, eine Firma, die sich nicht bewusst ist, dass eigentlich das **oberste Kontrollorgan** über alle Sachen der **Republik** noch immer das **Parlament** ist.

Über Ihre persönliche Qualifikation hat sich eigentlich schon Kollege Pilz ausgelassen. Ich kann mir für unsere Fraktion nur mehr vorstellen, dass man da rasch einschreitet und die ÖIAG so bald als möglich auflöst, dann können Sie wieder in irgendein Kabinett gehen mit Ihrer reichhaltigen Industrieerfahrung. Und zum Thema Compliance habe ich auch meine Stellungnahme schon abgegeben. – Danke, keine Fragen mehr.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke ebenfalls. Es bleibt Ihnen völlig unbenommen, Ihre politische Ansicht auch zu Protokoll zu geben. Es ist nur ein Problem. Wir sind sowieso zeitlich etwas eng, und was die Anschuldigungen angeht, ist es öfter auch für die Auskunftspersonen schwierig, in Ruhe abzuwarten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Bevor wir kurz noch einmal zu Ihren Jagdgesellschaften kommen, möchte ich noch einmal Ihre Prüfungstätigkeit im Bereich der Unternehmensbeteiligung ansprechen, die die Telekom Austria hatte oder hat, und führe dazu folgenden Sachverhalt aus.

Es hat Herr Prof. Dr. Manstein am 24. Februar einen ganz bösen Kommentar unter dem Titel „Amtsmissbrauchsjournalle“ geschrieben, wo er die Enthüllungsjournalisten Klenk, Nikbakhsh, Kuch und einen Journalisten vom „FORMAT“ als „Gefahr für die Zukunft des Journalismus in diesem Land“ bezeichnet.

Ich habe mir die Frage gestellt: Warum macht das der Herr Manstein? Warum macht der Herr Mannstein heute am Abend extra eine Podiumsdiskussion dazu? Ich habe recherchiert und festgestellt, dass Herr Manstein selber bis zum Hals im Telekom-Sumpf steckt und daher Angst hat vor den österreichischen Enthüllungsjournalisten.

Ich führe dazu wie folgt aus und frage Sie dann dazu:

Im März 2007 hat die Telekom eine Unternehmensbeteiligung erworben an der Dr. Maté GmbH, nämlich einen 40 Prozent-Anteil. Es geht hier konkret um eine Homepage namens NetDoktor.at. Die hat die Telekom im März 2007 um 1,6 Millionen € gekauft.

Jetzt habe ich mir angeschaut: Wer steckt unter dieser Firma Dr. Maté GmbH, hinter NetDoktor.at? – Es steckt dahinter einerseits der Dr. Maté selbst mit einem 60 Prozent-Anteil; und es steckt dahinter – den Firmenbuchauszug habe ich hier – eine „Forstwirtschaftliche Privatstiftung“. – Da sind wir wieder irgendwie im Wald: Forstwirtschaftliche Privatstiftung.

Und wenn man sich anschaut, wem diese Forstwirtschaftliche Privatstiftung gehört: Sie gehört – Stifter aus dem Firmenbuch – Hans-Jörgen Manstein. Das heißt, der Herr Manstein hat über seine Forstwirtschaftliche Privatstiftung seine Anteile an der Maté GmbH im Jahr 2007 um 1,6 Millionen € an die Telekom verkauft. Ein Jahr später, im Jahr 2008 – und ich habe den Geschäftsbericht hier; mein Mitarbeiter wird ihn Ihnen vorlegen –, geht aus dem Geschäftsbericht 2008 hervor, dass diese Beteiligung, die im Jahr 2007 von Manstein um 1,6 Millionen € gekauft wurde, im Jahr 2008 um 1,5 Millionen € wertberichtigt werden musste. 2007 um 1,6 Millionen € gekauft – abgewertet! Zitat:

... wurde 2008 um 1,533 Millionen € wertgemindert.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Das heißt, man hat 2007 eine Firma um 1,6 Millionen gekauft, die im Jahr 2008 dann nur mehr rund 100 000 € wert war, und der Nutznießer dieses Geschäftes ist der Herr Manstein, der Journalisten anpatzt und hinter dieser Forstwirtschaftlichen Privatstiftung steckt, die ihre Anteile verkauft hat.

Ich frage Sie dazu konkret, Herr Beyrer: Ist Ihnen das bekannt? Ist im Rahmen Ihrer Tätigkeit auch vorgesehen, dass die Unternehmensbeteiligungen der Telekom und die Vorgänge in diesem Zusammenhang geprüft werden? Gibt es konkrete Prüfungsergebnisse zu dieser Seite NetDoktor.at, und ist es korrekt, dass laut meinen Recherchen Rudolf Fischer im Jahr 2007 – das geht aus Informationen der Telekom hervor – persönlich dafür gesorgt hat, dass die Telekom auf ein Wertgutachten dieser Firma bewusst verzichtet hat und damit der wahre Wert gar nicht festgestellt wurde, und dass dann genau ein Jahr später um 1,5 Millionen eine Wertberichtigung vorgenommen werden musste?

Das ist doch ein eigenartiger Zusammenhang. Also: Prüfen Sie auch die Unternehmensbeteiligungen und Zukäufe der Telekom? Gibt es konkrete Ergebnisse zu dieser Firma NetDoktor.at und Herrn Manstein und, wenn ja, wie lauten diese Prüfungsergebnisse?

Mag. Markus Beyrer: Erstens ist es natürlich extrem unerfreulich, wenn ein Unternehmen gekauft wird und im nächsten Jahr sehr viel weniger wert ist. Kommt vor im Geschäftsleben, sollte aber nicht vorkommen.

Zweitens zu dem, was Sie gesagt haben, zu Fischer. Gutachten weiß ich nicht. Das war im Jahr 2007 oder 2008. Ich glaube, 2007, haben Sie gesagt, Herr Abgeordneter?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Im März 2007, laut Geschäftsbericht 2008.

Mag. Markus Beyrer: War lang vor meiner Zeit. Also mir sagt weder der Herr Manstein was noch diese Dr. Maté GmbH. Was ich Ihnen aber sagen kann, ist, dass natürlich wesentliche Unternehmensbeteiligungen und Akquisitionen in diesem Prüfungszeitraum 2000 bis 2010 klarerweise im Kern des Untersuchungsgegenstandes, des Untersuchungsteams sind. Wenn dazu etwas letztlich Relevantes herauskäme, werde ich das dann berichten, sobald wir diesen Bericht haben.

Mir ist dazu nichts bewusst. Mir sagt weder der Dr. Maté noch Manstein etwas, aber Sie haben völlig recht: So etwas sollte nicht passieren. Und diese Summe ist jedenfalls weit unterhalb der Grenze der Aufsichtsratspflicht. Also ich kann mich nicht erinnern, dass das jemals im Aufsichtsrat diskutiert worden ist. Es dürfte davor auch nicht im Aufsichtsrat diskutiert worden sein, weil es eben weit unterhalb irgendeiner Aufsichtsratsgenehmigungspflicht liegt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Darf ich vielleicht an Sie das Ersuchen richten – ich habe Ihnen jetzt den Sachverhalt geschildert –, sich das genau anzuschauen, weil ich halte diese Unternehmensbeteiligung und diesen Profit, den Manstein daraus geschlagen hat, und dass er jetzt Journalisten deswegen anpatzt, weil er Angst hat, dass da etwas auffliegt, wirklich für untersuchungswürdig.

Gehen wir noch kurz zu den Jagdgesellschaften. – Sie weichen da immer sehr, sehr aus. Ich führe noch einmal aus dem „Projekt Flieder“ aus. Es gab eine Jagd am 10. November 2007. Da waren Sie dabei. Die hat rund 60 000 € gekostet. Dann gab es eine zweite Jagd vom 14.11.2008; kostete 64 000 €. Beide Male von Mensdorff an die Telekom verrechnet.

Bei der Jagd, bei der Sie dabei waren, am 10.11.2007 mit Kosten von 60 000 €, hat das Angebot des Mensdorff der damalige ÖVP-Direktor Michael Fischer an die Telekom geschickt.

Können Sie sich erklären – weil Sie waren ja bei dieser Jagd dabei –: Warum schickt der Mensdorff das nicht direkt an die Telekom, an den Schieszler, sondern warum schickt er es zuerst an die ÖVP; und die ÖVP bestellt dann die Jagd bei der Telekom, bei der Sie teilgenommen haben damals als IV-Generalsekretär und wo Ihre Teilnahme unter anderem die Telekom 60 000 € gekostet hat?

Mag. Markus Beyrer: Ich darf vorher noch ganz kurz zu Ihrer Anregung Stellung nehmen. Wie gesagt, Unternehmensbeteiligungen sind Gegenstand der Prüfung, aber ich nehme diese Anregung gerne auf und werde also dieses spezielle Passwort einfügen für den Fall, dass es nicht ohnedies schon im Scope ist. Das passiert übrigens auch laufend. Es ist ja auch so, dass der Staatsanwalt immer wieder sagt: Das ist etwas, was man sich anschauen könnte. Da gibt es eben, wie gesagt, eine hervorragende Kooperation.

Zur Jagd weiß ich nicht, warum wer wem wann irgendein Mail geschrieben hat. Richtig ist, dass ich im Jahr 2007 auf Einladung der Telekom an einer Jagd im Burgenland teilgenommen habe. Wie die Vorbereitungen der Einladungen zustande gekommen sind, weiß ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage das deswegen, weil Sie eben damals IV-Generalsekretär waren und damit im Umfeld der Österreichischen Volkspartei und es schon auffällt, dass die ÖVP bei der Telekom eine Jagd bei Mensdorff um 60 000 € bestellt. Also Sie können sich das nicht erklären, warum das Fischer an die Telekom geschickt hat?

Mag. Markus Beyrer: Nein, ich weiß nicht, warum da wer wann wem ein Mail geschickt hat. Ich war eingeladen von der Telekom. Diese eine Einladung habe ich angenommen.

Und zum Thema Industriellenvereinigung: Die Industriellenvereinigung ist eine parteiunabhängige Veranstaltung, ist ein parteiunabhängiger Verein, und ich meine jetzt nicht, dass das bei uns eine Rolle gespielt hätte – ich bin ja dort nicht mehr –, denn im Vorstand der Industriellenvereinigung gibt es fast alle Farben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schlussfrage für diese Runde: Die zweite Jagd hat am 14.11.2008 stattgefunden, laut „Flieder“-Bericht Kosten 64 000 € der Telekom an Mensdorff. Eine Teilnehmerliste konnte da nicht verifiziert werden.

Ich frage Sie noch einmal: Waren Sie bei dieser Jagd am 14.11.2008 mit dabei, und falls Sie dabei waren: Welche sonstigen Jagdteilnehmer gab es bei dieser Treibjagd am 14.11.2008, die Herr Mensdorff mit 64 000 € an die Telekom verrechnet hat?

Mag. Markus Beyrer: 2007 war ich dabei. An 2008, würde ich Ihnen jetzt normalerweise sagen müssen, erinnere ich mich nicht, weil ich ja nicht Buch führe darüber und nicht wirklich einen Überblick oder nicht wirklich eine genau Erinnerung darüber habe, wann war ich wo, wie, mit wem.

In dem Fall kann ich Ihnen sagen, dass ich nicht dabei war, und zwar deshalb, weil diese Jagd in einem großen Gatter stattgefunden hat im Jahr 2007 und ich mir im Jahr 2007 dann gedacht habe ... (*Abg. Petzner: 2008!*) – 2007 war die Jagd, wo ich dabei war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau, 14. November 2008.

Mag. Markus Beyrer: Und 2008 dürfte das Gleiche gewesen sein. Ich habe mir dann 2007 gedacht, ich gehe nicht noch einmal in ein Gatter, weil ich ziehe die freie Wildbahn vor, und deswegen kann ich Ihnen in diesem Fall sagen, 2008 war ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie kennen auch keine sonstigen Teilnehmer?

Mag. Markus Beyrer: Nein, nachdem ich nicht dort war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Wir werden das dann den Grafen „Ali“ fragen; der kommt ohnehin gleich. – Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es besteht noch die Möglichkeit, Zusatzfragen zu stellen. Ich weise aber darauf hin, dass wir schon über eine Stunde überzogen haben. – Herr Abgeordneter Kuzdas, ganz kurz.

Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ganz kurz zwei Fragen. Frau Dr. Edith Hlawati ist Mitglied im Telekom-Aufsichtsrat. Sie hat unter Ihrem Vorgänger Peter Michaelis für die ÖIAG auch Beratungsleistungen vorgenommen, kolportiert in einer OTS-Aussendung vom 9.9.2010, bis zu 4,5 Millionen pro Jahr.

Frage: Ist Frau Dr. Hlawati noch Beraterin der ÖIAG? Wie hoch sind ihre Beratungskosten? Und halten Sie diese Doppeltätigkeit, Aufsichtsratsstätigkeit **und** Beratungstätigkeit, mit den neuen Compliance-Regeln vereinbar?

Zweite Frage: „Die Post bringt allen was“, manchen ein bisschen mehr – 350 000 € Provision beim Börsengang der Post an Hohegger und Meischberger.

Werden Sie diese Angelegenheit untersuchen?

Mag. Markus Beyrer: Erstens zu Frau Dr. Hlawati. Das ist eine Situation, die ich a) vorgefunden habe, b) die der Compliance vollinhaltlich Rechnung trägt, weil die Compliance sieht vor, und auch der Österreichische Corporate Governance Kodex – es ist außerdem nicht die Frau Dr. Hlawati selbst, sondern es ist die Kanzlei der Frau Dr. Hlawati, nicht sie als Person, also eine große Anwaltssozietät, die verschiedene Rechtsberatungsleistungen der Telekom erbringt –, der Österreichische Corporate Governance Kodex und die Compliance sehen vor, dass ein solcher Tatbestand vom Aufsichtsrat zu genehmigen ist und dass auch bei der Hauptversammlung zu berichten ist, was stattgefunden hat.

Zweitens: Die genauen laufenden Summen weiß ich natürlich nicht. Die Summe, die Sie in den Raum gestellt haben, ist, wenn ich mich richtig erinnere aus der Zeitung, eine Summe, die einen Zeitraum von zehn Jahren betrifft – oder jedenfalls einen sehr langen Zeitraum betrifft. Glaube ich, ehrlich gesagt, nicht. Es mag sein, dass es in der Zeitung steht, aber das kann ich mir nicht vorstellen. Ich glaube, dass das einen langen Zeitraum betrifft, aber ich werde das überprüfen.

Zum Dritten, zu Frau Dr. Hlawati. Was ich gemacht habe, ist: Als ich angetreten bin, habe ich gesagt: Schauen Sie, diese Geschichte ist in der Zeitung. Was kann man tun? Und was man gemacht hat, ist, dass sie sich einverstanden erklärt hat – ich meine, sie ist ja auch nicht persönlich die Beraterin in diesen Fragen –, dass sie an der Gewinnverteilung ihrer Anwaltssozietät in den Fragen, die die Telekom betreffen, nicht mehr teilnimmt. Das war das, was zu meinem Antritt geschehen ist.

Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Die letzte Frage war: Post.

Mag. Markus Beyrer: Ach ja, Post. Das kenne ich auch nur aus der Zeitung, ehrlich gesagt, und da gibt es auch keine Beziehung zur ÖIAG. Da gibt es keine Beziehung zur ÖIAG, sondern die ÖIAG hat offensichtlich – aber das kenne ich, wie gesagt, auch nur aus der Zeitung, und das war alles lange vor meiner Zeit – verschiedene Investmentbanken mit der Privatisierung, einer Teilprivatisierung der Post betraut. Das,

was da in den Zeitungen zumindest steht, betrifft die Zusammenarbeit dieser Investmentbanken mit wem auch immer.

Was ich aber sofort überprüft habe und mir von allen Mitarbeitern, die noch da sind, habe bestätigen lassen, ist, dass die ÖIAG zu keinem Zeitpunkt in irgendeiner Form mit ... Wer war der Herr, der da ...? Wer war das jetzt: Hohegger oder Meischberger? Oder?

Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Beide, Hohegger *und* Meischberger.

Mag. Markus Beyrer: Beide. Nein, da hat es nie einen Kontakt mit der ÖIAG gegeben. Das habe ich sofort überprüfen lassen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt noch kurz zu diesen Jagdgeschichten; ich wiederhole meine Frage: Wissen Sie, was Ihre Teilnahme an der Jagd bei Mensdorff-Pouilly in Luising am 10. November 2007 gekostet hat? Was sie wert war? Was die Telekom dafür bezahlt hat? (*Mag. Beyrer: Weiß ich nicht!*) – Dann werde ich es Ihnen sagen: Die Gesamtrechnung beläuft sich auf brutto 70 584 €. Es hat 15 Teilnehmer gegeben. Wenn ich davon ausgehe, dass alle der Telekom gleich viel wert waren, kommt das pro Person, also auch für Sie, auf 4 705,60 €. Das waren Sie der Telekom für diese Jagd wert. Sie kennen ja die aktienrechtlichen Bestimmungen.

Was war die Leistung, die die Telekom dafür von Ihnen erhalten hat?

Mag. Markus Beyrer: Es war damals nicht meine Aufgabe, das zu beurteilen. Ich war als Generalsekretär der Industriellenvereinigung Gast der Telekom Austria – etwas, was ich in meiner Zeit als Generalsekretär der Industriellenvereinigung nicht nur durfte, sondern was auch von mir *erwartet* wurde.

Was ich aber habe überprüfen lassen – und das findet sich ja auch im Deloitte-Bericht –, ist natürlich, ob das, was hier zugekauft wurde, marktüblich war. Sie sehen, über dem Deloitte-Bericht steht:

Die Kosten pro Schützen entsprechen einer vergleichsweise üblichen Gebühr.

Das ist das, was natürlich zu überprüfen war. Konkrete Gegenleistung hat es keine gegeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist ein ganz wichtiger Punkt, dass es bei Ihnen auf die klassische Ausschuss-Frage „Was war die Leistung, die Sie für diese 4 705,60 € erbracht haben?“ heißt: *keine* Leistung! – Gut, ich werfe es Ihnen ja gar nicht vor. Das war eine klare Antwort.

Jetzt nehmen wir einmal Schottland her. Learjet-Kosten, über die Valora abgerechnet, für die Telekom: 21 800 €. Wenn wir annehmen, dass Unterkunft, Jagd und das alles ungefähr – machen wir es billig – so wie Luising anzusetzen ist, dann kommen wir da auf 8 300 € ihres persönlichen Anteils, den die Telekom bezahlt hat, inklusive Learjet.

Was war die Leistung, die Sie für diese Schottland-Reise ... (*Vertrauensperson Dr. Wess spricht sich mit der Auskunftsperson.*)

Kann man das *Soufflieren* dort einstellen? – Wenn sich die Auskunftsperson an Sie wendet, dann können Sie die Auskunftsperson beraten. Wenn Sie soufflieren wollen: Öffentliche Bühnen, wo Sie sich bewerben können, befinden sich ganz in der Nähe – aber sicherlich nicht in diesem Ausschuss!

Noch einmal: Ich habe Ihnen vorgehalten, was der Wert für die Schottland-Reise war: etwa 8 300 €. Vielleicht kann es uns die Telekom auch genauer sagen. Was war dafür Ihre Leistung? Welche Leistung haben Sie da für die Telekom erbracht?

Mag. Markus Beyrer: Noch einmal: Es ist nicht das Wesen von Einladungen, dass man dafür irgendeine Leistung erbringt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Mag. Beyrer, Sie haben es vorhin ohnedies ganz einfach beantwortet. (*Mag. Beyrer: Ja!*) Vorhin haben Sie gesagt, Sie haben dafür keine besondere Leistung erbracht. War das auch in diesem Fall ...?

Mag. Markus Beyrer: Nein, natürlich nicht. Für eine Einladung erbringt man auch keine Leistung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, natürlich, weil ...

Mag. Markus Beyrer: Ich habe auch schon ausgeführt (*Abg. Dr. Pilz: Sie müssen ...*), dass ich in meiner Zeit als Generalsekretär der Industriellenvereinigung zu etlichen Dingen eingeladen war. Einen **sehr** geringen Teil davon habe ich angenommen, immer in Absprache mit dem Präsidenten der IV, in einer Zeit, als ich das durfte und als das auch von mir erwartet wurde.

Aber wenn Sie so wollen: Leistung – es ist bei solchen Dingen immer interessant, wenn man mit Personen reden kann, die in irgendeiner Form von öffentlichem Interesse sind. Ich war natürlich immer ein ganz besonders beliebter Gast, weil ich kein Amtsträger war und das eben unproblematisch war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Hohegger schildert das in durchaus ähnlichen Worten in seiner Beschuldigtenvernehmung – nein, Herr Schieszler war das, Entschuldigung! Herr Schieszler sagt in seiner Beschuldigtenvernehmung vom 15. April 2011 – ich zitiere –:

Wir und er –

also Hohegger und Schieszler –

arbeiteten gemeinsam einerseits einen Besuchsfahrplan aus, andererseits einen Eventplan. Dieser Eventfahrplan sah vor, einige Meinungsbildner auf einen Jagdausflug nach Schottland einzuladen. An diesem Jagdausflug im September 2008 nahmen sechs Personen teil. Namentlich erinnern kann ich mich an den Generalsekretär der Industriellenvereinigung Markus Beyrer und Frau Aufsichtsrätin bei der Erste Bank Bettina Breiteneder. – Zitatende.

Einige andere Personen kennen wir auch.

Hohegger sagt es auch ganz deutlich: Da geht es um Meinungsbildung, um Beeinflussung und so weiter. Da soll Meinung gekauft werden mit Hochwild und Wildschweinen und was weiß ich noch.

Sie müssen sich einmal vorstellen, wir diskutieren im Nationalrat jetzt zum zweiten Mal, wie wir mit Anfütterung umgehen sollen, und reden über 100 €, 50 €. Sie und Ihresgleichen finden nichts dabei, wenn sich Meinungsbildner – „öffentliche Personen“, wie Sie gesagt haben – gleich bei zwei solchen Gelegenheiten insgesamt Geldwerte/Leistungen (*Obfrau Dr. Moser: Zusatzfrage, bitte!*) im Ausmaß von 13 000 € zukommen lassen. Das ist weit über den „normalen“ Anfütterungen!

Was mich interessiert, ist nicht, warum Sie sich von der Telekom anfüttern lassen – das kann ich mir schon vorstellen, Sie sind ein passionierter Jäger –, sondern wozu Sie die Telekom allein bei zwei Jagden mit 13 000 € anfüttert. Irgendetwas musste doch die Telekom davon haben – und das möchte ich gerne von Ihnen wissen.

Mag. Markus Beyrer: Erstens kann man mich gar nicht anfüttern oder konnte man mich gar nicht anfüttern, weil ich eben kein Amtsträger war. Wie Sie ja selbst darauf hingewiesen haben: Das ist ein Gesetz, mit dem sich dieses Haus befasst hat und sich

zu befassen hat. Das Anfüttern bezieht sich auf **Amtsträger** – der ich nicht war. Dementsprechend geht das schon einmal begrifflich nicht.

Zum Zweiten, was Sie da verlesen haben: Den Herrn Hochegger habe ich wissentlich in meinem ganzen Leben noch nie getroffen. Auch das habe ich Ihnen damals gesagt, als wir telefoniert haben.

Mir kommt das alles immer – und das ist eigentlich das, was ich jetzt in der Rückprüfung sehe, neben der skandalösen Leichtigkeit, wie da manches offensichtlich gemacht wurde, und da sind wir ja dahinter, dieses Geld so weitgehend wie möglich fürs Unternehmen zurückzuholen – so vor: wie dilettantisch das meiste davon war!

Ich kann Ihnen sagen, ich war als Generalsekretär der IV natürlich ein Interessenvertretungs-Profi. Die Mitgliedsunternehmen haben uns dafür Mitgliedsbeiträge bezahlt, tun das noch und bekommen dafür eine Top-Leistung. Für mich war es teilweise so: Ich bin ja fassungslos, wenn ich höre, wie dilettantisch manche Dinge angegangen werden, wie niedlich man sich vorstellt, wie man Lobbying macht, und wie viel Geld dafür ausgegeben wurde. Da bin ich völlig bei Ihnen.

Es war damals allerdings nicht meine Aufgabe, das zu beurteilen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe noch zwei kurze Fragen. Die erste ist ganz einfach. Wir sollten versuchen, uns ein Bild zu machen, ob das ein reiner Fall Telekom ist oder ob das System im Bereich zum Beispiel der ÖIAG ist. Da gibt es ja noch andere Unternehmen der ÖIAG.

Haben Sie auch auf Einladung anderer ÖIAG-Unternehmen an Jagden teilgenommen? Wenn ja: auf Einladung welcher und wie oft?

Mag. Markus Beyrer: Ich war natürlich auf Einladung unterschiedlicher Unternehmen zu verschiedenen Dingen auch auf Jagden. Auf Einladung der momentanen anderen ÖIAG-Unternehmen meiner Erinnerung nach nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, an der Post-Jagd, auf die wir bei Mensdorff ...

Mag. Markus Beyrer: Nein, nach meiner Erinnerung nicht. Nein. (*Abg. Dr. Pilz: Okay, und das Letzte ist ...*) Ich glaube auch nicht, dass die Post Jagden veranstaltet. Aber es gibt eine Reihe von anderen Unternehmen, die das tun.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die letzte Frage ist ganz einfach. Wenn wir nur bei der Telekom bleiben und jetzt den Geldwert mit etwa 13 000 € beziffern, den Geldwert der Jagdleistung, die Ihnen die Telekom finanziert hat: Sind Sie bereit, der Telekom das zurückzuzahlen?

Mag. Markus Beyrer: Ich wüsste nicht, warum ich der Telekom oder einem anderen Unternehmen irgendetwas für irgendeine **Einladung** zurückzahlen sollte. Etwas, was ich rechtmäßigerweise wahrnahm in einer Zeit, als ich das durfte, als das von mir erwartet wurde und als ich sehr oft, kann ich Ihnen sagen, viel lieber zu Hause bei der Familie gewesen wäre, als am Wochenende irgendwo herumzukugeln. Zurückzahlen auf welcher Basis?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich hoffe, dass man Ihnen diese Ausdrucksweise „am Wochenende irgendwo herumzukugeln“ am Jagd-Stammtisch nicht übel nehmen wird. – Danke, ich habe keine weiteren Fragen.

Abgeordnete Dorothea Schittenhelm (ÖVP): Nachdem wir jetzt so einen wunderbaren jagdlichen Vormittag verbracht haben, macht vielleicht auch noch Herr Kollege Pilz die **Jagdprüfung**. Ich könnte das nur empfehlen. An so wunderbaren

Tagen kann man so schön auf die Pirsch gehen, oder wie auch immer. (*Abg. Dr. **Rosenkranz**: Ein Fischer ist er ja! – Weitere Zwischenrufe.*)

Aber nun in aller Kürze zu meiner Frage: Herr Mag. Beyrer, Sie haben uns jetzt am Vormittag drei Stunden oder länger gesagt, was Sie seit Ihrem Amtsantritt mit 1. Juli 2011 schon alles an Änderungen unternommen haben. Sie haben gesagt, Sie haben Leute entlassen, Sie haben einen Kontrollausschuss eingesetzt.

Frage: Gab es seit Ihrem Amtsantritt auch personelle Änderungen im Aufsichtsrat der Telekom Austria?**Mag. Markus Beyrer**: Nein. Es hat quasi mit meinem Antritt zwei personelle Änderungen im Aufsichtsrat gegeben, das war, glaube ich, letztes Jahr im April; seitdem nicht. (*Abg. **Schittenhelm**: Danke schön!*) Für Änderungen im Aufsichtsrat ist auch die Hauptversammlung zuständig, und da hat es eigentlich seit meinem Antritt ... Ich glaube, die ist am 23. Mai; also im Mai ist die nächste Hauptversammlung. Es sind aber auch keine Änderungen geplant.

Ich darf noch ganz kurz – wenn die Frau Vorsitzende es mir erlaubt, jetzt habe ich mich ja ein paar Mal nicht brav verhalten – etwas dem anfügen, was Herr Abgeordneter Pilz gesagt hat. Ich meine, damit muss ich natürlich leben. Aber es ist doch so, ich gehe sehr gerne jagen – aber wenn, dann gehe ich gerne auf eine Gams hoch hinauf in die Berge! Dann gibt es eben Dinge, die allgemein beliebt sind, also verschiedene Gesellschaftsjagden. Da muss ich dann **nicht** alles haben, aber okay, so ist es eben. – Nur, um das auch zu erklären.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Herr Mag. Beyrer, wir haben ein gemeinsames Thema. Nicht das Micro-Management – sondern dass Sie da als Aufsichtsratschef Leute hinausgeworfen hätten, das war mir dann doch zu viel Micro-Management. Unser gemeinsames Thema ist doch die Jagd, und Sie haben ja gesagt: Manchmal machen Sie es gerne, manchmal nicht. Mir geht es jetzt nur darum, ein Bild rund um das Ganze zu erhalten, ich weiß auch nicht, wie spannend und abwechslungsreich der Ablauf ist, aber:

Können Sie sich grundsätzlich erinnern, wie oft Sie beispielsweise in einem Learjet nach Schottland fahren, dort jagen, herrschaftlich untergebracht sind und wieder retour fahren? Ist Ihnen das vielleicht von der Häufigkeit her noch erinnerlich?

Mag. Markus Beyrer: Das kann ich Ihnen natürlich sagen. Erstens tut es mir leid, wenn ich Sie mit dem „Micro-Management“ offensichtlich in irgendeiner Form aufgebracht habe, denn wir wollen da ja beide dasselbe. (*Abg. Dipl.-Ing. **Deimek**: Nein, um Gottes willen!*)

Zum Zweiten kann ich nur sagen: Das ist die **absolute Ausnahme!** Ich kann Ihnen sagen, ich kann mich auch daran erinnern, wie das war. Ich wollte dort mit der Linie hinfliegen, über Frankfurt nach Edinburgh. Dann hat es kurzfristig geheißen, es gibt ein Flugzeug, und ich kann mitfliegen; dieser Einladung bin ich gerne nachgekommen. Aber das ist schon die Ausnahme.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Das heißt, es war einmal oder zweimal? Oder wie oft?

Mag. Markus Beyrer: Ich kann das nicht beziffern. Aber das ist die absolute Ausnahme. (*Heiterkeit bei im Sitzungssaal anwesenden Medienvertretern.*)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Die Antwort haben die Damen und Herren von den Medien gegeben. – Danke, keine weiteren Fragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Petzner, bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich sehe gerade nach, eine Sekunde Geduld. – Nein, wir haben alle Fragen gestellt, danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Damit bedanke ich mich auch bei unserer Auskunftsperson und ersuche dann aufgrund des zeitlichen Überziehens, die **nächste Auskunftsperson** in den Saal zu bitten.

Mag. Markus Beyrer: Ich darf mich auch herzlich bedanken. Es hat länger gedauert, aber es war mir ein Vergnügen.

*(Die Auskunftsperson Mag. Markus **Beyrer** und ihre Vertrauensperson verlassen den Sitzungssaal. – Die Auskunftsperson **Alfons Mensdorff-Pouilly** sowie deren Vertrauensperson **Mag. Harald Schuster** werden von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

12.33

12.35

Auskunftsperson Alfons Mensdorff-Pouilly

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Alfons Mensdorff-Pouilly** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen ausgeschaltet werden.

Herr Mensdorff-Pouilly, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur **Angabe** der **Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine (vorsätzlich) falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Alfons Mensdorff-Pouilly. Ihre weiteren Personaldaten, die Sie der Parlamentsdirektion bekannt gegeben haben, liegen mir vor.

Sie waren im Untersuchungszeitraum nicht öffentlich Bediensteter,

Ich darf auch Sie, Herr Mensdorff-Pouilly, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung hinweisen; Sie sind auch schon in der schriftlichen Ladung darauf hingewiesen worden. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

So, die Vertreter der Bildmedien hatten genügend Zeit. Ich ersuche sie, den Saal zu verlassen! (*Ein Fotograf macht eine Bilderserie.*) Sie haben, glaube ich, meine Aufforderung missverstanden. Sie sollen nicht schneller **knipsen**, sondern schneller den Saal verlassen. (*Heiterkeit.*)

Wir kommen zur **Vertrauensperson**.

Ihr vollständiger Name lautet: **Mag. Harald Schuster**. Ihre weiteren Personaldaten, die Sie der Parlamentsdirektion bekannt gegeben haben, liegen mir vor.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Mag. Harald Schuster als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich setze nun mit der **Belehrung** der **Vertrauensperson** fort.

Ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen kann daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Mensdorff-Pouilly, Sie haben nun die Möglichkeit, in einer 10-minütigen Erzählung Ihre Sicht der Dinge dem Ausschuss kundzutun – oder sollen wir gleich in die Befragung einsteigen? (*Die Auskunftsperson bejaht Letzteres. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Dr. Pilz das Wort.*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Mensdorff-Pouilly, ich möchte Sie zuerst zu einer Reihe von Zahlungsflüssen befragen. Es wird sicherlich einiges heute noch zur Jägerei gefragt werden, aber nicht jetzt.

Sie haben – ich entnehme das einem Zwischenbericht des Bundeskriminalamtes vom 4. Juni 2009 – von der Firma Telekom Austria AG insgesamt 1 099 994 € in der Zeit vom 4. September 2008 bis zum 22. Jänner 2009 überwiesen bekommen. Es handelt sich um insgesamt sieben Überweisungen.

Können Sie dem Ausschuss schildern, was die Leistung für diese knapp 1,1 Millionen € war?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Verehrter Herr Abgeordneter, wie Sie wissen, laufen zu den heutigen Beschlussthemata strafrechtliche Ermittlungen gegen mich, und so habe ich das Recht, mich diesbezüglich zu entschlagen, und das tue ich auch.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, es ist nur wichtig, dass Sie das zu jeder einzelnen Frage tun, weil es ja bekanntlich keine generelle Entschlagung gibt. Ich werde Sie trotzdem einfach weiterfragen, und wenn Sie dazwischen doch etwas beantworten wollen, dann werden wir uns alle sehr freuen.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Bitte! Ja, gerne.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es wird Ihnen möglicherweise bekannt sein, dass im Auftrag des Vorstandes der Telekom Austria AG das Unternehmen Deloitte unter dem Projektnamen „Flieder“ einen Bericht „MPA“ am 29. Juli 2011 fertiggestellt und dem Vorstand der Telekom Austria übermittelt hat.

Ich lese Ihnen einfach aus dem vor:

Im Juni 2008 wurde die Bestellung für eine mit 11. März 2008 datierte Vereinbarung mit MPA in Höhe von 1,1 Millionen € im System angelegt. Im Leistungszeitraum April bis November 2008 sollte MPA als exklusiver Berater und Vermittler für die Akquisition von IKT-Unternehmen im CEE-Raum für das Projekt „Alpha“ tätig sein. Es wurde ebenfalls vereinbart, nach Beendigung des Vertragsverhältnisses sämtliche Unterlagen an die Auftraggeberin auszuhändigen oder zu vernichten.

Und jetzt kommt es: Im Zuge unserer Untersuchung konnten keine Unterlagen, wie Präsentationen oder Studien oder andere Leistungsnachweise, identifiziert werden.

Haben Sie in der Zwischenzeit – weil das war ja doch schon jetzt seit Juli 2011 – irgendwelche Leistungsnachweise gefunden oder der Staatsanwaltschaft nachgereicht?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Doktor, da entschlage ich mich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut, das nehme ich auch zur Kenntnis.

Des Weiteren sind befragten Mitarbeitern der Telekom Austria keine Leistungen der MPA im Zusammenhang mit der Akquisition von Beteiligungen bekannt. Weiters wurde eine E-Mail vom 3. Juni 2008 identifiziert, die von Herrn Krenn an Herrn Schieszler gesendet wurde und einen Entwurf für ein Angebot im Zusammenhang mit Projekt „Alpha“ enthält, welcher im Wesentlichen den identischen Leistungsinhalt, wie die Vereinbarung vom 11. März 2008, aufweist. Daher kann eine Rückdatierung der Vereinbarung nicht ausgeschlossen werden.

Wissen Sie etwas über eine mögliche Rückdatierung dieser Vereinbarung?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Nationalrat, ich entschlage mich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist Ihr gutes Recht. Na, selbstverständlich.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein, aber ich weiß es auch nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann geht es weiter – ich zitiere –:

Unsere Untersuchungen haben ergeben, dass es sich beim Projekt „Alpha“ jedoch um die geplante Akquisition der slowenischen Gesellschaft Smart Com durch die InfoTech Holding GmbH handelt, wo keine Leistungen seitens MPA feststellbar sind.

Ich gehe davon aus, dass Sie sich einer möglichen Antwort auf eine Frage entschlagen würden.

Und dann geht es noch um den Masterplan: Gemäß der Auskunft durch Herrn Mathias Maierhofer war MPA in die Erstellung dieses Masterplans, nämlich für die InfoTech Holding nie involviert. – So viel dazu.

Da wird also nachgeschaut und gefragt: Was hat denn der Herr Mensdorff-Pouilly für uns getan? Und dann wird festgestellt, so in großer Meischbergerscher Tradition: Wir können keine Leistung feststellen!

Alles in dem Zwischenbericht vom 4. Juni 2009 aus dem Bundeskriminalamt.

Jetzt gibt es noch ÖMV AG, 14. Februar 2005 bis 18. Dezember 2006: 931 994 €. Ich frage Sie dazu gar nicht, weil das eine gesonderte Untersuchung ist, die inzwischen von einem anderen Staatsanwalt, nämlich vom Herrn Mag. Radasztics, durchgeführt wird. Valurex International, 4. Oktober 2004 bis 20. Mai 2005: 347 490,38 €. Firma Alcatel Austria AG: 719 970 €, acht Überweisungen in der Zeit vom 18. Dezember 2005 bis 6. September 2007. Dann gibt es eine Firma MOL Rt.: 1 999 982 € in verschiedenen Eingängen. Und dann gibt es noch eine ganze Reihe weiterer Unternehmen, auch Forstverwaltungen: MPA, Dalnaglar und so weiter. Da kommen wir dann eher ja bei den Jagden darauf zurück. Jetzt frage ich Sie: Wenn wir den Telekom-Bereich jetzt größer fassen und sagen, da haben wir 1,1 Millionen € aus der Telekom, da haben wir aus Alcatel 719 970 €, da haben wir von Motorola 2 197 500 €... Bei der Hausdurchsuchung, die bei Ihnen durchgeführt worden ist, gibt es einen Amtsvermerk vom Bundesamt zur Korruptionsbekämpfung vom 14. November 2011 – und da werde ich noch im Detail darauf zurückkommen –, wo jede Menge Abhebungen, Kontenbewegungen sind, aber da geht es mir jetzt um ein Blatt, das ich Ihnen vorlegen möchte.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Ich möchte Sie einmal fragen, ob das Ihre Handschrift ist.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Wie Sie wahrscheinlich wissen, Herr Nationalrat, gibt es auch dazu Ermittlungen und ich entschlage mich da auch.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie wollen uns nicht einmal sagen, ob Sie das selber geschrieben haben? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein!*) – Dann vergleichen wir es einfach mit anderen und kommen zu dem Schluss: Selbstverständlich haben Sie das selber geschrieben! Wir haben ja auch andere Handschriften von Ihnen. – So, das muss aber nicht sein. Das werden wir ja alles sehen.

Da steht Folgendes: TA: 1,4.

Sind Sie auch meiner Meinung, dass TA mit größter Wahrscheinlichkeit Telekom Austria heißt? Oder wollen Sie sich da entschlagen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich kann Ihnen das nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was könnte *MPA Budapest* heißen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Das heißt *MPA Budapest*.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist vollkommen richtig und das ist eine Firma, die Ihnen gehört.

Was heißt *Retainer* daneben, Ihrer Meinung nach?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich kann das Englische übersetzen, aber ich weiß nicht, was das ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, kommen wir dann noch darauf zurück. Das Wichtigere steht ja darunter. Ein Pfeil und darunter steht: CFU direkt. – Kennen Sie **CFU**?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich, Herr Nationalrat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gibt eine CFU Consulting GmbH in Wien. Die hat einen einzigen Gesellschafter, Mag. Dr. Christoph Ulmer, und einen einzigen Geschäftsführer, Mag. Dr. Christoph Ulmer. Die ist am 12. Mai 2006 errichtet worden.

Sagen Sie, bei einem Blatt, das bei dieser Hausdurchsuchung bei Ihnen gefunden worden ist, warum steht da, so wie ich es lese: Telekom Austria: 1,4? Das wird ja nicht heißen 1,4 Wildschweine, sondern ich denke mir, das wird heißen 1,4 Millionen €.

Weiters: MPA Budapest – Retainer – CFU direkt. Also offensichtlich direkt an die Gesellschaft des damaligen oder des früheren Kabinettschefs des Innenministers Dr. Strasser. Können Sie das erklären?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich der ... Weil ... **Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Haben Sie irgendein Wissen darüber, ob der damalige Kabinettschef Christoph Ulmer entweder im Zusammenhang mit Tetron oder in irgendeinem anderen Zusammenhang – weil Tetron ist ein anderes Beweisthema – 1,4 Millionen € erhalten hat?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da entschlage ich mich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie den Grad Ihrer Bekanntschaft mit Herrn Mag. Ulmer beschreiben? Wie ist diese Bekanntschaft entstanden und wie eng war diese Bekanntschaft mit dem Kabinettschef vom Innenminister Dr. Ernst Strasser?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Mag. Ulmer hat bei meiner Frau gearbeitet, zuerst. Und ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was hat er für Ihre Frau gearbeitet?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich weiß nicht. Er war in der Lichtenfelsgasse tätig und ist dann zum Herrn Strasser. Mehr weiß ich nicht. Wir waren ganz gut miteinander. Wir haben uns jetzt schon lang nicht mehr gesehen. Aber wir waren einmal ganz gut miteinander.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Über das ganz gut miteinander möchte ich dann gerne in einer zweiten Runde noch mit Ihnen sprechen. – Danke schön.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Mensdorff-Pouilly, können Sie uns schildern, in welchem Zeitraum Sie für die Telekom Austria tätig gewesen sind?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Abgeordneter, ich entschlage mich.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Können Sie irgendetwas über die Beratungsleistung, die Sie für die Telekom Austria gemacht haben, sagen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da habe ich mich bei Ihrem Herrn Kollegen Pilz schon entschlagen; es wäre nicht fair.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sagt Ihnen das Projekt „Alpha“ etwas?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Auch dazu entschlage ich mich, Herr Abgeordneter.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Vielleicht könnten Sie wieder einmal eine Begründung Ihrer Entschlagung anfügen.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Frau Vorsitzende! Alle diese Fragen wurden bei den zwei oder drei Einvernahmen, die ich bei der Staatsanwaltschaft hatte, schon diskutiert und die habe ich dort beantwortet.

Ich glaube, den Damen und Herren Abgeordneten liegen diese Protokolle vor, und ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Darf ich vielleicht fragen – dass es Projekte gab, ist ja bekannt –: An wen im Vorstand haben Sie Bericht erstattet?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Das habe ich auch in den Protokollen gesagt, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Der ehemalige Vorstand Gernot Schieszler sagte am 25. Juli 2011 in Bezug auf den Telekomauftrag „Alpha“ mit MPA aus, ich zitiere:

Bereits glaublich 2006 kam Mag. Fischer –

gemeint ist offenbar Rudolf Fischer –

zu mir und teilte mir mit, dass bezüglich Alfons Mensdorff-Pouilly noch eine Verbindlichkeit der Vergangenheit offen sei, welche getilgt werden sollte.

Weiter hinten dann berichtet Schieszler, auf die Frage, um welche Altlast es sich bei Mensdorff handle:

... gebe ich an, dass Herrn Mag. Fischer gegenüber die Andeutung gemacht wurde, dass es sich dabei um die Tetron-Ausschreibung gehandelt habe. An den genauen Wortlaut kann ich mich heute nicht mehr erinnern. – Zitatende.

Haben Sie dazu irgendeine Aussage, die Sie treffen können?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein. Ich entschlage mich. Ich habe das auch schon im Protokoll gesagt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Herr Mensdorff, ich möchte Ihnen hier nicht zu nahe treten, aber soweit ich weiß, haben wir eigentlich, was das Entschlagungsrecht anlangt, Herr Verfahrensanwalt, so gehandhabt, dass jene Dinge, die zu Protokoll gegeben sind, nicht Gegenstand einer Entschlagung sein können. Wenn das jetzt nicht mehr so ist, dann nehme ich das auch gerne zur Kenntnis, aber ich würde ganz gerne das jetzt noch klären.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich habe seinerzeit den Standpunkt vertreten und bleibe an sich dabei, aber da muss man dann differenzieren: Man muss also einmal die Begründung geben. Daher habe ich vorhin der Frau Vorsitzenden gesagt, es fehlt bisher jede Begründung, warum entschlagt wird.

Ich habe die Auffassung vertreten, fußend auf einer Entscheidung des Oberlandesgerichtes Wien zur neuen Strafprozessordnung, dass man sich beim Strafgericht – und da leite ich jetzt ab – und damit auch hier nicht, im Sinne einer teleologischen Auslegung des Zweckes dieses Ausschusses, jene Dinge, bei deren Angabe man sich schon selbst beschuldigt hat, etwa bei einer Selbstanzeige oder man hat es zugestanden, dass man also durchaus wiederholen **muss**, aber man ist nicht gehalten, sich darüber hinaus durch weitere Angaben **neuerlich** zu beschuldigen.

Mir ist dabei auch bewusst – und das ist ja die Problematik, die wir haben –, dass im Strafverfahren die als Beschuldigter befragte Person die Unwahrheit sagen kann. Das heißt, dass die Auskunftsperson hier allenfalls vor dem Problem steht, dass sie eine Aussage, die vor einem Strafgericht gemacht wurde, oder vor der Polizei, der Staatsanwaltschaft gemacht wurde, korrigieren **müsste**, um der Wahrheitspflicht zu entsprechen. Und wenn es dazu käme, würde die Auskunftsperson die Verteidigungslinie wieder ändern, und ich meine, dann kann sie auch sagen, dazu will sie nichts sagen.

Habe ich mich verständlich machen können? Für Anwaltskollegen sicher; sonst war es wahrscheinlich ein bisschen kompliziert.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Mensdorff-Pouilly kennen Sie die Beteiligung InfoTech Holding GmbH im Zusammenhang mit der Telekom?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da entschlage ich mich.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): In diesem Zusammenhang wurde mit dieser Firma gemeinsam ein Masterplan erstellt, ich darf Ihnen den vorhalten.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Können Sie dazu etwas sagen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Meines Wissens habe ich den bei der Staatsanwaltschaft auch schon gesehen und auch schon vorher, aber ich entschlage mich da weiteren Aussagen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Dann darf ich Sie noch fragen: In welchem Zeitraum haben Sie die Firma Alcatel Austria AG beraten?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Das war auch Frage bei der Staatsanwaltschaft und da entschlage ich mich.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Dann darf ich Ihnen dieselbe Frage zur Firma Motorola stellen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Darf ich Ihnen dieselbe Antwort dazu geben, Herr Nationalrat.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Mensdorff-Pouilly vielleicht gelingt es mir, da mit anderen Schalmeienklängen vielleicht Ihre Auskunftsbereitschaft zu erhöhen. Selbstverständlich respektieren wir Ihre Rechte als Beschuldiger des Strafverfahrens. Das ist überhaupt keine Frage, kein Problem. (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Danke!*)

Ich beziehe mich daher auch in erster Linie darauf, was Sie bereits bei einer Beschuldigtenvernehmung am 21. September 2011 zu Protokoll gegeben haben. Ich schildere jetzt eingangs das Problem, das sich dem Untersuchungsausschuss stellt: Bei verschiedensten Beratungstätigkeiten – es geht hier um Ex-Minister und ähnliche, die laufend Beratungen auch für die Telekom gemacht haben – sind diese Berichte in erster Linie **mündlich** gemacht worden und im Nachhinein sind auch keine entsprechenden Aufzeichnungen gemacht worden.

Da wurden Sie befragt, auf Seite 799 unten: ... nach Listen über die Unternehmen, die ich geprüft hatte ...

Es geht da um Telekom Festnetzbetreiber in Osteuropa.

Und da sagten Sie bei Ihrer Einvernahme – ich zitiere –:

Es gab damals für jedes Land eine Liste, diese hatte ich selbst von Hand geschrieben, die habe ich aber vernichtet, nachdem die Telekom den Bericht nicht mehr wollte. Es steht auch so in dem Vertrag mit der Telekom, dass sämtliche Unterlagen der Telekom **auszuhändigen** oder zu vernichten sind. Der Telekom habe ich in der Sache Projekt „Alpha“ weder einen Endbericht, noch Unterlagen übergeben, weil es keiner mehr wollte, auch nicht in den Angelegenheiten zuvor. Da das Projekt „Alpha“ über ein halbes Jahr dauerte, gab es selbstverständlich zwischendurch immer wieder Berichte an Mag. Fischer. Diese erfolgten mündlich. Ich erklärte ihm den Fortgang und bot ihm an, mit ihm zu den Kontaktpersonen vor Ort zu fahren. – Zitatende.

Haben Sie das so vor der Polizei angegeben und auch mit Ihrer Unterschrift im Protokoll bestätigt?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich habe sicherlich, wenn das das Originalprotokoll ist – und ich habe es unterschrieben, das Originalprotokoll – ... Herr Abgeordneter, ich habe nicht mitgelesen und ich glaube, ich habe es nicht einmal. Oder habe ich es? – Ich weiß es nicht. Aber wenn das dort drinnen stehen, vom Bundeskriminalamt ist und von mir unterschrieben ist, dann **ist es so**.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich könnte es Ihnen zeigen, ob das auch so ist.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich glaube es Ihnen, nein, um Gottes Willen!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann darf ich zu einer anderen Passage kommen. Da geht es um die Frage des Weidwerks, des edlen Weidwerks, wie uns Herr Mag. Beyrer erzählt hat, der es ausdrücklich bedauert, dass die Jagd als Ganzes, als Kulturgut, derart in Misskredit gekommen ist.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da kann ich ihn verstehen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben da für die Telekom Austria in Luisling auch Jagden veranstaltet, und da waren die Fragen der Staatsanwaltschaft beziehungsweise des ermittelnden Beamten:

Wer beauftragte Sie zu diesen Jagden? Wo, in welchem Hotel fanden diese statt?

Und Ihre Antwort:

Diese Jagden fanden bei mir im Burgenland statt und wurden „ganz normal“ (so wie auch für zig andere Firmenausflüge auch) nach Preisliste abgerechnet. Natürlich kam der Impuls für eine derartige Einladung von mir an Schieszler. Ich beschrieb ihm natürlich die Vorteile einer solchen Veranstaltung, mit der er beziehungsweise die leitenden Angestellten der Telekom maßgebliche Entscheidungsträger in ungezwungenem Rahmen kennenlernen konnten. – Zitatende.

Nun gehe ich davon aus, dass das kein Partnervermittlungsinstitut ist, sondern dass es da um andere Kontakte geht.

Meine erste Frage ist: Haben Sie auch diese Aussage so vor dem BAK getätigt?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Diese Aussage habe ich gemacht. Darüber hinaus mache ich von meinem Entschlagsrecht Gebrauch.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie können also nicht sagen, zu welchen Zwecken die Kontakte gedient haben, die dort geknüpft werden?

Nun, einen konkreten Jagdausflug hat die Telekom bei Ihnen nach Schottland bestellt. Können Sie sich an diese Jagd erinnern, die da bestellt wurde?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich habe in den letzten Tagen in den Medien einiges darüber gelesen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es ist das Verdienstvolle der Medien, dass man sich dann unter Umständen leichter erinnern kann. Gott sei Dank haben wir die Medien, damit solche Erinnerungslücken geschlossen werden.

Können Sie sich konkret an diesen Ausflug erinnern? Es waren dabei: Mag. Schieszler, Herr Michael Fischer, Beyrer – damals als Generalsekretär der Industriellenvereinigung –, und es wurde auch von einer mitreisenden Person, nämlich vom Herrn Fischer, ein Herr Soravia genannt.

Können Sie sich an diesen Jagdausflug erinnern?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Doktor, ich habe das alles schon in dem Protokoll beim Bundeskriminalamt gesagt und entschlage mich weiterer Aussagen diesbezüglich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wir haben nämlich das Problem, dass diese Jagden, obwohl es, wie die vorige Auskunftsperson gesagt hat, sehr selten passiert, mit einem Learjet auf Jagd zu fliegen ... Eine genaue Zahl kann man aber aufgrund dieser Seltenheit nicht angeben. Ich bin zum Beispiel Münzensammler, und da kann ich, wenn eine Münze selten ist, sagen, es ist ein Unikat, das gibt es zweifach oder eben zehnfach.

Aber bei der Jagd ist das ein gewisses Problem. Man kann bei diesen Umständen nicht wissen, ob man zum Beispiel selber dabei war. Ich habe nämlich Ihrer eigenen Niederschrift entnommen, dass Sie sich nicht erinnern können, ob Sie bei diesem Jagdausflug selbst vor Ort in Schottland anwesend waren. Das konnte auch der Mag. Beyrer nicht sagen. Mir ist es daher wirklich ein Rätsel, aber vielleicht ist das jagdmäßig nichts Besonderes.

Aber ich stelle eben fest, dass sich irgendwo im Schottischen Hochland irgendwo eine Amnesie breit macht, nämlich wenn es um Personen und Anwesenheiten geht. Ob das klimatisch bedingt ist, oder ob das mit dortigen Lebens- oder Genussmitteln im Zusammenhang steht, dass dort derartige Amnesien auftreten, bedarf wahrscheinlich einer medizinischen Erörterung. Aber ich sehe schon, ich werde diesbezüglich von Ihnen keine weiteren erhellenden Auskünfte über die Teilnahmen oder Nichtteilnahmen erhalten und beende daher hier meine Fragerunde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Mensdorff! Armin Wolf twittert schon. Zitat:

„Graf Mensdorff ist angebl. großer Meister launiger Konversation. Im U-Ausschuss merkt man nichts davon.“

Sie gelten ja, das habe ich auch recherchiert, als sehr kommunikativ. Sie geben gerne Auskunft und reden viel und gerne. Vielleicht schaffen wir es doch, dass Sie Ihrem Ruf als launiger Kommunikator auch hier, in diesem Untersuchungsausschuss, ein bisschen gerecht werden.

Ich merke schon zu diesem Projekt „Alpha“ – wo Ihnen vorgeworfen wird, dass Sie insgesamt ein Honorar von 800 000 € und eine erfolgsabhängige Prämie von 300 000 € bekommen haben, das heißt, in Summe 1,1 Millionen €, wobei aus den Berichten hervorgeht, dass da laut Telekom keine Gegenleistung nachweisbar ist –, dass Sie sich dazu entschlagen, weil da ein Verfahren läuft. Das verstehe ich.

Dann reden wir doch ein bisschen über Ihre andere Leidenschaft, nämlich die Jagd, und versuchen wir da, ein bisschen miteinander zu kommunizieren.

Sie haben ja dieses Gut in Luising. Können Sie uns sagen, wo Sie dort die Jagden genau besitzen, welche Sie da gepachtet haben oder welche Ihnen da genau gehören? Soweit ich weiß, besteht das aus insgesamt vier Revieren. Können Sie die für uns örtlich einordnen? Beziehungsweise: Ist es auch richtig, dass ein Revier teilweise über die österreichische Grenze Richtung Ungarn geht, oder ist das falsch? – Grundsätzlich, nur dass Sie ein bisschen schildern, wie Ihre Jagd dort organisiert ist und ausschaut.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich habe im südlichen Burgenland, wie Sie richtig sagen, einen Land-, Forstwirtschafts- und Jagdbetrieb, wobei ein wichtiger Erwerbszweig dieses Betriebes die Jagd ist.

Ich habe auch in Ungarn einen Jagdbetrieb, der zusammenhängt und im Gesamten gemeinsam geführt wird. Es sind vier Reviere in Österreich und ein Revier in Ungarn. Die vier Reviere in Österreich sind die Eigenjagd Hagensdorf, die Genossenschaftsjagd Luising, die Genossenschaftsjagd Hagensdorf, die Genossenschaftsjagd Heiligenbrunn.

Dazu kommen, was Sie vielleicht nicht haben, noch zwei Reviere, die zwei – wie heißt das jagdrechtlich? – Gatterreviere sind, das ist das Revier Bildein und das Revier Kroatisch Ehrendorf.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich bin kein Jäger. Vielleicht können Sie als Jäger uns oder mir das jetzt erklären. Wir haben vor Kurzem diese Abschusslisten bekommen. Da gibt es zwei Jagden, die bei Ihnen stattgefunden haben, eine im November 2007 und eine im November 2008, nämlich, ich sage es Ihnen ganz genau: Die erste Jagd war am 10. November 2007, die zweite Jagd, von der Telekom bei Ihnen bestellt und bezahlt, war am 14. November 2008.

Wir haben uns jetzt diese Abschusslisten angeschaut. Es ist sowohl für diese Treibjagd am 10. November 2007 als auch für diese Treibjagd am 14. November 2008 in diesen Abschlusslisten **kein Abschuss** vermerkt.

Können Sie uns erklären, mir als Nicht-Jäger und den meisten da herinnen, die, glaube ich, Nicht-Jäger sind, was es damit auf sich hat? Hat man einfach nicht getroffen, oder hat das andere Gründe mit dieser Gatterjagd? Ich glaube, das hat irgendetwas mit der Gatterjagd zu tun.

Erklären Sie mir als Nichtjäger das bitte kurz.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Abgeordneter, es ist mir besonders peinlich, einen Volksvertreter unserer lieben Republik belehren zu müssen oder in diesem Fall zu dürfen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich bitte Sie darum, mich zu belehren!

Alfons Mensdorff-Pouilly: Danke vielmals. Ich tue es auch sehr gerne. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Kollege Petzner möchte nämlich eine Jagdprüfung machen!*) – Na ja, einen Teil können wir ihm hier schon vorausgeben. (*Heiterkeit.*)

Es ist Folgendes. Nach dem Burgenländischen Jagdgesetz – und Jagdgesetz ist Landessache – gibt es Eigenjagden. Das ist Eigenjagd Hagensdorf. Da gehört der Grund und Boden mir, da gehört das Jagdrecht mir.

Die anderen drei, nämlich Luising, Heiligenbrunn und Hagensdorf sind Genossenschaftsjagden. Das heißt, es ist ein Zusammenschluss von Bauern zu einer Genossenschaftsjagd. Das sind die Grundeigentümer. Da bin ich manchmal teilweise, mit kleinen Stücken, auch Grundeigentümer, aber ich habe nicht 115 beziehungsweise nicht 300 Hektar. Aber das wird man Ihnen erst erklären, wenn Sie die Prüfung machen, das ist zu kompliziert jetzt, die Differenz zwischen den 115 und den 300.

Wenn ich das hätte, hätte ich dort wieder eine Eigenjagd. Da ich das nicht habe, sind das Genossenschaftsjagden. Über diese Jagden habe ich und jeder Jagdabschlussberechtigte Abschlusslisten zu führen. Das sind die, die Sie, Herr Nationalrat, hoffentlich von der Bezirksverwaltungsbehörde bekommen haben. Dort kann ich selber oder mit Gästen, auch mit zahlenden Gästen, im Rahmen des Abschussplans jagen.

Da wird's wieder kompliziert. Wenn Sie schauen, da steht oben: genehmigter Abschuss. Dann steht: durchgeführter Abschuss. – Also so genau weiß ich es auch nicht, weil das meistens die Förster ausfüllen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir bringen Ihnen die Unterlagen. Dann kann ich auch mitlesen und Sie erklären mir, was ich nicht verstehe.

(*Der Auskunftsperson werden mehrere Schriftstücke vorgelegt.*)

Alfons Mensdorff-Pouilly: Super, dann kann ich Ihnen das ganz genau erklären. Wunderbar. Also das machen wir jetzt gleich einmal.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Kollege Petzner, bitte denken Sie an die Zeit und an den Untersuchungsgegenstand! Ich meine, wir wollen da kein Privatissimum aufführen, obwohl ...

Alfons Mensdorff-Pouilly: Entschuldigung, Frau Vorsitzende! Ich habe heute in der Zeitung gelesen, dass ich da völlig aufgemacht werde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Frau Moser, es handelt sich hier um die zwei Telekom-Jagden, nämlich 2007 und 2008, daher ist hier der Untersuchungsgegenstand sehr wohl umfasst.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, aber die Details mit Eigenjagd und 300 und 115 Hektar!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Frau Moser, Sie sind Jägerin, Sie kennen sich da aus ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja eh, darum werde ich ja ungeduldig. (*Allgemeine Heiterkeit.*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Bitte, Herr Graf, wenn Sie mir das bitte anhand der Unterlagen erklären!

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da ist jetzt Folgendes: Bei den Einzelabschüssen ist das so: Die Bezirksverwaltungsbehörde gibt Ihnen einen Abschussplan, und den müssen Sie einhalten. Da schreiben Sie jeden Einzelnen hinein, der den Abschuss getätigt hat.

Da war die Bezirksverwaltungsbehörde sehr sparsam, ich kann das gar nicht lesen, aber da steht jeder Name: der Herr Deutsch, der Herr Jelinek, der Herr Strasser, der Herr Ich-weiß-nicht-was-alles, stehen alle da drinnen, wer wann was geschossen hat. Das sind die ... Aber ich werde mich vielleicht, so wie die Frau Vorsitzende will, ein bisschen beeilen und springe jetzt einfach zu den Gatterrevieren.

Erstens die Niederwildjagden, die in der freien Wildbahn stattfinden: Die sind nicht abschlussplannotwendig. Das heißt, ich kann abschießen im Rahmen dessen, was jagdlich möglich ist – denn ich will ja nächstes Jahr wieder jagen –, was ich selber will. Daher ist das nicht aufgeschrieben. Das ist nur Schalenwild, das sind alle, die so Paarhufer sind.

Das Gatter ist aus dem Burgenländischen Jagdgesetz großteils herausgenommen. – Darf ich Ihnen diese Schriftstücke wieder zurückschicken, Herr Petzner? Vielleicht brauchen Sie es noch, um die Namen mit der Lupe herauszufinden. (*Die Unterlagen werden Abg. Petzner zurückgegeben.*)

Das Gatter hat keinen Abschussplan, auch dort bin ich als Jagdausübungsberechtigter oder meine zuständigen Berufsförster dafür verantwortlich, dass genug da bleibt und nicht zu viel geschossen wird. Auch da brauche ich keine Abschusslisten abzugeben.

Das heißt, jeder Abschuss dort ist nicht der Bezirksverwaltungsbehörde mitzuteilen. Das Einzige, das ich muss, ist: Ich muss überprüfen, ob jeder einen gültigen burgenländischen Jagdschein hat oder, wenn nicht, einen österreichischen, und ihm dann eine burgenländische Tagesjagdkarte von mir überreichen. Die füllt er aus und nimmt sie mit. Er bezahlt für diese Tagesjagdkarte, was immer die Bezirksverwaltungsbehörde dafür verlangt, nimmt sie mit – und das war's. Und jetzt ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nur eine Schlussfrage zu diesem Bereich: Gehe richtig in der Annahme, dass diese besagten Jagden im November 2007 und im November 2008 in den Abschusslisten deswegen nicht aufscheinen, weil es sich um sogenannte Gatterjagden gehandelt hat? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Richtig!*) – Wunderbar. Danke für die Erläuterung! Das hilft uns sehr in unseren weiteren Recherchen in dieser Causa.

Gehen wir noch einmal zum Jahr 2007. Diese Jagd hat 59 036 € gekostet. Das ist nun mal der Preis bei Ihnen, kein Problem – oder vielleicht doch. Aber die zentrale Frage für mich ist: Dieses Angebot für diese Jagd, für diese Gatterjagd, wie wir jetzt wissen, aus dem Jahr 2007, dieses Angebot hat der damalige ÖVP-Direktor Michael Fischer an Schieszler von der Telekom geschickt.

Warum haben das nicht Sie als Anbieter, als Anbotsleger direkt an die Telekom geschickt, sondern Herrn Michael Fischer eingeschaltet? Können Sie uns das erklären?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich kann Ihnen das genau erklären. Ich habe Herrn Michael Fischer nicht eingebunden, sondern diese Angebote liegen bei vielen Bekannten und Freunden herum. Das ist für alle der gleiche Preis, obwohl es Unterschiede gibt, je nachdem, ob man im Fünf-Sterne-Hotel wohnt, im Ein-Sterne-Hotel – ich weiß nicht, ob es das gibt – oder im Zwei-Sterne-Hotel. Daher diese Preislisten, diese Angebote liegen auf. Die Telekom ist dann selber an mich oder an meine Verwaltung herangetreten und hat dort gebucht.

Wie Herr Mag. Schieszler zu diesem Angebot gekommen ist, kann ich Ihnen gar nicht sagen. Es wird schon stimmen, dass das Herr Mag. ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben also gar nicht gewusst, dass Michael Fischer von der ÖVP ein herumliegendes Angebot von Ihnen an die Telekom schickt, sondern die Telekom hat sich erst dann bei Ihnen gemeldet? Oder haben Sie das schon ...

Alfons Mensdorff-Pouilly: Nachdem ich im Gespräch mit der Telekom war, sowieso über andere Sachen, nehme ich an, dass das dort einmal erwähnt wurde und ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber das heißt, Fischer hat in seinem Büro mehrere solche Angebote von Ihnen liegen gehabt und die sind ...

Alfons Mensdorff-Pouilly: Nicht nur Fischer, viele.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wer zum Beispiel?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Das hätte der Müller, der Maier und der Huber auch sein können.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber Petzner nicht (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein!*), so viel ist völlig klar! Das ist mir wichtig.

Zweite Frage, Herr Mensdorff. – Wir verstehen uns ja wunderbar. Auf meine Fragen antworten Sie. Ich bin ganz stolz jetzt, Sie machen mir eine richtige Freude, wenn ich das sagen darf.

Am 14. November 2008, Herr Graf, gibt es diese zweite Telekom-Jagd um 64 554 €. Da gibt es keine Teilnehmerlisten. Deloitte hat hier geprüft und gesagt, es konnten keine Teilnehmerlisten verifiziert werden.

Können Sie uns vielleicht kurz sagen, wer bei dieser Jagd mit dabei war an diesem 14. November 2008? Ich glaube nicht, dass Sie sich da irgendwie selber belasten, wenn Sie uns nur die Teilnehmer ...

Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein, das würde ich auch nicht, denn ich war nicht dabei, aber ich kann es Ihnen auch nicht sagen. Ich habe im Jahr zwischen 32 und 40 Jagden, die im Rahmen meines Jagdbetriebes abgehalten werden, und ich habe da keine Ahnung. Firmen buchen bei mir eine Jagd, kommen mit ihren Gästen. Wir kontrollieren die Jagdkarten – und das ist alles, und das machen die Förster, und Wiedersehen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie wissen also nicht, wer ...

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich kann es Ihnen ehrlich nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Andere Frage. Das müssten Sie wissen, wenn Sie selber auf die Jagd gehen: Die Kärntner SPÖ hat vor einigen Monaten in einer Presseaussendung behauptet, Sie hätten eine Jagdeinladung von den Gebrüdern Scheuch angenommen, und zwar in deren Jagdgebiet in Oberkärnten in der Gemeinde Mühlendorf.

Ist das korrekt, was da die Kärntner SPÖ behauptet oder nicht?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Tut mir leid, das ist ganz sicher nicht korrekt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und Herr Scheuch, war der jemals bei Ihnen auf Jagd?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Der war einmal bei mir.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Uwe Scheuch?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Über einen Kunden, der dort eine Jagd organisiert. (*Abg. Petzner: Und der Kunde war wer?*) – Das tut mir wahnsinnig leid, das ist ein Geschäftsgeheimnis. Wenn ich jetzt hier alle Kunden nenne, habe ich gar keine mehr. (*Heiterkeit bei der ÖVP sowie des Abg. Petzner.*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Na, ich verstehe das schon.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Es gibt eh schon einige, die sich bemühen, mir die Kunden wegzunehmen, aber bis jetzt habe ich sie noch gehalten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe eh ein ganz schlechtes Gewissen, wenn ich Ihr Geschäft zusammenhaue. Aber wir stellen nur fest: Uwe Scheuch war einmal auf Einladung eines Kunden bei Ihnen auf Jagd, und den Kunden nennen Sie nicht; Geschäftsgeheimnis.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Es war ein Freund von ihm, kann ich Ihnen sagen, es ist ein Freund. Es war kein Kunde, es war ein Freund von ihm.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von Ihnen oder von Scheuch?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Von Scheuch.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Na, dann war es vielleicht der Soravia. Egal. – Das ist einer seiner besten Freunde. Vielleicht können Sie mir kurz sagen, ob das der Soravia war? War der Scheuch damals Politiker, war er damals in politischer Funktion?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wenn Sie mir das Jahr sagen, wann der Scheuch bei Ihnen war, dann kann ich Ihnen sagen, was er damals für eine Funktion gehabt hat.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich kann Ihnen auch das Jahr nicht sagen. Entschuldigen Sie, ich sage noch einmal: Wenn man 35, 40 Jagden im Jahr hat, wie soll ich mir alle Leute merken? Da muss schon der Kaiser von China da gewesen sein.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Denken Sie an die Telekom!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich bin voll bei der Telekom, Frau Moser! Seien Sie nicht so aufgeregt!

Gut. Diese Preise, die Sie jetzt der Telekom verrechnet haben, nämlich in Summe rund 150 000 € für zwei Jagden, sind also marktübliche Preise. Das kostet so viel bei Ihnen. Es war also nicht billiger, nicht teurer, sondern ganz normal? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Genau!*) – Was kostet es denn, wenn man bei Ihnen einen Jagdausflug in Ihr wunderschönes schottisches Schloss Dalnaglar bucht? Was kostet denn das, wenn man dorthin fliegt und dort an einer Jagd bei Ihnen teilnimmt?

Da helfe ich Ihnen jetzt, Werbung zu machen. Sie sagen den Preis und ganz Österreich weiß, was das kostet, wenn man mit Ihnen nach Schottland fliegen will.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich brauche Gott sei Dank keine Werbung, Herr Nationalrat. – Erstens. Zweitens ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Weil Sie vorher gesagt haben, dass ich Ihr Geschäft schädige, mache ich jetzt ein bisschen Werbung für Sie.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein, das ist Ihnen noch nicht ganz gelungen. Den Preis kann ich Ihnen deshalb nicht sagen, weil das, wie gesagt, davon abhängt, was Sie aus der Minibar nehmen, sage ich einmal. Das hängt ganz davon ab, ob Sie einen Hirsch schießen oder ... Verstehen Sie? Daher kann ich Ihnen keinen Preis ... Jeder Preis, den ich Ihnen sage, ist falsch diesbezüglich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist es korrekt, dass bei Jagden in Schottland ehemalige und noch aktive führende Mitarbeiter des Innenministeriums beziehungsweise des Bundeskanzler-Kabinettes Schüssel mit dabei waren?

Ich nenne Ihnen ein paar Namen: Philipp Ita, Christoph Ulmer, Herr Frauenholz, Herr Obenaus. Das sind alles ÖVP-Kabinettsmitarbeiter – auch Strasser – aus dem Bundeskanzler-Kabinet.

Ist es korrekt, dass diese Leute an Jagdveranstaltungen von Ihnen teilgenommen haben? Auch Doris Ita fällt mir aktuell noch ein.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Sie wissen, da gibt es strafrechtliche Ermittlungen, und ich entschlage mich.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Mensdorff, wir haben uns natürlich trotzdem in erster Linie mit den Korruptionsvorwürfen und mit den offenen Fragen zu beschäftigen. Es ist richtig, Sie haben schon eine Aussage getätigt. Es geht um die Fragen, wie 800 000 € und 300 000 € Erfolgsprämie – wobei ein Erfolg eigentlich nie dargestellt werden kann – zur Auszahlung gelangten; warum das Ganze so ist; und wie eigentlich das Geschäft zwischen Ihnen und der Telekom beziehungsweise die Kontakte zustande gekommen sind. Ich habe mir Ihre Einvernahme durchgelesen und darf Ihnen, wenn wir das gemeinsam durchgehen, die eine oder andere vorhalten.

Da wird einmal auf den Herrn Mag. Fischer, der damals Generaldirektor in der Telekom war referenziert, und Sie sagen da in einem Gespräch mit Fischer:

„... die Deutschen hatten aber schon wieder viel mehr Informationen, wie es weitergehen würde, die TELEKOM jedoch nicht. Dies war der Grund, warum Mag. FISCHER auf mich zukam und meinte, ich müsse etwas machen.“

Haben Sie konkret damals schon gehört, was Sie machen sollen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Abgeordneter, diese Aussage, die Sie vor sich liegen haben, habe ich gemacht, habe dem aber nichts hinzuzufügen und entschlage mich.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich darf vielleicht ein bisschen unterstützen. Sie sagen dann weiter:

„Ich habe mir dann Informationen aus diversen Privatisierungsagenturen und Ministerien geholt.“

Und dann werden Sie konkret:

„Nochmals befragt zu einem konkreten Beispiel gebe ich an, dass es sich um hunderte Kleinigkeiten und Gespräche handelte, die ich geführt habe.“

Ich nehme an, dass das auch die Begründung ist, zu der Sie heute stehen.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich. So.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie sagen dann auf Nachfrage:

„Auf Nachfrage, bei welchen konkreten Personen ich bei diversen Geschäften und wann war, gebe ich an, dass ich dieses natürlich auch nachvollziehen kann, jedoch nicht heute und hier.“

Vermutlich wird das auch für heute gelten. (*Alfons **Mensdorff-Pouilly**: Ja!*) – Das war 2005. Sie sagen, dass Sie 2005 in erste Kontakte mit dem Herrn Fischer getreten sind und ihn dadurch unterstützt haben, dass Sie hunderte Kleinigkeiten durchgeführt haben.

Weiter sagen Sie dann:

„Bis Ende 2007 war ich in dieser Form“

– also indem Sie die Kleinigkeiten dargelegt haben –

„für die TELEKOM tätig. Ich sprach dann aber Mag. FISCHER darauf an, dass ich nun drei Jahre ohne Bezahlung für die TELEKOM tätig war und durch meine Tätigkeit die TELEKOM viel Geld gespart hat. Ich habe der TELEKOM zum Beispiel ausgedet, für gewisse Unternehmen zu bieten, weil ich es für aussichtslos hielt.“

Ich nehme an, das stimmt.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Kann das heißen, dass Sie eigentlich die Tätigkeit, die Sie hier entwickelt haben, ohne jegliche vertragliche Grundlage entwickelt haben, da Sie ja dem Herrn Fischer 2007 gesagt haben: Jetzt bin ich schon seit drei Jahren tätig, und ich möchte jetzt endlich einmal etwas haben!?

Kann das sein?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Doktor, es steht alles da drinnen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nein, das steht nicht drinnen.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Aber ich entschlage mich trotzdem.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich meine, ich muss Sie insofern beraten: Sollte das, was da im Protokoll steht, nicht die Wahrheit sein, dann müssen Sie eine Konsequenz daraus ziehen. Sie dürfen es dann nicht einfach bestätigen: Ja, das halte ich aufrecht!, dann müssen Sie differenzieren, wenn Sie damals nicht die Wahrheit gesagt hätten, was Sie dort *durften*. Wenn Sie es hier wiederholen und es nicht die Wahrheit ist, haben Sie möglicherweise ein Problem.

Entschuldigung, Herr Kollege Jarolim, ich musste. (*Abg. Dr. **Jarolim**: Nein, ich frage ohne Absicht!*)

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich habe mich nur entschlagen.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Sie können sagen, Sie entschlagen sich, weil Sie da nichts weiter sagen wollen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ja, oder warum auch immer.

Ich frage Sie das mit dem Vertrag, mit der Vereinbarung auch deshalb, weil Sie dann über Befragung weiter ausführen:

„Wenn ich gefragt werde, warum ich nicht einfach eine Honorarnote legte,“ dann sagen Sie:

„Ich verlangte Mag. FISCHER nie dezidiert für einzelne Aktionen abgerechnet zu werden, zumal er mich oft auf später vertröstete. Warum er dies machte, kann ich nur vermuten, dass FISCHER schon so viele Berater auf seiner Payroll hatte“ und keine weitere haben wollte.

Ich befrage Sie dazu nicht, sondern ich gehe einmal nur davon aus, dass das zeigt, dass es zu diesem Zeitpunkt offensichtlich Leistungen von Ihnen gegeben hat, denen keinerlei vertragliche Grundlage zugrunde liegt.

Jetzt kommen wir zum Februar 2008. Ich zitiere:

„Ich schätze im Februar 2008 kann Mag. SCHIESZLER auf mich zu und meinte, Mag. FISCHER hätte mit ihm geredet, und es gebe nun ein konkretes Projekt, wo ich für die TELEKOM tätig werden könne. Da sollten wir auch die vergangenen Leistungen hineinpacken. Dabei handelte es sich um das Projekt ALPHA.“

Zu diesem Projekt „ALPHA“ gibt es nun auch einen Vertrag, und zwar hat der Vertrag eine Laufzeit vom 1. April bis 30. November 2006, wobei erstaunlicherweise allerdings ... Ich sage noch einmal: Vom 1. April bis 30. November 2008. Das ist auch von Ihnen unterschrieben.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Erstaunlicherweise ist es aber so, dass am 3. Juni, also mitten in diese Vertragszeit hinein – wir beginnen ja mit dem 11. März – es ein Mail gibt. Der Kollege hat es schon vorgehalten.

(Der Auskunftsperson wird ein weiteres Schriftstück vorgelegt.)

Da steht drinnen:

Andreas Krenn an Gernot Schieszler. Hey Gernot! Wie gewünscht der Vertragsentwurf. – Zitatende.

Ist das für Sie irgendwie erklärbar?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Nationalrat, ich enthalte mich da jeder Aussage.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wenn ich Sie frage, ob es sein kann, dass der Vertrag rückdatiert von Ihnen unterschrieben wurde?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Okay. – Der Vertrag ist nicht uninteressant, abgesehen davon, wann er zustande gekommen ist und wie. Zum Vertragsgegenstand möchte ich Sie jetzt auch befragen. Und zwar steht drinnen – es ist das Thema: Sie werden beauftragt mit dem Ausfinding-Machen von IKT –:

Aus diesem Grund müssen rechtzeitig allfällige Stakeholder gezielt angesprochen und informiert werden, nämlich Wettbewerbskommissionen im Inland und Ausland und indirekt zuständige Ministerien. – Zitatende.

Haben Sie irgendwann einmal mit Wettbewerbskommissionen im In- und Ausland oder indirekt zuständigen Ministerien gesprochen, verhandelt, Kontakt aufgenommen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Es geht weiter:

Für den Lobbying-Erfolg unerlässlich ist darüber hinaus die öffentliche Wahrnehmung in regionalen und überregionalen Medien. Hier ist während des gesamten Prozesses ein laufendes Monitoring für rasches Gegensteuern ebenso unerlässlich wie ein permanentes Lobbying, um eine Berichterstattung im Sinne des Projektzieles zu gewährleisten. – Zitatende.

Haben Sie irgendwann Medien orchestriert, dass hier etwas, was Ihnen vorgeschwebt ist, geschrieben wurde?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich, Herr Nationalrat.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ein weiterer Punkt ist:

Aktivieren der Behörden und Mitgestaltung der Entscheidungen.

Unter Aktivieren der Behörden und Mitgestalten der Entscheidungen würde ich zunächst einmal etwas vermuten, was nicht gerade rechtskonform sein kann.

Sehen Sie das auch so?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ausfindig-Machen und Entkräften allfälliger wettbewerbsrechtlicher oder regulatorischer Bedenken.

Haben Sie so etwas jemals gemacht?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich. – Es tut mir leid, es bleibt immer das Gleiche.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie bieten an ein Projekt-Management, und zwar Bereitstellung eines erfahrenen Beratungsteams.

In weiterer Konsequenz haben Sie uns dann eine Unterlage zur Verfügung gestellt, in der unter anderem auch dieses Team vorgestellt worden ist, und zwar eine Personalliste.

Ich sage noch einmal: Ein erfahrenes Beratungsteam wird von Ihnen zur Verfügung gestellt, und diese Personalliste liest sich so:

Hans Peter Schnitt, geringfügig beschäftigt

Josef Bernecker, geringfügig beschäftigt

Anton Clemens Croy, Aushilfskraft

Ana Crnov, Bedienerin

Jana Crnov, Bedienerin

Andreas Krassay, geringfügig beschäftigt

Stephanie Croy, Aushilfskraft/geringfügig beschäftigt

Franziska Croy, Hilfskraft/Teilzeit

Milka Crnov, Bedienerin

Beata Gara, Bedienerin/geringfügig beschäftigt

Und das geht so weiter und so weiter.

Es steht drinnen – das muss man allerdings auch sagen – auch eine Frau Mag. Luka Susanne, die offenbar mehr gemacht hat.

Stellen Sie sich so ein erfahrenes Beraterteam für die Telekom vor? Wenn ja, warum?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich. Ich kenne diese Liste nicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich habe bis auf Weiteres keine Fragen. – Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen jetzt zur zweiten Fragerunde.

Herr Abgeordneter Pilz, bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich würde gerne mit dem kleinen Überblick beginnen, den ich Ihnen ganz am Anfang meiner ersten Fragestellungen vorgehalten habe. Da ist es gegangen um OMV AG, Valurex International, Alcatel, MOL, Telekom,

buw Holding GmbH, Amber in Vaduz und dann eine ganze Reihe von Barauszahlungen und so weiter.

Jetzt könnte man noch British Aerospace dazunehmen, aber das ist eine völlig andere Geschichte, die nicht unser Beweisthema betrifft.

Das, was nur auffällig ist – und das möchte ich mit Ihnen jetzt dann grundsätzlich durchgehen – und soweit ich das den Unterlagen entnehmen kann, ist der Umstand: Sie sind kein ausgewiesener Experte für Telekommunikation, kein ausgewiesener Experte für Raffineriewesen, kein ausgewiesener Experte für bestimmte Sendeanlagen, kein ausgewiesener Experte für Kampfflugzeuge.

Und Ihre gesamten Beratungstätigkeiten haben eigentlich zwei gemeinsame Nenner: Erstens: Die, die Sie beraten, haben im Regelfall viel mehr Ahnung von der Sache als Sie selbst. Das heißt, es handelt sich um ein seltsam verkehrtes Beratungsverhältnis. Es sind eigentlich drei Kriterien.

Zweitens: Wenn man genauer nachschaut, stellt man keine erkennbare Leistung fest.

Drittens: Wenn man in den beschlagnahmten Unterlagen nachschaut, dann findet man sehr wohl eine mögliche Leistung – und auf diese möchte ich jetzt eingehen.

Da sind Zahlungsein- und -ausgänge bei Ihnen festgestellt worden. Ich nehme einfach ein Jahr heraus, und zwar das Jahr 2006, und vergleiche das mit einem normalen Unternehmen.

In einem normalen Unternehmen haben Sie die Eingänge – die sind da auch, sind auch bezeichnet – und Ausgänge, und zwar Überweisungen im Regelfall.

Bei Ihnen schauen die Ausgänge so aus – ich lese sie vor, und zwar komplett für das Jahr 2006:

30.01: Barentnahme 10 000 €

14.02: Barentnahme 65 000 €

20.02: Barentnahme 195 000 €

24.02: Barentnahme 5 000 €

24.02: Barentnahme 8 000 €

07.03: Barentnahme 460 000 €

24.03: Barentnahme 24 628,90 €

28.03: Barentnahme 360 000 €

05.04: Barentnahme 300 000 €

11.04: Barentnahme 200 000 €

21.04: Barentnahme 500 000 €

24.04: Barentnahme 15 000 €

28.04: Barentnahme 200 000 €

10.05: Barentnahme 500 000 €

22.05: Barentnahme 500 000 €

22.05: Barentnahme 42 542 €

22.05, wieder am selben Tag, wo schon 500 000, 42 000 überwiesen haben: 400 000

10.07: Barentnahme 500 000 €

10.07: noch einmal Barentnahme 26 887,10 €

20.09: Barentnahme 200 000 €

20.09: Barentnahme 3 000 €

16.10: Barentnahme 196 200 €

03.11: Barentnahme 240 000 €

Das wird dann summiert: Barentnahmen allein in diesem Jahr von 5 101 258 €. Und das kann man jetzt jedes Jahr durchgehen.

Wenn ich mir das jetzt anschau und mit den Zahlungsein- und -ausgängen von normalen Unternehmen vergleiche, stelle ich einen wesentlichen Unterschied fest.

Stellen auch Sie einen wesentlichen Unterschied fest? – Das Nicken können wir nicht protokollieren.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein, ich stelle das fest! Nur: Ich würde mich gerne entschlagen, aber ich kann das jetzt einfach menschlich nicht.

Herr Nationalrat, Sie wissen, was Sie jetzt hier tun? Sie lesen eine Liste vor von keiner meiner Firmen. Es ist weder die MPA Wien, noch die MPA Prag, noch die MPA Budapest, noch die „Forstverwaltung“, noch die – wie heißt sie? – VASI Kft. (*Abg. Dr. Pilz: Ja dann helfen Sie uns! Was ist das ...?*)

Das ist irgendeine Firma; ich weiß es nicht.

Entschuldigen Sie – nicht böse sein, ich respektiere wirklich sehr dieses Haus und Sie –, aber das geht wirklich zu weit. Das kann ich mir nicht gefallen lassen.

Ich entschlage mich, weil ich das nicht weiterdiskutiere. Ich sage nur: Es ist einer der sehr geschickten Versuche, ja, aber diesen Versuch – bei allem Respekt, Herr Nationalrat! – lasse ich Ihnen nicht gelten.

Das ist **keine** meiner Firmen, wo immer Sie das herauslesen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist – ich zitiere aus dem Amtsvermerk des Bundesamtes für Korruptionsbekämpfung –: Verschlussakt; Übergabe Aktenteile von „Causa Hermes“, 14.11.2011.

Hier – Strafsache gegen Mensdorff-Pouilly – geht es genau um die Firmen, über die wir die ganze Zeit diskutieren.

Ich trage es Ihnen hin.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein, Sie brauchen es mir nicht herzutragen. Es ist schade um die Arbeit.

Erzählen Sie mir etwas über die MPA Wien, über die MPA Budapest, über die MPA Prag, über die VASI, über die „Forstverwaltung“!

Entschuldigen Sie! **Das** ist das, was mein Einkommen ist.

Was Sie da vorlesen – Entschuldigung, bei allem Respekt!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist schön, dass Sie jetzt die Ermittlungen gegen sich selbst führen. Das macht der Herr Beyrer im Rahmen der ÖIAG ganz genauso. Aber das passt nicht in die Geschäftsordnung und Verfahrensordnung unseres Untersuchungsausschusses. Das muss ich machen, ob es Sie freut oder nicht.

Ganz am Anfang: Konkret handelt es sich dabei um folgende Überweisungen, und da geht es genau:

M. Landon – da sind wir jetzt wahrscheinlich im Kampfflugzeugbereich, jedenfalls militärisches Beschaffungswesen –: 299 980 US-Dollar.

Und so weiter. Ich erspare mir jetzt die Zahlen.

Dann jede Menge **Valurex**.

Dann jede Menge MPA Budapest, Gercam und so weiter. Und dann kommen diese ganzen langen Listen.

Das Problem ist: Bei den meisten Ihrer Erklärungen über Leistungen, über Zahlungen und so weiter ist dann die Staatsanwaltschaft oder die Polizei draufgekommen, zum Teil auch die Telekom, interne Revision, also Deloitte: Na ja, das hat so nicht ganz gestimmt, was da in Verträgen und so weiter drinnen gestanden ist.

Jetzt gehe ich davon aus, dass das stimmt. Aber ich bin gerne bereit, das vorsichtiger zu formulieren.

Das ist bei Ihnen gefunden worden. Wer auch immer das verfasst hat, diese Art und Weise von Eingängen, von Bar-Abhebungen und damit vom wahrscheinlich spurlosen Verteilungen ist das klassische Profil eines Geldwäschers. Das ist das klassische Profil eines Geldwäschers! Das unterscheidet sich sehr von einem ganz normalen durchschnittlichen Wirtschaftsunternehmen.

Deswegen frage ich Sie in diesem Zusammenhang:

Ist es bei Ihnen üblich, dass Sie Ihrer Geschäftstätigkeit dadurch nachgehen, dass Ihnen Gelder von verschiedenen Auftraggebern überwiesen werden – kein Problem damit, da gibt es ja Verträge – und dass Sie dann Bar-Abhebungen vornehmen – ich komme dann auf Telekom im Konkreten – und Bargeld für Leistungen verteilen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich danke Ihnen für diese Frage. Jetzt kann ich endlich einmal auch eine klare Antwort geben.

Ich habe nie in meinem Leben, wenn Sie auf das hinauswollen, einem Politiker/einer Politikerin, einer politischen Partei, einer politisch nahestehenden Organisation irgendeine finanzielle Unterstützung, Sponsoring, Spende, Bestechung, was immer gemacht. Das habe ich nicht.

Das, was ich gemacht habe, sind Wirtschaftsaktionen, aber **keine** Bestechungen.

Das möchte ich einmal klarlegen, denn wenn ich heute in der Früh „ÖSTERREICH“ aufschlage, und da steht dann drinnen: Wie hat er die Politiker bezahlt? und ich weiß nicht was ...

Jetzt komme ich endlich einmal dazu, das klipp und klar zu sagen: Es gibt **keine** solche Zahlung!

Ich bin auch nicht ÖVP-Mitglied. Auch diese dauernde ÖVP-nahe Hin und Her – es hat schon andere gegeben, die im Ehebett gelegen sind mit zwei verschiedenen Fraktionen.

Also diese zwei Sachen wollte ich jetzt einmal – dank Ihrer Frage, Herr Nationalrat! – klarstellen. Und ich glaube, ich habe sie damit auch beantwortet.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut. – Die letzte Frage, bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur der Vollständigkeit halber, dass wir gleich die Amtsträger auch dabei haben. Darf ich davon ausgehen? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Selbstverständlich!*)

Dann wäre es allerdings super, nachdem keine Politiker etwas gekriegt haben, keine Amtsträger etwas gekriegt haben, das heißt, ja gar nichts passiert ist, dass Sie in der

nächsten Runde uns dann ganz genau und detailliert erzählen, welche bedeutenden Manager von Ihnen Gelder erhalten haben.

Wir kommen darauf zurück. – Danke.

Abgeordneter Werner Amon(ÖVP): Es wäre natürlich verlockend, wieder zur Jagd zurückzukehren und hier ein paar Fragen zu stellen und Antworten zu bekommen.

Ich sehe relativ wenig Sinn darin, Ihnen Ihre Aussage beim Bundesamt für Korruptionsbekämpfung vorzuhalten und um Bestätigung zu ersuchen. Ich habe daher keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Versuchen wir es noch einmal. Die Gegenleistung für dieses Projekt „Alpha“ soll ein Masterplan gewesen sein, den Sie gemeinsam unter anderem mit Mayrhofer, das ist ein Mitarbeiter der Telekom, erstellt haben sollen. Jetzt sagen alle Telekom-Mitarbeiter aus, dass Sie in Sachen Masterplan für „Alpha“ nie mit der Telekom in Kontakt waren. Alle Mitarbeiter sagen, es ist ihnen dazu keine Leistung bekannt.

Es geht auch aus dem Bericht „Flieder“ und aus den Ermittlungen hervor, dass hier vermutet wird, dass dieser Masterplan eigentlich nur eine Scheinvorlage ist für eine Leistung, die Ihrerseits nicht erbracht wurde. Es ist auch spannend, dass dieser Masterplan ... – Das Datei-Erstellungsdatum lautet 2. Juni 2003. Am 2. Juni **2003** wurde dieser Masterplan laut Dateiprüfung durch Deloitte erstellt. Und als Leistungsnachweis übermittelt wurde das innerhalb der Telekom am 20. April **2008** und am 3. April **2008** als Ihr Leistungsnachweis. – 2003/2008, da liegen also fünf Jahre dazwischen.

Haben Sie bei diesem Masterplan irgendeine Leistung erbracht oder nicht? Sie können sich jetzt selbst damit helfen, indem Sie uns sagen, welche Leistungen Sie im Rahmen dieses Masterplanes für das Projekt „Alpha“ konkret erbracht haben.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Nationalrat, bei der Jagd haben wir uns besser unterhalten. Hier entschlage ich mich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann gehen wir zurück zur Jagd, ich habe es mir eh gedacht. (*Heiterkeit der Auskunftsperson.*) – Er lacht! Wunderbar!

Ich lege Ihnen noch einmal die Abschusslisten vor – Sie haben vorher gesagt, da stehen so schön Namen oben und ich soll die mit der Lupe suchen. Damit ich meine Augen nicht kaputt mache, können Sie mir ein bisschen helfen – Sie sind ja da der Jagdeigentümer oder -pächter oder Genossenschaftsjäger – und mir kurz diese Namen irgendwie entziffern und mir vorlesen, welche Namen Sie da entziffern können, denn ich kann sie ganz schwer lesen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Nationalrat, das würde ich gerne tun, aber das ist ein Geschäftsgeheimnis, und Sie haben diese Abschusslisten bekommen als Abgeordneter und als Mitglied, nehme ich an, dieses Untersuchungsausschusses, aber ich glaube nicht, dass das für alle hier so breitgetreten werden kann und soll. **Ich** werde die Namen **nicht** vorlesen. Wenn Sie sie vorlesen, steht Ihnen das zu, aber ich mache da keine Werbung für Leute, die da waren – auf jeden Fall nicht freiwillig.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Es war ein Versuch. Der Lukas, mein Mitarbeiter, wird das dann wieder mitnehmen, und wir werden versuchen, das selbst zu entziffern.

In Ihrer Beschuldigteneinvernehmung bringen Sie immer wieder das Zitat – in Sachen Leistungsnachweis noch einmal zu diesem Masterplan –, Sie können dazu etwas

sagen, Sie werden dazu auch etwas sagen, aber Sie sagen den Beamten des BAK immer: aber nicht heute und hier!

Zitat: Auf Nachfrage, bei welchen konkreten Personen ich bei diversen Geschäften und wann war, gebe ich an, dass ich dieses natürlich nachvollziehen kann, jedoch nicht heute und hier. – Das sagen Sie gegenüber den Ermittlern am 21. September 2011.

Vielleicht ist heute der richtige Tag für „heute und hier“.

Also: Können Sie uns heute und hier dazu Auskunft geben, was Ihre Leistungen im Rahmen dieses Projektes Alpha betrifft? (*Alfons **Mensdorff-Pouilly**: Herr Nationalrat, alles, was ich ...*) Oder können Sie uns keine Leistungen nennen? Das ist auch eine Möglichkeit.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein, ich entschlage mich einfach.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine Frage: **Könnten** Sie uns Leistungen nennen und Sie wollen es nur nicht – oder können Sie keine Leistungen nennen ...

Alfons Mensdorff-Pouilly: Sehr geschickt gefragt, aber ich entschlage mich trotzdem.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber Sie könnten Leistungen nennen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich entschlage mich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das können Sie mir schon beantworten.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Na ja, schauen Sie, es geht nicht beides gleichzeitig: Strafverfahren und hier.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie uns kurz schildern, wie sich die Telekom-Beteiligung bei Infotech entwickelt hat und welche wirtschaftlichen, finanziellen Geschäfte oder Nicht-Geschäfte in dem Zusammenhang gemacht wurden?

Ich frage das deswegen, weil ja diese Infotech auch Teil dieses Projektes „Alpha“ war und Folgendes hervorgeht – ganz kurz noch zum Schluss –:

Am 19. Februar 2008 ist man mit Vorstandsbeschluss mit einer Beteiligung von 37,5 Prozent in die Infotech eingestiegen. Der Herr Paierl kommt da übrigens vor, Herbert Paierl, ehemaliger ÖVP-Landesrat in der Steiermark. Am 5. August 2008 gab es dann eine Kapitalerhöhung, und am 28. Oktober 2008 hat man seitens des Telekom-Vorstandes eine De-investition durchgeführt und sich aus der Beteiligung an Infotech wieder zurückgezogen. Das heißt, am 19. Februar 2008 steigt man ein mit 37,5 Prozent, und nur ein paar Monate später, am 28. Oktober 2008, steigt man wieder aus und zieht alles zurück.

Sie haben angeblich dieses Infotech-Projekt mit betreut.

Können Sie uns schildern, wie es zu dieser Beteiligung gekommen ist, was die Telekom bei ihrem Einstieg 2008 für diese 37,5 Prozent bezahlt hat und was sie bei ihrem Ausstieg im Oktober 2008, Stichwort De-investition, an Kapital wieder zurückbekommen hat?

Schlusssatz: Die konkrete Rückabwicklung – damit ich Ihnen ein bisschen helfe – erfolgte dann am 29. März 2009. Beschlossen hat man es, wie gesagt, im Vorstand am 28. Oktober 2008. Noch einmal: Investiert und gekauft hat man am 19. Februar 2008.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich muss Sie bitten, das die Telekom genauer zu fragen, denn wenn Sie es schon runterlesen müssen, müssen die es wissen – und sonst entschlage ich mich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ganz kurz noch – ich bitte, die Nachdenkpause nicht in die Zeit mit einzurechnen.

Schlussfrage, ja, das fragen wir noch: Also es gibt zwei Jagden, die wir da von der Telekom haben, die Zeitpunkte habe ich Ihnen genannt: eine am 10. November 2007, eine am 14. November 2008. Dann gibt es noch so eine Jagd nach Schottland, wo der Herr Beyrer mit dabei war. Also drei Jagden sind da irgendwie im Zusammenhang mit der Telekom bekannt.

Sind es nur diese drei, die die Telekom bei Ihnen gebucht und bezahlt hat, oder gibt es da mehrere Jagdeinladungen der Telekom über Ihre Forstverwaltung? Wenn ja: Wie viele Jagden hat die Telekom bei Ihnen gebucht, in welchem Zeitraum und mit welchen Kosten?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich weiß von keinen weiteren Jagden. Ich weiß auch nicht alle meine Kunden auswendig und wann und wie oft die gejagt haben, aber ich glaube nicht, dass die Telekom öfter als die drei Mal gejagt hat.

Ich würde das auch nicht überbewerten, denn es fragt auch keiner, was Hahnenkamm, Opernball und ich weiß nicht, was alles, ist. Ich meine, wenn man das einmal ein bisschen vis-à-vis stellt, schaut die Welt schon anders aus.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das Hahnenkamm-Rennen, nur zu Ihrer Beruhigung, haben wir auch schon als Thema hier herinnen gehabt, was das kostet und so weiter.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein, ich will auch hier nicht andere Dinge ... – Nur schaut es immer so aus, wie wenn das der Kulminationspunkt wäre: diese Jagd, das ist überhaupt die ganz böse Sache. Für solche, die nicht jagen, verstehe ich das auch, aber ich weiß nicht, ob das politisch so viel Bedeutung hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schlusssatz – es ist mir wichtig, das festzuhalten; ich bin ja ein Bauernsohn –: Ich habe überhaupt nichts gegen die Jagd und gegen Jäger grundsätzlich. Das Problem, das ich aber habe, ist, dass sich bei Ihnen teilweise Personen getroffen haben, gegen die schwere Vorwürfe existieren und dass es Fragen gibt zu den Verrechnungen der Jagdgesellschaft. Aber – es ist wichtig, das auch Ihnen gegenüber festzuhalten – gegen Jäger und die Jagd grundsätzlich habe ich überhaupt nichts. Ich kenne sehr viele Jäger, denn ich komme ja von einem Bauern, wie gesagt; aus der Steiermark übrigens.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Mensdorff-Pouilly, wir untersuchen ja jetzt nicht Hahnenkamm oder Opernball, sondern Korruption bei der **Telekom**. Und daher ist es natürlich schon entscheidend, wichtig für den Untersuchungsausschuss, welche Gäste, welche Teilnehmer bei diesen einzelnen Jagdtreffen beisammen waren, weil das ja entsprechende Rückschlüsse erlaubt.

Jetzt sagen Sie zwar einerseits, Sie entschlagen sich, auf der anderen Seite sagen Sie wieder, überhaupt keine Geldflüsse Richtung Politiker, Richtung Amtsträger. Und das verstehe ich dann überhaupt nicht, denn was gäbe es dann zu verbergen? Erlösen Sie uns alle und zählen Sie die Teilnehmer auf, denn es ist ja ohnehin nichts Ehrenrühriges oder gar Korruptes geschehen. Warum machen Sie das nicht?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Nationalrat, weil es eben nichts Ehrenrühriges ist. Es ist mein Geschäft. Ich muss Sie bitten, ob ich jetzt ein Gemüsehändler, ein Autoverkäufer oder sonst etwas bin, ich kann mein Geschäft nicht kaputt machen – und dazu habe ich das Recht wie jeder andere Österreicher. Weil nichts Böses passiert ist, brauche ich meiner Ansicht nach diese nicht zu nennen. Ich verberge da auch gar nichts dabei.

Eines muss ich Ihnen auch sagen: Bei einer Jagd gibt es gar nicht die Möglichkeit von irgendwelchen bösen Tuscheleien. Wenn einer auf einem Hochstand sitzt und der

andere 300 Meter weiter sitzt, wie sollen die beiden miteinander herumtuseln? Natürlich, am Abend sitzt man gemeinsam beisammen, aber da sitzen 15 Leute gleichzeitig beisammen. Das heißt, da müssten alle 15 miteinander die gleiche böse Idee haben.

Also ich glaube, dass man sich, weil nichts anderes wirklich Aufregendes gefunden wurde, jetzt auf diese Jagd verbissen hat, sage ich einmal. Aber ich sage Ihnen, wenn jemand von den Leuten, die ich nicht alle kenne, irgendwas Böses vorgehabt hat, dann gehen die wahrscheinlich lieber am Donauufer spazieren, oder ich weiß nicht was, als bei mir, wo viele Mitarbeiter da sind. Bei so einer Saujagd sind 60, 70 Leute unterwegs im Wald. Na gerade dort werden sie die bösen Korruptionsgespräche führen.

Ich weiß nicht, wie man die führt, aber ich nehme wohl an, **nicht** in der Öffentlichkeit.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Dann verstehe ich Sie noch weniger, warum Sie die Liste nicht schildern, aber Ihre Aussage: nichts Politiker, nichts Amtsträger, stimmt ja noch nicht. Wir haben ja heute schon herausgearbeitet, es geht ja da um Sachleistungen in der Größenordnung von 18 000 € und so weiter. Also Sie werden diese Aussage nicht aufrechterhalten können.

Weil Sie gerade von **verbissen** geredet haben: Das ist vielleicht überhaupt erhellend. Wenn wir schon nicht weiterkommen, wer hier anwesend war, dann schauen wir ein bisschenl, wo das Ganze stattfindet.

Ich erinnere an den Eurofighter-Untersuchungsausschuss. Da haben wir einen sehr interessanten Dialog geführt, das war am 21. Mai 2007. Ich zitiere jetzt meine Ausführung, ich habe gesagt:

„Sie haben gesagt, Sie sind ein kleiner Bauer. Da wollte ich Sie fragen, ob dieser ‚kleine Bauernhof‘ – zwischen Anführungszeichen – ‚auch zu Ihrem Gut gehört. (Abg. Dr. Kräuter hält das Bild eines Schlosses in die Höhe.)‘ – Das war seinerzeit dieses Bild (Abg. Dr. **Kräuter zeigt das Bild**), Sie werden sich sicher daran erinnern.

Also gehört das Ihnen?, war die Frage. Sie sagten dann: Nein.

Ich wollte dann an sich schon aufgeben, habe mir da auch eine böse Bemerkung der damaligen Fraktionsvorsitzenden von der ÖVP Fekter eingehandelt, habe aber für alle Fälle noch nachgefragt: „Kennen Sie es?“ Dieses Schloss. Sie sagen dann: „Ja, ich kenne es: Es gehört einer Firma, die auch nicht mir gehört, sondern das gehört einer ungarischen Firma.“

Ich setze nach und sage: „In welcher Hinsicht sind Sie mit dieser Firma, der dieses Schloss gehört, in Verbindung?“ Sie sagen dann: „Es gibt eine Firma, der gehört das. Die gehört einer ungarischen Firma, und diese ungarische Firma gehört der MPA in Wien.“

Es ist, glaube ich auch, erhellend generell, wie man mit dem Gehalt sozusagen von Ihren Antworten eigentlich umgehen muss, in der Verästelung.

Daher frage ich da einmal nach: Ist das das einzige Schloss (Abg. Dr. **Kräuter zeigt neuerlich das Bild**), das Sie in Schottland besitzen? – Das Nicken können wir nicht protokollieren. (Alfons **Mensdorff-Pouilly: Ja!**) Das einzige Schloss.

Ist da eine Jagd angeschlossen? Denn Sie haben vorher erwähnt, vier Reviere in Österreich, ein Revier in Ungarn und zwei weitere in Österreich.

Ist da eine Jagd angeschlossen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da ist eine Jagd dabei, ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ist es die einzige Jagd, über die Sie im Ausland verfügen?, weil Sie haben sie ja vorhin nicht genannt

Alfons Mensdorff-Pouilly: Das ist die einzige Jagd in England oder Schottland.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aha. Dann sind wir wieder im Muster von der Eurofighter-Befragung. (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein, Herr Nationalrat!*) – Haben Sie noch irgendwo auf der schönen weiten Welt Jagdbesitzungen? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: In Ungarn!*) – Ja, das haben Sie erwähnt. Außerhalb Ungarns? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Sonst nirgends!*) – Der Herr Beyrer war nicht in der Lage, zu sagen, ob er zwei Mal, drei Mal oder vier Mal teilgenommen hat, aber ich nehme an, in Schottland haben sich die Jagden abgespielt. – Können Sie das bestätigen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Angeblich war eine Jagd in Schottland, ja.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie sich in diesem Schloss getroffen mit Ihren Jagdgästen – Telekom?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich treffe mich, wenn ich oben bin, mit allen Jagdgästen, wenn ich oben bin, aber ich bin nicht immer oben, außerdem ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber treffen Sie sich in diesem Schloss? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Ja!*) – Was spricht dagegen, dass Sie uns sagen, der Herr Beyrer war, drei, vier, fünf Mal zu Gast? Was spricht da dagegen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Gar nichts. Ich muss es nur wissen. Ich muss nachschauen. Ich muss es mir merken. Entschuldigen Sie, wenn der Herr Beyrer, der oben war – aber wenn ich dort bin, schreibe ich es mir nicht auf, denn es kann sein, dass ich in sechs Jahren gefragt werde, wer aller da war. Verstehen Sie? Also wie die Hausdurchsuchung in Österreich stattgefunden hat, war auch in England gleichzeitig eine, und die haben mein ganzes Gästebuch mitgenommen. Alles haben sie mir zurückgegeben, nur mein Gästebuch nicht. Warum, weiß ich nicht. Also da müsste ich nachschauen, dann könnte ich nachschauen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Gut, dann halte ich fest: Sie können das nicht sagen – weil es kann der Beyrer auch nicht sagen. Also es ist natürlich schon eine gewisse Kuriosität. Sie sind als Gastgeber nicht in der Lage, zu sagen, wie oft der Gast anwesend war, und der Gast ist nicht in der Lage, zu sagen, wie oft er bei Ihnen Gast war. Und das wollen Sie uns auftischen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich will Ihnen gar nichts auftischen. Das ist so, entschuldigen Sie, eine leichte Sache. Ich sage Ihnen, ich weiß, er war oben. Ich weiß nicht, ob er ein oder zwei Mal oben war, aber ich glaube, nur ein Mal, sage ich jetzt einmal. Ich glaube, er war nur ein Mal oben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich frage Sie ganz etwas anderes, weil Sie vorher gesagt haben, Sie sind nicht ÖVP-Mitglied. Der Klubobmann der ÖVP Kopf hat im „Mittagsjournal“ sinngemäß gesagt: Mensdorff-Pouilly hat nichts mit der ÖVP zu tun. – Ist das eine richtige Aussage? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Ja!*) – Ich möchte das nur im Protokoll haben.

Noch ein Letztes, weil ich mich dafür wirklich brennend interessiere: Diplomatenpass. Wann haben Sie den zuletzt verlängert? Wie war da der Vorgang? Können Sie uns das beschreiben?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich habe schon *lange* keinen Diplomatenpass mehr. (*Abg. Dr. Kräuter: Wie lange?*) Ich habe einmal einen gehabt, als meine Frau, weiß ich jetzt gar nicht, Minister war oder so, und dann wurde der irgendwie ausgestellt, und ich sage Ihnen, ich brauche den auch nicht. Ich habe ihn auch nicht gebraucht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Kann ich das ganz konkret fragen: Seit wann (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Das weiß ich nicht!*) verfügen Sie nicht mehr über einen Diplomatenpass? Ist das eine Woche oder sind es Monate oder Jahre?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Keine Ahnung, der ist irgendwann ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie wissen nicht, ob Sie seit einer Woche den Pass nicht haben ...

Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein. Ich sage Ihnen, ich habe einen österreichischen Pass und ich habe einen ungarischen Pass. Ich brauche keinen anderen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nur noch ergänzend: Der Bezug zur Telekom hat gefehlt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich wollte nur sagen, weil ich hier in einem Liveticker lese, dass angeblich Herr Abgeordneter Fazekas jetzt Fragen gestellt hat: Das ist der Abgeordnete Kräuter, wollte ich nur bekanntgeben. (*Zwischenrufe.*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kurze ergänzende Jagdfragen, da sind wir aber eh gleich fertig.

Hat es auch Jagden für Kabinette von Bundesministerien bei Ihnen gegeben?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da entschlage ich mich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das müssen Sie aber schon ein bisschen begründen, was das mit Ihrem Strafverfahren zu tun hat.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Das kann ich Ihnen ganz einfach begründen. Es gibt zweierlei Jagdmöglichkeiten bei mir. Das eine sind meine privaten, und da habe ich, ob es manche wollen oder nicht, dieselben Bürgerrechte wie jeder andere. Die hat man mir noch nicht genommen. Das heißt, einladen kann ich privat, wen ich will, und brauche das auch nicht auf die große Glocke zu hängen. – Das ist die eine Möglichkeit.

Die andere Möglichkeit ist, es war irgendjemand von einem Kunden von mir Gast, dann sage ich: Das ist Geschäftsgeheimnis.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich glaube, Sie haben das Wesen der Entschlagung nicht ganz verstanden.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Das kann schon sein, ich bin ja nicht so routiniert.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja, ja. Das ist nicht so, dass Sie da einfach eine Frage ansprechen und dann sagen: Entschlagung! Entschlagungsrecht heißt nicht, wenn man **keine Lust** hat, etwas zu beantworten, dass man dann sagt: Ich entschlage mich!, sondern vielleicht lassen Sie sich vom Herrn Verfahrensanwalt erklären, was das bedeutet. Wenn Sie zum Beispiel privat das Kabinett eines Bundesministeriums einladen, und das hat etwa mit der Tetron-Vergabe zumindest zeitlich und sachlich etwas zu tun, ob Sie sich da entschlagen können oder nicht. Vielleicht sagt uns der Herr Verfahrensanwalt da etwas dazu.

Private Einladung, Herr Mensdorff-Pouilly, ist kein Entschlagungsgrund, wenn Sie das Kabinett eines Bundesministeriums einladen.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Wenn wir schon über diese Dinge jetzt sprechen, kann das nach meiner Auffassung sehr wohl zu einer Angabe führen, die dann weitere Schlüsse in die Richtung nahelegt, dass man einen Beamten zur Jagd eingeladen hat, um von ihm etwas zu erhalten. Vorher haben Sie von „Anfüttern“ gesprochen, Herr Abgeordneter.

Wenn ich also zu einer sehr noblen Jagd einen hohen Beamten einlade, um etwas von ihm zu erhalten, und es war so, dann kann die Auskunftsperson sagen: Dazu will ich nichts sagen! Wenn dort ein Beamter als Privatperson Gast in meinem Hause etwa gewesen wäre, wenn es mich betrifft, kann ich Ihnen eine Auskunft dazu geben und sagen: Ja, ich habe den eingeladen; da habe ich nichts zu verbergen; er ist ein Gast bei mir gewesen; ich wollte nichts von ihm!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich bin eh sehr zufrieden mit dieser Belehrung, weil die ganz klar und deutlich sagt: Wenn es nicht darum geht, dass man einem Beamten einen Vorteil gewährt hat und deswegen etwas strafrechtlich zu befürchten hat, hat man selbstverständlich diese Frage zu beantworten.

Also noch einmal – ich formuliere es gerne anders –: Haben Sie jemals, ohne dass Sie damit einem Beamten einen Vorteil zuwenden wollten, ein Kabinett eines Bundesministeriums zur Jagd eingeladen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich kann Ihnen sagen, ich habe niemals jemanden eingeladen, weder Beamte noch sonst jemanden, wo ich aufgrund der Einladung eine Gegenleistung erwartet habe. Ich habe privat Freunde eingeladen, mit denen ich gerne meine Zeit verbringe, mit denen ich gerne jage, aber niemals jemanden aus diesem Kreis, den Sie genannt haben, von denen ich einen Vorteil haben wollte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sagen Sie, sind Sie befreundet mit Ernst Strasser, Oskar Gallop, Karin Holdhaus, Philipp Ita, Gerhard Karner, Michael Kloibmüller, Bernhard Krumpel, Mathias Vogl, Klaudia Wallner und Thomas Zach? Sind das persönliche Freunde von Ihnen? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein!*) – Die haben aber bei Ihnen am 28. März 2002 gejagt.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Den Letzten von denen, glaube ich, die Sie hier vorgelesen haben, den Letzten, den ich getroffen habe, war vor zwei Jahren oder was, den Herrn Dr. Strasser am Flughafen in Frankfurt. Diese Jagden, über die Sie da reden, waren Jahre her. Auch das ändert sich: Freundschaften, Bekanntschaften.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, nur wenn man Leute überhaupt nicht kennt, dann können sich weder Freundschaften noch Bekanntschaften ändern. Sie haben diese Leute zum Großteil nicht gekannt, das ist auch plausibel.

Jetzt frage ich Sie: Wer hat diese Jagd des Kabinetts des Bundesministers für Inneres bezahlt? Wer hat die bezahlt?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da entschlage ich mich; in meiner Einvernahme bin ich da schon befragt worden.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir sind jetzt bei der Runde Zusatzfragen. Jetzt geht es dann um Ministerkabinette, die etwas abseits des Themas liegen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, wir sind bei der Frage Tetron. Ich kann es dort dann wieder machen. Aber wir werden ein paar Mal darauf zurückkommen, dass nicht nur das Kabinett des Bundesministeriums für Inneres, sondern das Kabinett des Bundesministeriums für Landwirtschaft, nicht nur die Telekom, sondern auch die Post und andere vergleichbare Unternehmen bei Ihnen Jagden durchgeführt haben. – Sie schütteln den Kopf?

Ich halte Ihnen vor: Ernst Strasser fragt Christoph Ulmer:

Ist einstweilen noch frei der Samstagabend? Wer ist da sonst noch dabei?

Keiner weiß, es sind ja alle Freunde von Ihnen, aber keiner weiß, wer die Freunde sind, Sie nicht, der Dr. Strasser nicht.

Antwort: Lieber Ernst! Wenn überhaupt, dann eventuell dann das Büro von Bundesminister Molterer, und so weiter.

Und dann: Die Jagd am Samstag ist von der Post. Die reisen aber alle sofort nach der Streckenlegung ... – Und so weiter.

Mein Eindruck – da versuche ich ja, mit Ihrer Hilfe draufzukommen – ist, dass Telekom kein Einzelfall ist, sondern dass dort auf Regiments- oder Firmenkosten kreuz und quer im Einflussbereich der ÖIAG und auch der Banken, Baufirmen und so weiter gejagt worden ist, und, zweitens, dass ganze Kabinette von Bundesministern angereist sind. Und das ist keine Kleinigkeit, weil es hier um die Frage des Anfütterns geht.

Die sind sehr wohl mit Beamten gleichgestellt. Da geht es, wie der Staatsanwalt meint, um Bestechung, da geht es, wie der Staatsanwalt Ihnen gegenüber meint, um den Verdacht der Untreue. Da geht es um eine ganze Reihe von Delikten. Da geht es um Leute, die sich dann später regelmäßig abgeprochen haben, ihre Firmen ausgenommen haben, verdeckte Parteienfinanzierung getroffen haben und sich dann – das ist das Mindeste – gegenseitig mit Jagden auf Firmenkosten belohnt haben.

Herr Mensdorff-Pouilly, das Einzige, was wir versuchen, ist, mit Ihrer Hilfe draufzukommen: Haben wir es mit einem isolierten Fall Telekom zu tun oder haben wir es mit etwas wesentlich Breiterem zu tun, wo mehrere Kabinette von Bundesministerien, vielleicht des Bundeskanzlers selbst und eine ganze Reihe von Unternehmen verwickelt sind? Gibt es diese breite Jagdkultur, oder ist Telekom ein schwarzes Unternehmensschaf in einem weißen Unternehmensmeer? Das ist die Frage, die ich mit Ihnen gemeinsam zu klären versuche.

Wollen Sie dazu noch irgendetwas sagen?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Der Ausdruck „Zusatzfrage“ wurde sehr weit gedehnt. Ich ersuche jetzt noch Herrn Mensdorff-Pouilly zu antworten.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Herr Dr. Pilz, Sie machen einen Vorhalt; vielleicht können Sie uns das zur Verfügung stellen, denn wir finden das nicht im Akt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gerne. Ich lasse gleich eine Kopie machen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Und man sollte das der Auskunftsperson auch vorhalten und hinlegen, wenn sie dazu Stellung nehmen soll.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die Auskunftsperson hat es vor sich liegen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Gut, wenn Sie es uns auch zur Verfügung stellen.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Nationalrat, ich glaube, Sie haben jetzt alles gesagt, was Sie wollten, dass da wahrscheinlich hauptsächlich die Medienvertreter

mitschreiben. Ich kann Ihnen dazu gar nichts sagen. Das war, wie ich sehe, im Jahr 2002. Alles, was ich da sagen würde, da würden Sie mich möglicherweise, wie Sie es schon einmal gemacht haben, wegen falscher Zeugenaussage dann wieder anzeigen. Daher sage ich da lieber gar nichts, weil ich es auch nicht weiß.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist ja schön, dass Sie vorsichtiger geworden sind.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich habe durch Sie gelernt, Herr Nationalrat. Man lernt ja nie aus.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da helfen wir Ihnen schon.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Sie können nachher noch ein bisschen scherzen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): An das, was der Kollege Pilz hier angeschnitten hat, ob das nur die Telekom ist, die Post hat er erwähnt. Aus Ihrer Beschuldigtenvernehmung halte ich vor eine Frage an Sie. Es geht um eine Zahlung der OMV. Da gaben Sie dann als Antwort:

Ich hatte einen Vertrag mit der OMV und habe in Bezug auf Öl (respektive Ölinformationen) Tim Landon zur Erfüllung des Vertrages benötigt. Ich habe von der OMV einen monatlichen Retainer von glaublich 18 000 € erhalten, und so weiter.

Dann schreiben Sie: Mein Ansprechpartner bei der OMV war, glaube ich, Dr. Rutenstorfer.

Wissen Sie, ist Dr. Rutenstorfer Jäger? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein, der ist kein Jäger!*) – Hat die OMV bei Ihnen Jagden gebucht?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Sollte ich Ihnen nicht sagen, weil dann ... – Sie haben nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich muss nur den Kollegen Petzner da ein bisschen Konkurrenz machen. Der erste Prüfungsgegenstand geht eigentlich um die Kontrolle der ÖIAG und nicht nur um die Telekom, sondern insbesondere der Telekom. Die Kontrolle über die ÖIAG und die ÖMV fällt da ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, die Auskunftsperson zu befragen. Interfraktionelle Gespräche bitte in die Fraktionssitzung oder in die Pause zu verlagern.

Haben Sie noch eine Frage, Herr Abgeordneter Rosenkranz?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nein, nein, es wurde alles beantwortet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich hoffe, ich habe jetzt auch die entsprechenden Freiheiten im Rahmen meiner Zusatzfragen wie der Herr Pilz.

Herr Mensdorff, ich lege Ihnen mehrere Dokumente vor.

Da gibt es einmal eine Teilnehmerliste von einer Jagd bei Ihnen vom 12. November 2006. Da war dabei die Frau Dr. Doris Ita vom Innenministerium, der Dr. Michael Fischer, damals ÖVP, heute Telekom, der Vorstandsdirektor Götz von der Post, der Kabinettschef des Innenministers, damals Ernst Strasser. Das ist nur einmal vom 12. November 2006.

Dann lege ich Ihnen vor als zweites Dokument die Einladung zu einer Sau-Jagd am 14. Jänner 2005. Da ist dabei unter anderem eine Richterin des Landesgerichtes Graz, da ist dabei der Philipp Ita, der Herr Julius Meisl. – Wir teilen es gleich aus.

Dann gibt es da noch ein Schreiben des Herrn Ita an Sie, an die MPA vom 7. September 2004 betreffend Ihre Jagd in Schottland, die Oktober-Jagd. Und dann gibt es noch zahlreiche Fotos von Jagden, und da gibt es ein schönes Gruppenfoto.

Also auf einem Foto erkenne ich den Herrn Ita, damals Kabinettchef, auf einem Foto erkenne ich den Herrn Ulmer, auch Mitarbeiter Strasser/Innenministerium, dann gibt es ein Foto mit dem Herrn Ita irgendwo in Schottland.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Können Sie mir vielleicht sagen, wer die Person links drauf ist?

Und dann gibt es noch mehrere Gruppenfotos.

Können Sie mir sagen, welche Personen auf diesen Fotos zu erkennen sind? Und darf ich Sie weiters fragen, wer diese Jagd am 12.11.2006, wo wir die Abschussliste vorliegen haben, und wer die Sau-Jagd am 14.1.2005 organisiert und bezahlt hat?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Nationalrat, im Prinzip enthalte ich mich, weil das ist in diesem Protokoll drinnen. Aber ich sage Ihnen, ich habe schon einmal gesagt heute, ich habe zwischen 30 und 40 Jagden bei mir pro Jahr, und das ist aus dem Jahr 2006, also sind das Jahre. Wir kommen beide von einem Bauernhof, wir sind relativ bodenständig, aber nicht so gescheit, dass wir das alles auswendig wissen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Weil wir beide Bauern sind, habe ich Ihnen auch Fotos dazugegeben, damit ich Ihre Erinnerung auffrische von dieser Jagd 2006. Das heißt, Sie brauchen mir nur vom Foto runterlesen. Und ganz rechts stehen Sie ja auf einem Foto mit Ihrem Hund. Sie brauchen mir nur die Namen der restlichen Personen zu sagen, die auf diesem Foto oben sind. Die werden Sie mir wohl nennen können, wenn Sie ein Foto konkret vorliegen haben.

Diese Erinnerung, die müssen Sie auch als Bauer haben. Seien Sie mir da ehrlich. *(Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich bemühe mich!)* – Bitte, bemühen Sie sich!

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ja, ich sage nur eines: Erstens weiß ich nicht, ob dieser vordere Zettel mit den Bildern hinten vom 12. November ist.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) *(zur Geschäftsbehandlung):* Frau Vorsitzende! Können Sie für die Verteilung sorgen, bitte. Wir würden da gerne mitschauen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, das BZÖ ist so freundlich und kopiert es entsprechend, damit der optische Eindruck allgegenwärtig ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Lukas kopiert es. Sie, Herr Mensdorff-Pouilly, können derweil die Fotos studieren und haben damit viel Zeit.

Vielleicht kann auch der Herr Amon ein paar Personen nennen. Es sind ja sehr viele von der ÖVP oben.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Schauen Sie, da stehen ja die Namen. Sie haben ja hier Namen. Ich weiß nicht, ob ich alle Gesichter zuordnen kann und will – wollen schon.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Versuchen Sie es einmal, weil die Frage ist ja, ob die Karte und die Fotos zusammengehören oder nicht.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein, nein, nein. Ich sage es Ihnen ehrlich: Sie haben die Namen, Sie haben die Gesichter. Warum soll ich meine Firmengeheimnisse – entschuldigen Sie! – preisgeben. Die stehen dann in der Zeitung. Wie kommt ein Herr Mag. XY dazu, der gar nichts mit einem öffentlichen Job zu tun hat, dass der dann morgen in den Zeitungen steht. Nicht böse sein. Sie haben mir versprochen, Sie

bringen mir meine Jagd nicht um. Jetzt versuchen Sie es gerade doch. Muss es sein? – Nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, nein, nein, Ihre Jagd bringe ich nicht um, keine Sorge.

Ich weiß ja nicht, Herr Graf oder Herr Mensdorff-Pouilly, ob diese Jagdkarten, die Sie vorne sehen, ob die Fotos da hinten zur Jagdkarte dazugehören. Diese eine Frage können Sie mir vielleicht beantworten.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Eines kann ich Ihnen sagen: Das ist der Herr Ita.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau, das ist der Herr Ita, den habe ich erkannt. Aber dann fragen wir folgendermaßen: Stimmt die Jagdkarte vorne vom 12.11.2006 mit den Fotos hinten überein oder nicht? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein!*) – Nein?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein, weil da stehe ich auch nicht drauf. Und ich stehe hier. Also kann es nicht zusammenpassen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also das passt nicht zusammen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Das passt nicht zusammen, nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann haben Sie ein Foto, wo man zwei Personen oben sieht vor einem Haus.

Können Sie mir nur sagen: War das in Schottland? Und wer ist die Person links von Herrn Ita?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Da entschlage ich mich. Ob das Schottland ist oder Luising, weiß ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie uns sagen, wer die Saujagd, wo Sie die Einladung haben vom Jänner 2005, und wer die Jagd – ... (*Zwischenruf des Abg. Amon.*) Entschuldigung, Herr Amon, das sind verschiedene Dokumente. Der Lukas kopiert. Wir müssen Farbkopien machen, damit Sie es sehen.

Es gibt eine Abschusskarte von einer Jagd am 12.11.2006.

Da frage ich Sie: Können Sie uns sagen, wer diese Jagd bezahlt hat, wer der Kunde ist? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein!*) – Und es gibt eine Saujagd aus dem Jahr 2005. Können Sie uns da sagen, wer der Kunde dieser Saujagd ist? Weil eben alles Politiker dort sind, aus der ÖVP zufällig.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein. Bei der Jagd müssen Sie mir einen Politiker zeigen: der Herr Treichl, der Herr Paar, der Herr Leitner, der Herr Hampel, der Herr Erlach, der Herr Czech, der Herr Appeltauer, und weiter will ich gar nicht vorlesen.

Ich bin da relativ politisch interessiert, aber von denen habe ich noch nie etwas gehört in der Politik.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wohl, es sind ein, zwei Politiker oben. (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein, Herr Nationalrat!*) – Die Schwierigkeit ist, dass jetzt gerade kopiert wird, deswegen kann ich jetzt nicht mitlesen, weil der Herr Amon das unbedingt braucht.

Also die Kunden wollen Sie nicht nennen.

Dann fragen wir anders: Hat die Telekom mit diesen Jagden etwas zu tun, also mit der Bestellung dieser Jagden? Hat die Telekom da Leistungen übernommen?

Falls nicht, zweite Frage: Hat ein Bundesministerium, zum Beispiel das Innenministerium oder andere, oder die Österreichische Volkspartei in diesem Zusammenhang Kosten für diese Jagden übernommen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Eines kann ich ausschließen: Die Österreichische Volkspartei hat das sicher nie gemacht, weil darüber war ich mir mit meiner Frau immer klar, das ist völlig getrennt. Also die hat da gar nichts damit zu tun. Und ich nehme an, sage ich auch, ohne mich jetzt zu entschlagen, dass diese zwei Listen mit der Telekom gar nichts zu tun haben. Aber das kann ich nur raten, weil die Telekom meines Wissens in Österreich nur zwei Jagden gehabt hat, und da war keine im November, nämlich keine Niederwildjagd, und beide sind Niederwildjagden – werden Sie dann im Jagdkurs lernen. Das sind beides Niederwildjagden, und daher nehme ich nicht an, dass die Telekom damit zu tun hat.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich möchte jetzt schon, Frau Vorsitzende, allen Ernstes sagen, dass wir hinkünftig eine Regelung treffen, dass, bevor Vorhalte gemacht werden, alle Fraktionen die Möglichkeit haben, diese Vorhalte auch zu bekommen. Denn der Kollege Petzner redet dauernd von Saujagden. Und ich sehe da nur eine Strecke von Fasanen und Hasen liegen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir werden das so handhaben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Und er regt sich dann auf. Nein, jetzt allen Ernstes. Ich würde wirklich bitten, Frau Vorsitzende, dass wir das vielleicht bei Gelegenheit in einer der nächsten Fraktionsvorsitzenden-Besprechungen diskutieren. Vorhalte sind dann zu machen, wenn alle Fraktionen die Möglichkeit haben, die Dokumente zu sehen und zu prüfen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, haben wir einmal schon besprochen. Danke. Ich habe es wieder notiert.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine kurze Schlussfrage noch.

Vorher noch zur Geschäftsordnung. Kollege Amon! Da haben Sie recht. Tut uns leid. Das Kopieren hat jetzt gedauert, weil es mehrere Seite sind und auch Farbdokumente sind. Aber diese Unterlagen bestehen aus drei Teilen, nur dass man das klarstellt:

Das Erste ist eine Abschussliste, das Zweite ist eine Einladung zu einer Saujagd und das Dritte sind Fotos von Jagden. Das heißt, vorne die Abschusskarten und die Einladung zur Saujagd müssen nicht zwangsläufig mit den Fotos hinten übereinstimmen. Das ist auch der Grund, warum Sie auf den Fotos Hasen sehen und vorne von der Sau die Rede ist.

Aber eine Frage, die ich ganz konkret habe, zum Schluss. Laut Dokument „Saujagd“ am 14.01.2005 ist in der Schützenliste eingetragen: Dr. Cattina Maria Leitner. Ich habe das recherchiert. Die Frau Dr. Cattina Maria Leitner ist Richterin am Landesgericht Graz.

Meine Frage ist: Kommt es bei Ihnen öfters vor – Schlussfrage –, dass Angehörige der Justiz – Richter sogar, Richter, wie etwa die Frau Leitner vom Landesgericht Graz – bei Ihnen auf diversen Jagdveranstaltungen zu Gast sind?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Lieber Herr Nationalrat! Die Frau Cattina Leitner ist die leibliche Schwester des Hanno Soravia.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und auch Richterin in Graz.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Der Hanno Soravia kann Jagden machen und kann dazu seine Schwester, glaube ich, auch ohne Genehmigung des BZÖ einladen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber Sie ist Richterin in Graz.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Und sie hat das ihrem, weiß ich sogar, ihrem, ich weiß nicht, Oberlandesgerichtsratspräsidenten oder was immer das ist, gemeldet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber die Frage war eine andere.

Alfons Mensdorff-Pouilly: Und sonst nicht mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Frage ist, ob öfter Angehörige der Justiz ...?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Ich weiß es nicht.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Moment. Bitte der Reihe nach. Der Herr Abgeordnete fragt, und Sie dürfen antworten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also abgesehen von der Frau Leitner. Frage: Gibt es öfter Angehörige der Justiz – Richter, Staatsanwälte, wer auch immer –, die bei Ihren Jagdveranstaltungen mit dabei sind?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Die werden sich hüten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Bei Ihnen teilzunehmen? (*Alfons Mensdorff-Pouilly: Ja!*) – Oder davor hüten, dass Sie sie hier sagen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Nein, bei mir teilzunehmen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ganz kurz noch. Das Detailwissen ist aber jetzt ohnedies phänomenal.

Ich habe noch eine Frage, und zwar zum Schluss, wie Sie dann zum Geld mehr oder weniger jetzt eigentlich kommen. Und Sie sagen dann hier in Ihrer Aussage, dass der Fischer plötzlich in Pension gegangen ist:

Mein Gesprächspartner war der Mag. Schieszler, und etwa im Oktober 2008 meinte er, wir brauchen das Projekt „Alpha“ gar nicht.

Jetzt sagen Sie dann: Schieszler sagte noch, die monatlichen Zahlungen seien kein Problem, aber die Success-Fee, also die Erfolgsfee, wäre schon ein Problem. Aufgrund meiner langen Tätigkeit ... – Wobei man sagen muss, es gab überhaupt keinen Erfolg, und daher weiß ich nicht, warum der Herr Schieszler gesagt hat, das ist ein Problem, diese Erfolgsfee, weil ja eben nichts vorgelegen ist. – Aber Sie kontern dann: Aufgrund meiner langen Tätigkeit für die Telekom schaltete ich jedoch auf stur und beharrte darauf. Die Success-Fee wurde schließlich auch bezahlt.

Für mich völlig unvorstellbar.

Jetzt meine Frage: Haben Sie da den Herrn Schieszler irgendwie bedroht und, wenn ja, wodurch? Und wie kommt es dazu, dass Sie, wenn Sie auf stur schalten, auf einmal 300 000 € kriegen?

Alfons Mensdorff-Pouilly: Herr Nationalrat, ich entschlage mich.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke für Ihr Kommen! Ich wünsche Ihnen weiters schöne Jagden.

*(Die Auskunftsperson **Mensdorff-Pouilly** und die Vertrauensperson Mag. **Schuster** verlassen den Sitzungssaal.)*

14.19

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich ersuche darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Saal zu bitten.

14.20

Auskunftsperson Alfred Gajdosik

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Alfred Gajdosik** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Alfred Gajdosik, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre Pflicht zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine (vorsätzlich) falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Alfred Gajdosik. Die weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion vor und wurden bekanntgegeben.

Sie waren im Untersuchungszeitraum nicht öffentlicher Bediensteter.

Herr Gajdosik, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Sie haben keine Vertrauensperson mitgebracht, insofern können wir sofort zum Behandeln des Fragenkomplexes übergehen. Sie haben aber die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung über diese Angelegenheiten. *(Die Auskunftsperson verneint dies. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Hornek das Wort.)*

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herzlich willkommen, Herr Gajdosik! Ich hoffe, ich spreche Ihren Namen richtig aus. Meine erste Frage an Sie wäre: Können Sie uns darstellen, wie der FCG-Wien strukturiert ist, organisiert ist, welche Aufgabenstellung Sie dabei haben, beziehungsweise – was mir sehr wichtig ist, um Größendimensionen bewerten zu können – wie viele Mitglieder gibt es zirka in Ihrer Organisation?

Auskunftsperson Alfred Gajdosik: Entschuldigung, wenn meine Stimme ein bisschen schlecht ist, weil ich ein bisschen verkühlt bin, aber dann trinke ich einen Schluck Wasser.

Die FCG-Wien ist ein Verein, wie gesagt, ist auch im ÖGB untergebracht. Wir haben in Wien rund 30 000 Mitglieder. Unsere Aufgabe ist natürlich die Betreuung von Betriebsräten, aber auch unserer Mitglieder, und dementsprechend bei Betriebsratswahlen Hilfestellung für die Betriebsräte zu geben beziehungsweise den Kandidaten. Also grundsätzlich gesagt.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Zur Größenordnung: Wie viele Mitglieder hat Ihr Verein cirka?

Alfred Gajdosik: Der Verein hat insgesamt 270 000.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): 270 000 Mitglieder? (*Alfred Gajdosik: Ja!*) – Kann ich daher davon ausgehen, dass 270 000 Mitglieder eine durchaus interessante Dimension ist für Firmen, um sich entsprechend zu positionieren, zu etablieren, als Werbepartner zu betrachten? Wer arbeitet mit Ihnen in diesem Zusammenhang zusammen? Sie werden unter Umständen eine Medienpartnerschaft haben, Sie haben unter Umständen Kooperationen mit verschiedenen privaten Firmen.

Können Sie uns das skizzieren?

Alfred Gajdosik: Selbstverständlich gerne. Wir haben Vereinbarungen mit Banken, also sprich mit der Erste Bank, mit der Sparda Bank, mit der Österreichischen Beamtenversicherung. Wir hatten aber auch mit der Städtischen bereits und meines Wissens, also vor etlichen Jahren, auch mit der UNIQA Geschäftsverbindungen beziehungsweise mit der s Versicherung. Und mit der Telekom natürlich, Entschuldigung, klarerweise.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Und mit der Telekom. Das hätte ich Sie jetzt ergänzend gefragt. (*Alfred Gajdosik: Ja!*) – Herr Gajdosik, kennen Sie den Herrn Hohegger?

Alfred Gajdosik: Nein, nicht persönlich.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Haben Sie auf indirektem Wege Kontakt mit Herrn Hohegger gehabt?

Alfred Gajdosik: Ein einziges Mal, telefonisch, als ich anrief, wo es darum gegangen ist, dass er eine Rechnung bekommt, weil ich habe von der Telekom den Bescheid bekommen, dem Herrn Hohegger die Rechnungen zu schicken, beziehungsweise wir als FCG, und da habe ich eine Telefonnummer bekommen und ihn gefragt, an welche Adresse wir das schicken sollen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Haben Sie mit dem Herrn Hohegger telefonisch oder in schriftlicher Form oder mit der Telekom Sponsoring-Aktivitäten vereinbart?

Alfred Gajdosik: Ich kann Ihnen sagen, wie das zustande gekommen ist. Ich war beim Herrn Rudolf Fischer, beim Vorstandsdirektor, Zeitpunkt weiß ich nicht mehr genau, habe dort vorgesprochen, habe mich vorgestellt als FCG-Wien Vorsitzender, habe ihn gefragt, ob es für die Telekom interessant wäre, da eine Vereinbarung zu machen, aufgrund unserer Mitgliederzahl. Er hat ja gesagt, und aufgrund dessen ist diese Vereinbarung zustande gekommen. Mit dem Herrn Hohegger habe ich nie eine Vereinbarung gemacht, und auch, wie gesagt, bis auf das eine Mal, wo ich mit ihm gesprochen habe wegen dem Zuschicken der Rechnung, war das alles.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Gajdosik, Sie haben vorher sehr große Firmen genannt, die partnerschaftlich mit Ihnen zusammenarbeiten. Was mich interessieren würde: War das für Sie einmalig oder eher logisch, dass große Firmen wie im konkreten Fall die Telekom quasi eine Agentur dazwischenschalten, um derartige organisatorische Vereinbarungen zu treffen beziehungsweise auch entsprechende Regelungen zu treffen, wie man partnerschaftlich zusammenarbeitet?

Alfred Gajdosik: Also ich wusste damals überhaupt nicht, dass der Herr Hohegger eine Agentur ist. Ich habe angenommen, dass der sogar ein Angestellter der Telekom ist. Also wir haben angerufen, wo sollen wir die Rechnung hinschicken, und da wurde mir gesagt, an den Herrn Hohegger. Gut, okay, und das war's. Und ich habe angenommen, der Herr Hohegger ist eigentlich ein Angestellter der Telekom. Ich wusste nicht, dass das eine Agentur ist. Vielleicht klingt das naiv, aber es ist so, das ist die Wahrheit.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich nehme an, jetzt wissen Sie es.

Alfred Gajdosik: Jetzt weiß ich es, ja, jetzt weiß ich es, keine Frage. Damals wusste ich es nicht.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Daher muss ich konkret die Frage an Sie richten: Uns liegen hier quasi im Akt Rechnungen der Fraktion Christlicher Gewerkschafter von Wien vor, und ich darf Ihnen kurz das Datum nennen und den Betrag und die Definition dazu. Und zwar: 30.5.2006, 15 000 € Marketingzuschuss Telekom. (**Alfred Gajdosik: Jawohl!**) – 7.3.2007, 25 000 € Marketingzuschuss Telekomprojekte, 2.4.2008, 30 000 € Marketingzuschuss Telekomprojekte und 5.6.2008, 3 600 € Beratungsleistung FCG-Wien an die Mitglieder.

Was können Sie mir zu diesen Rechnungen sagen? Erläutern Sie mir bitte das Zustandekommen der Rechnung, der Leistung. Welche Leistungen haben Sie dafür erbracht?

Alfred Gajdosik: Also zur ersten Rechnung, vom 30.5.2006: Wir haben im Jahr 2006 einige Veranstaltungen gemacht, unter anderem war damals das Thema Telearbeit ein sehr großes Thema, wo es vor allem für die Arbeitnehmer darum ging: Wenn ich von zu Hause arbeite, wie funktioniert das wirklich? Wie wird mir meine Arbeit verrechnet? Wie funktioniert das mit dem Computer? – Da haben wir gemeinsam mit dem damaligen technischen Leiter der Telekom – der Name ist mir entfallen, aber der ist sicher herauszufinden – eine Großveranstaltung gemacht. Es wurde auch eine Pressekonferenz dazu gemacht. Das war einmal das Hauptthema, also rein das hat uns eigentlich für gute zwei oder zweieinhalb Monate beschäftigt.

Wir haben dann – weiterhin 2006 – ebenfalls ein großes Arbeitnehmerfest, wo die Telekom mit einem Stand vertreten war, ihre Produkte dementsprechend angeboten hat, wo Werbematerialien und dergleichen verteilt wurden und Kontakt mit den Betriebsräten beziehungsweise Personalvertretern aufgenommen wurde.

Es gab im Dezember 2006 ein sogenanntes Betriebsräte- und Personalvertreterfrühstück, wo in etwa rund 300 Personen anwesend waren, wo ebenfalls die Telekom durch Banner, aber auch mit Materialien vor Ort war und sich eben dementsprechend beworben hat.

Und wir haben auch noch zusätzlich bei diversen Veranstaltungen, die wir, sage ich einmal, hatten – bei unseren Sitzungen und dergleichen –, die Telekom immer dementsprechend mitbeworben. Da ist es darum gegangen, wie bekomme ich Handys, um – also, was weiß ich? – die Verträge für Handys, welche Möglichkeiten gibt es? – Diese ganze Geschichte, die es gibt, also auch aufgrund der Folder und der Sachen. Das war 2006 bei den ersten Sachen.

Zum Zweiten, zu den 25 000 € 2007: Da hatten wir einmal eine Großveranstaltung, da ging es damals um das Thema Breitband. Dazu hat es auch eine wirklich also relativ große – ich kann das dann gerne durchgeben – Darstellung gegeben: Wie funktioniert Breitband? Was ist Breitband? Welche Vorteile hat dadurch der Einzelne und auch der Arbeitnehmer? – Das war eines der Hauptthemen .

Dann gab es dazu einen Fachgruppentag von unserer Gewerkschaft, wo wir ebenfalls mit Werbemitteln die Telekom beworben haben.

Dann hatten wir ein Fußballbenefiz für Spastiker und Mehrfachbehinderte, wo zirka 600 Personen anwesend waren – das war in Wiener Neudorf –, wo die Telekom ebenfalls mit Ständen und dergleichen vertreten war. Damals war der Marketing-Chef – auch dessen Namen weiß ich nicht mehr, wer das damals war, aber das wird herauszufinden sein – auch vertreten, um dort dann auch einen Pokal persönlich zu

überreichen und dergleichen. – Das heißt also, wir haben hier wirklich jedes Jahr eigentlich auch dementsprechend vertreten.

Und natürlich gab es auch 2007 ebenfalls wieder dieses Betriebsräte- und Personalvertreterfrühstück, das immer im Dezember ist, Anfang Dezember.

Bei den 30 000 €, das ist dann 2008 gewesen, hatten wir diverse Veranstaltungen, wie ebenfalls eine große Arbeitnehmerkonferenz – die war im September.

Entschuldigung, ich habe nicht dazugesagt, wann was ist, wenn Sie das noch wissen wollen. Entschuldigung bitte, das ist mir jetzt gerade aufgefallen. (*Abg. Hornek winkt ab.*)

Auf jeden Fall gab es im September 2008 eine große Arbeitnehmerkonferenz, wo es natürlich wie immer Banner und einen Stand der Telekom gab, wo ebenfalls wieder ihre Produkte entsprechend angeboten wurden. Bei der FCG-Wahl in Wien waren ebenfalls Werbemittel und das Banner der Telekom anwesend. Bei diversen Leseveranstaltungen, die auch stattgefunden haben, waren ebenfalls Werbemittel dementsprechend vereinbart.

Zu den 3 500 € beziehungsweise 3 600 €: Das war eine eigene Schaltung der Telekom, wo es noch einmal um das Breitband gegangen ist. Also auch bei dem ist es ebenfalls um eine Breitbandveranstaltung gegangen. – Das waren also die Dinge, die wir gemacht haben mit der Telekom.

Wir haben laufend Werbeutensilien gegeben. Wir hatten unter anderem auch Inserate. Also ich habe da auch die entsprechenden Muster mit (*die Auskunftsperson hält einige Kopien in die Höhe*), damals mit 118877, dann dieses um 2 Cent mit BestFriend telefonieren, das superschnelle Breitband sowie vom Festnetz-SMSen. – Also das waren die Dinge, die wir auch dementsprechend für die Telekom mit angeboten haben und auch unseren Personalvertretern und Betriebsräten weitergegeben haben, die es natürlich dann auch an ihre Kollegen weitergeleitet haben.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, man kann zusammenfassen: Sie haben die Produkte der Telekom einer beachtlichen Breite, nämlich 270 000 Mitgliedern (*Alfred Gajdosik: Korrekt!*), wie Sie gesagt haben, nähergebracht (*Alfred Gajdosik: Ja!*) und technologische Veränderungen quasi entsprechend in Form von Veranstaltungen und in Form von entsprechenden Einschaltungen weitergebracht, inklusive Benefizveranstaltungen.

Das könnte man damit vergleichen – natürlich in wesentlich kleinerer Form –, wie das beim Donauinselfest üblich ist: dass Firmen sich präsentieren, man entsprechend die Möglichkeit hat, das Produkt kennenzulernen, und dafür leistet das Unternehmen einen entsprechenden Beitrag. Allerdings gehe ich beim Donauinselfest von höheren Beträgen aus.

Alfred Gajdosik: Das wollte ich gerade sagen. Und außerdem ist das eine Veranstaltung über zwei oder drei Tagen hinweg, und bei uns war das praktisch immer über das komplette Jahr beziehungsweise über die Jahre verteilt.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, eine Zusammenarbeit im wahrsten Sinne des Wortes? (*Alfred Gajdosik: Korrekt!*)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Gajdosik, habe ich das jetzt richtig vernommen: Die FCG Wien als Verein hat 270 000 Mitglieder oder ist das österreichweit?

Alfred Gajdosik: Nein, die Gesamt-FCG hat 270 000 Mitglieder. So habe ich es auch gesagt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Der Kollege Hornek hat da offensichtlich einen kleinen Übertragungsfehler gehabt, weil er gesagt hat, das war Werbung für 270 000 Personen. Wie viele Mitglieder hat jetzt die FCG Wien, denn die FCG Wien hat das ja eigentlich für sich vereinnahmt?

Alfred Gajdosik: Die FCG Wien hat 30 000 Mitglieder, vertritt aber natürlich weitaus mehr durch die Betriebsräte in ihren Betrieben. Also wenn Sie das zusammenzählen, kommen Sie wieder auf diese Zahl hin, denn ich muss das ja dann rechnen für den Betrieb. Der einzelne Betriebsrat und der Personalvertreter spricht ja nicht nur für seine Mitglieder, sondern für alle in seinem Betrieb oder in seiner Institution. Er gibt das ja an alle weiter.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das heißt, wenn ich das jetzt richtig verstehe – nachdem nicht alle Arbeitnehmer in Wien in ihrer Weltanschauung nur christlich-sozial sind –, der Betriebsrat wirbt praktisch bei seinem Paket für die Telekom in diesem Zusammenhang bei allen Angestellten (*Alfred Gajdosik: Korrekt!*), die irgendwo in Betrieben sind. Der Betriebsrat – oder sie – geht herum und hat dann eines dieser Plakate, dass man 118877 anrufen kann. Das hängt dann im Schaukasten der Betriebsratsgruppe (*Alfred Gajdosik: Zum Beispiel, ja!*) und so weiter. – Damit man sich das vorstellen kann, wie dann diese Multiplikationsrechnung weitergeht.

Und dem liegt eine Vereinbarung zugrunde, die Sie mit dem Herrn Rudolf Fischer von der Telekom geschlossen haben? (*Alfred Gajdosik: Korrekt!*)

Jetzt sagt der Herr Hochegger in seiner Einvernahme als Beschuldigter am 3.11.2009:

Befragt zur Rechnung der Fraktion Christlicher Gewerkschafter, unterschrieben durch Herrn Kommerzialrat Pörtl und KR Gajdosik über 30 000 als Marketingzuschuss, Telekomzuschuss, an die Valora AG gebe ich an, dass diese Zahlungen auf Wunsch der Telekom, Herrn Fischer, geleistet wurden. Diese Organisationen haben mit Herrn Fischer vereinbart, für das Honorar bestimmte Gegenleistungen im Bereich Kommunikation und Marketing zu erbringen. Die Abrechnung erfolgte über mich, wahrscheinlich weil die Telekom das nicht direkt bezahlen wollte.

Haben Sie da irgendeine Wahrnehmung, warum das die Telekom nicht direkt selbst bezahlen wollte?

Alfred Gajdosik: Nein, habe ich nicht. Also so, wie ich vorher bereits gesagt habe. Wir haben angerufen: Wem sollen wir die Rechnung stellen?, und da hieß es: Die Rechnung bitte an den Herrn Hochegger schicken!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Diese Rechnung ist aber nicht an den Herrn Hochegger gegangen, wenn ich das Gesamte hernehme – und die Rechnungen liegen Ihnen ja vor –, sondern es heißt in der Rechnungsanschrift: an die Valora Unternehmensberatung AG (*Alfred Gajdosik: Korrekt!*), zu Handen Herrn Hochegger. (*Alfred Gajdosik: Jawohl!*) – Das ist auch von Ihnen unterschrieben.

Alfred Gajdosik: Das ist so zustande gekommen – auch wie ich gesagt habe –: Aufgrund dessen habe ich die Nummer des Herrn Hochegger bekommen, habe gefragt: Okay, wo soll ich Ihnen die Rechnung hinschicken?, und da wurde uns diese Adresse genannt und aufgrund dessen wurde die Rechnung geschickt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also er hat ganz genau gesagt, wie der Adressenkopf ...

Alfred Gajdosik: Wie der Firma beziehungsweise die Adresse lautet, genau.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wie Sie das – an die Firma und zu Handen Herrn Hochegger – jetzt bekommen haben, da waren Sie wahrscheinlich nicht

mehr der Meinung, dass das ein Angestellter der Telekom ist, sondern dass das etwas Separates sein sollte.

Alfred Gajdosik: Ist klar, ja, aber nur – noch einmal –, wenn die Telekom mir sagt, ich soll das über ihn verrechnen, nehme ich an, dass das auch jemand ist, der für die Telekom arbeitet und das dementsprechend übernimmt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es sind all diese Rechnungen auf dem Briefpapier der FCG Landesgruppe Wien ausgestellt (*Alfred Gajdosik: Ja!*), und bei zwei Rechnungsbeträgen – bei einem über 15 000 € und bei einem über 3 600 € – wurde das Ganze auch auf ein Konto lautend auf FCG Wien – ein Sparbuch mit der Nummer ... bei der Erste Bank – übermittelt. (*Alfred Gajdosik: Ja!*)

Bei den beiden anderen Rechnungen – bei jener vom 7.3.2007 und der vom 2.4.2008 – sind die Beträge auf ein Konto bei der Sparda-Bank gegangen (*Alfred Gajdosik: Korrekt!*), und dieses Konto lautet nämlich nicht auf FCG, sondern es lautet auf GAPÖ. (*Alfred Gajdosik: Jawohl!*)

Was steckt hinter diesem Kürzel GAPÖ?

Alfred Gajdosik: Das ist relativ einfach erklärt: Dahinter steckt Gajdosik/Pörtl. Ich als Vorsitzender der FCG Wien, der Herr Pörtl als Landesgeschäftsführer und gleichzeitig auch Finanzreferent. Wir haben damals mit der Sparda ebenfalls eine Kooperation begonnen und darum haben wir auch ein Konto bei der Sparda gemacht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie können aber ausschließen, dass dieses Geld, das dort eben für GAPÖ, Gajdosik/Pörtl, gekommen ist, Ihnen in irgendeiner Form privat zuzurechnen ist, sondern es handelt sich bei diesem Konto ...

Alfred Gajdosik: In keinster Weise, bitte! In keinster Weise!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Frage und eine klare Antwort.

Alfred Gajdosik: Ja, ja, ich sage es auch klar.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Guten Tag, Herr Gajdosik! Woher kannten Sie Rudolf Fischer, als Sie ihn gefragt haben, ob es vonseiten der Telekom sozusagen eine Unterstützung für die FCG Wien geben würde?

Alfred Gajdosik: Ich habe ihn überhaupt nicht gekannt. Ich habe, so wie bei vielen Firmen – wie bei der Erste Bank, wie bei der Sparda – beinhart versucht, eine Kooperation zu finden. Ich habe angerufen und habe dort einen Termin bekommen – nach längerer Zeit natürlich. Ich habe ihn nicht sofort bekommen, aber ich habe ersucht um einen Termin. Ich habe ihn vorher nicht gekannt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, es gab früher noch keine Zuschüsse von der Telekom an die FCG Wien. (*Alfred Gajdosik: Nein!*) Das war sozusagen im Zuge dessen, dass Sie Vorsitzender geworden sind, da haben Sie versucht, Mittel zu lukrieren. (*Alfred Gajdosik: Genau, ja!*)

Ich habe noch eine Frage zu den Rechnungen. Mir ist aufgefallen, bei vier Rechnungen steht: Marketingzuschuss, und bei einer Rechnung steht: Beratungsleistungen für FCG-Mitglieder. Sie haben vorhin gesagt, diese Rechnung betreffend Beratung Mitglieder war eine Schaltung zu einer Breitband-Veranstaltung, Werbeutensilien, Inserate. Warum haben Sie das unterschiedlich tituliert?

Alfred Gajdosik: Das, muss ich Ihnen sagen, weiß ich nicht mehr. Das kann ich nicht sagen. Ich weiß es nicht mehr. Das weiß ich wirklich nicht mehr.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Also, da sind nicht von der Telekom Handys an Betriebsräte ..., dargelegt worden, welche Tarife es gibt?

Alfred Gajdosik: Nein! – Also, das kann ich jetzt nicht sagen. Ich nehme an – die Rechnungen hat damals natürlich der Herr Pörtl geschrieben –, dass man ihm gesagt hat – was weiß ich? –, das ist Marketingzuschuss, weil das war das und das. Aber das weiß ich wirklich nicht mehr, das kann ich nicht sagen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Hat die FCG Wien eine Zeitung? (*Alfred Gajdosik: Ja!*)

Und in dem Marketingzuschuss sind auch die Inserate (*Alfred Gajdosik: Ja!*) vonseiten der Telekom drinnen? (*Alfred Gajdosik: Korrekt!*)

Sind Inserate im Rahmen des gesamten Zeitraums geschaltet worden? Sie haben jetzt sozusagen nur den Schluss hergezeigt, dass die Rechnung vom 5. Juni 2008 Inserate beinhaltet hat.

Alfred Gajdosik: Die waren im Zeitraum beziehungsweise das eine oder andere sicherlich auch nachher oder kurz vorher wahrscheinlich, würde ich sagen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Also die Inserate waren nur auf diese eine Rechnung bezogen oder auf den gesamten Zeitraum?

Alfred Gajdosik: Nein, nein, auf den gesamten Zeitraum! Entschuldigung, das habe ich falsch verstanden, den gesamten Zeitraum.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Haben Sie da auch die Werbeabgabe und die Anzeigenabgabe entrichtet? (*Alfred Gajdosik: Ja!*) Denn anhand der Rechnungen sieht das aus, als ob das nur eine Leistung gewesen wäre und nicht Inserate. (*Alfred Gajdosik: Jawohl! Ja, wurde! Ja!*)

Ich habe noch eine Frage. Herr Hochegger sagt in einer Einvernahme, dass auf Wunsch von Ihnen die vereinbarte Zahlung auf zwei Organisationen aufgeteilt wurde. Er meint bei seiner Einvernahme, die, ich glaube, im November 2011 stattfand – das kann man jetzt nicht lesen, aber wir können Ihnen das gerne vorhalten –, dass das der Wunsch von Ihnen war.

Der Grund für die Aufteilung ist mir unbekannt, ich sah ihn aber positiv, weil zwei Netzwerke, ÖAAB und FCG, beziehungsweise ihr Umfeld positiv über die Telekom Austria gesprochen haben.

Haben Sie einen Vorschlag gebracht, dass ...

Alfred Gajdosik: Nein! Sicher nicht! Es ist mir überhaupt nicht bekannt, worum es da geht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich wollte da noch nachfragen, weil ich weiß, dass es gewisse nicht so leichte Kooperationen zwischen ÖAAB und FCG gibt, und deswegen wäre das meine nächste Frage gewesen. Aber Sie verneinen hier, dass Sie jemals eine Aufteilung der Zahlungen gemacht haben. (*Alfred Gajdosik: Ja, genau!*)

Das heißt, alles ist für die FCG Wien: in der Zeitung, über Inserate ...

Alfred Gajdosik: Das ist rein für die FCG Wien. Alles, was hier gekommen ist, ist auch tatsächlich rein für die FCG Wien verwendet worden.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ist eigentlich von diesen Marketingzuschüssen dann etwas übrig geblieben, was für die Organisation FCG Wien verwendet wurde, oder wurde alles bei den Veranstaltungen, die Sie vorher aufgezählt haben, verbraucht?

Alfred Gajdosik: Es wurde für die Veranstaltungen beziehungsweise natürlich auch für Betriebsratswahlen verwendet – also Zuschüsse für die Kollegen, die dann natürlich ebenfalls Werbematerialien und dergleichen zukaufen. Dafür wurde das verwendet.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wir haben schon vor einigen Sitzungen des Untersuchungsausschusses einen ehemaligen Kollegen, den Herrn Kusun, hier befragt. Ich möchte Sie fragen, haben Sie von den Privatzahlungen an Herrn Kusun gewusst?

Alfred Gajdosik: Nein, wusste ich nicht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Die Zahlungen, die Sie bekommen haben beziehungsweise Ihre Organisation, das haben Sie auch im Rahmen Ihrer Vorstandssitzungen dargelegt (*Alfred Gajdosik: Korrekt!*), wie viel Geld wo hereingekommen ist? (*Alfred Gajdosik: Ja!*)

Dann noch eine Frage zum Schluss. Herr Colombo hat am 13. März 2012 hier im Ausschuss gesagt, dass es am 23. Jänner 2004 ein Treffen in Kitzbühel, wahrscheinlich anlässlich des Hahnenkamm-Rennens, gegeben habe, wo auch Sie dabei gewesen seien. – Stimmt das?

Alfred Gajdosik: Das stimmt, das ist korrekt. Ich war eingeladen und bin auch dort hingefahren.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und Sie waren auch bei diesem Treffen wo Schlaff, Gorbach, Reichhold, Wittauer und Gassauer dabei waren?

Alfred Gajdosik: Ja, ich nehme an, dass die dabei waren. Ich kann nicht bestätigen, dass da alle dabei waren, aber es waren sicher einige dabei.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich denke mir, das eine ist die sportliche Veranstaltung, das andere ist eine Abendessens-Einladung. (*Alfred Gajdosik: Richtig, genau!*) Sie reden von der Abendessens-Einladung.

Alfred Gajdosik: Ich spreche vom Abendessen, genau. Also, es war die Sportveranstaltung und dann im Anschluss ein Abendessen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Können Sie sich noch erinnern, was da Gesprächsthema war bei diesem Abendessen?

Alfred Gajdosik: Da war eigentlich nichts Besonderes Gesprächsthema, sondern im Prinzip, sage ich einmal, Small Talk. Ich könnte mich nicht wirklich erinnern, dass da irgendwelche Themen waren, die interessant waren. Das könnte ich nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sagen Sie, in der Vorbereitung Ihrer Befragung, haben Sie da mit irgendjemandem aus dem Bereich der ÖVP darüber gesprochen? (*Alfred Gajdosik: Nein!*)

Das können Sie ausschließen? (*Alfred Gajdosik: Ja!*)

Haben Sie mit dem Herrn Amon darüber gesprochen? (*Alfred Gajdosik: Nein!*)

Und mit dem Herrn Pörtl?

Alfred Gajdosik: Mit dem Herrn Pörtl ja, natürlich, weil ich mir ja meine Unterlagen zusammenholen muss. Der Herr Pörtl ist mein Landesgeschäftsführer.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie kennen ja die Grundsätze des ordentlichen Rechnungswesens: Das ist einmal das Datum, das man hineinschreibt, wer der Rechnungsadressat ist, von wem die Rechnung ist, und dann muss es einen konkreten Rechnungsinhalt geben.

Nehmen wir einmal die Rechnung her, die uns noch genauer beschäftigen wird, vom 30.5.2006. Da steht: Marketingzuschuss Telekom. – Das ist alles, nur mit Sicherheit kein konkreter Rechnungsinhalt, außer es handelt sich um eine Spende, und darauf werden wir zurückkommen.

Welche Leistungen haben Sie im Detail schriftlich der Valora dazu abgerechnet?

Alfred Gajdosik: Also, der Valora habe ich erstens einmal schriftlich gar nichts abgerechnet. Ich habe – Sie waren nur leider vorhin nicht da; ich habe das vorhin beantwortet, aber ich mache das gerne noch einmal – mit dem Herrn Rudolf Fischer eine Vereinbarung getroffen, dass die Telekom der FCG Wien mehr oder weniger Zuschüsse für folgende Dinge gibt: dass wir Marketing, Werbung und dergleichen für die Telekom machen – und das haben wir getan. Wir haben das in mehreren Dingen getan, in Veranstaltungen, in Benefiz-Fußballturnieren, also von bis ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich weiß das, das weiß ich. Herr Gajdosik! Es geht darum, Leistungen abzurechnen. Ich weiß schon, was Sie gesagt haben. Wo ist die schriftliche Abrechnung der von Ihnen genannten ... – Schauen Sie, es besteht ja die Möglichkeit, das möchte ich Ihnen gar nicht unterstellen, dass Sie sich jetzt hingewetzt haben, nachdem wir das im Bereich ÖAAB sehr genau durchforstet haben, und sich gedacht haben, na, was könnten wir da alles anführen. Das kann natürlich jetzt passieren, und deswegen: In einem ordentlichen Rechnungswesen macht man gleich ein Verzeichnis der Leistungen, die man erbracht hat. Wo ist dieses Verzeichnis?

Alfred Gajdosik: Das Verzeichnis ist da. *(Die Auskunftsperson hält ein Schriftstück in die Höhe.)*

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Von wann stammt das?

Alfred Gajdosik: Das stammt von heuer, weil ich ja bereits auch eine Einladung für das BAK habe; morgen in der Früh. Da haben wir nochmals alles zusammengeschrieben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Machen Sie Leistungszusammenstellungen, wenn Sie ein Geld von wem auch immer kriegen, erst dann, wenn Sie vom Bundesamt für Korruptionsbekämpfung vorgeladen werden?

Alfred Gajdosik: Nein, aber es liegt ja bei mir vor, was gemacht wird. Es wird ja über alles – bei einem Verein, in einem Vorstand beziehungsweise in einem Präsidium – was wir machen ein Beschluss gefasst, und die haben wir.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Gajdosik, lässt sich aus den schriftlichen Beschlüssen irgendwo nachvollziehen, dass Sie das und das aufgrund von Telekom-Geldern geleistet haben, aufgrund der Beschlüsse von damals?

Alfred Gajdosik: Es lässt sich wahrscheinlich schon feststellen, denn von wo hätten wir sonst das Geld hergehabt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nicht „von wo hätten wir sonst das Geld hergehabt“, sondern ...

Alfred Gajdosik: Ich verstehe jetzt die Frage nicht ganz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Den Eindruck habe ich auch. Es geht schlicht und einfach um ein ordentliches Rechnungswesen. Wenn Sie jetzt irgendetwas zusammengeschrieben haben für das Bundesamt für Korruptionsbekämpfung, kann das stimmen, muss aber nicht stimmen. Das ist einfach so. Das ist für mich kein Beweis für ein ordnungsgemäßes Rechnungswesen.

Ich möchte wissen, was Sie **damals**, zum Zeitpunkt der Zahlung und der Leistungserfüllung, als Leistungsverzeichnis schriftlich angelegt haben.

Alfred Gajdosik: Es wurde kein Leistungsverzeichnis – ich habe es schon gesagt, aber ich wiederhole es – angelegt. Es wurde uns gesagt, das sollen wir tatsächlich aufschreiben, und das waren unsere Leistungen, die ich gesagt habe. Wir haben tatsächliche Leistungen gebracht, Herr Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, dann sagen Sie uns ganz konkret, von wann diese Leistungsaufstellung datiert!

Alfred Gajdosik: Ich schreibe mir da kein Datum dazu, von wann die Leistung war. Ich kann Ihnen sagen, wann die Leistungen alle vollbracht wurden. Ich kann Ihnen den Monat sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Gajdosik, das ist eine Frage des Glaubens, und es steht mir nicht zu, jetzt zu sagen, ob ich Ihnen glaube oder nicht glaube. Das ist im Moment auch unerheblich. Es geht nur darum: Wann haben Sie diese Leistungsaufstellung, wo Sie behaupten, es kann ja stimmen oder nicht, die steht in einem ursächlichen Zusammenhang mit den Valora-Zahlungen, wann haben Sie dieses Leistungsverzeichnis erstellt?

Alfred Gajdosik: Wir haben das erstellt als es hieß okay, wir werden ... – Bei der ersten Befragung durch eine Zeitung in Wahrheit. Ich weiß nicht mehr, wer das war. War es das „profil“ oder wer immer.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): **Wann** bitte? Können Sie mir ein Datum sagen?

Alfred Gajdosik: Das Datum weiß ich nicht genau. Das war im Vorjahr, denn dann habe ich nachgeschaut, okay, was haben wir wirklich ... Es muss im Vorjahr gewesen sein, ich weiß es nicht genau. Das habe ich mir nicht aufgeschrieben. Es hat mich eine Zeitung, ich glaube das „profil“, damals angerufen und gesagt: Was haben Sie von der Telekom für Geld gekriegt, und was haben Sie dafür gemacht?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das war also im Jahr 2011. Ein Leistungsverzeichnis aus dem Jahr 2011. Fünf Jahre, nachdem Sie das Geld bekommen haben, erstellen Sie ein Leistungsverzeichnis. Das kann man jetzt sehen und werten wie man will. Das ist einmal das eine. Es ist ja nicht unsere Aufgabe, jetzt zu überprüfen, warum Sie nicht damals, sondern erst fünf Jahr später auf Nachfrage und dann bei beginnenden Ermittlungen ein Leistungsverzeichnis **im Nachhinein** erstellt haben.

Was mich jetzt interessiert in diesem Zusammenhang ist die Seite Valora/Telekom. Vielleicht können Sie uns da weiterhelfen? Wenn ich als Telekom über die Valora oder auch direkt ein Geld ausgabe, dann möchte ich auch wissen: Ist die Leistung erbracht worden? In welcher Art und Weise hat sich die Telekom über die Valora vergewissert, dass sie für ihr Geld auch ganz bestimmte Leistungen bekommen hat?

Alfred Gajdosik: Indem die Telekom bei den meisten Veranstaltungen selbst vor Ort war, immer mit Personen, aber auch zum Teil die Werbemittel oder die Banner entweder geschickt hat oder wir das abgeholt haben. Das war somit auch der klare Beweis, dass wir diese Leistung vollbracht haben. Ich verstehe das nicht, was Sie mir unterstellen wollen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich verstehe das nicht, warum Sie an diesem Punkt, wo ich versuche, einiges zu klären, gleich von Unterstellungen reden. Herr Gajdosik, Sie sollten sich einmal ...

Alfred Gajdosik: ... unterstellen wollen. Ich habe nichts gemacht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, Sie sollten sich einmal daran gewöhnen, dass in diesem Ausschuss Ihnen jetzt einmal gar nichts unterstellt wird. Wenn ich der Meinung bin, ich möchte gewisse Feststellungen über Ihr Verhalten treffen, dann werde ich das schon tun. Aber soweit bin ich noch nicht. Jetzt stelle ich Ihnen schlicht und einfach Fragen. (*Alfred Gajdosik: Gerne!*) – Sie sind bereits von meiner Vorrednerin oder Vorfragerin zu dieser Aufteilung befragt worden, aus der Beschuldigtenvernehmung Hohegger vom 31. 10. 2011. (*Zwischenruf der Abg. Mag. Lapp.*)

Entschuldigung, es gibt zwei verschiedene, wo zu diesen Aufteilungen befragt wird. Wir haben 6.6.2011 und darüber hinaus, ich beziehe mich jetzt auf die vom 31.10.2011. Da erklärt der Herr Hohegger, dass es – dazu sind Sie gefragt worden – eine Vereinbarung mit der Fraktion Christlicher Gewerkschafter gab, auf deren Wunsch von Herrn Alfred Gajdosik die vereinbarte Zahlung auf zwei Organisationen aufgeteilt wurde. Wissen Sie, das ist ein Punkt, den verstehe ich nicht.

Haben Sie sich gewünscht, dass die Zahlungen auf zwei Organisationen aufgeteilt wurden?

Alfred Gajdosik: Nein, das stimmt auch nicht. Das habe ich nie gemacht. Das stimmt nicht. Bitte, diese Aussage stimmt nicht. Das möchte ich ganz klar und deutlich widerlegen. Das habe ich nie gesagt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, Sie unterstellen dem Herrn Peter Hohegger da – ich möchte das nur bei Protokoll haben – eine falsche Beweisaussage?

Alfred Gajdosik: Ja. Das habe ich nie gesagt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich halte es nur fest fürs Protokoll, weil wir den Herrn Dr. Hohegger bei anderer Gelegenheit dazu befragen werden.

Ich zitiere noch einmal wörtlich:

Hier handelt es sich um eine Vereinbarung mit der Fraktion Christlicher Gewerkschafter, auf deren Wunsch von Herrn Alfred Gajdosik, FCG Landesgeschäftsführer von Wien, die vereinbarte Zahlung auf zwei Organisationen aufgeteilt wurde. Der Grund für die Aufteilung ist mir unbekannt. Ich sah ihn aber positiv, weil zwei Netzwerke, ÖAAB und FCG, beziehungsweise ihr Umfeld positiv über die Telekom Austria gesprochen haben. – Zitatende.

Ist ja klar, was der Herr Dr. Hohegger hier behauptet. Sie hätten vorgeschlagen, teilen wir das alles auf, machen wir zwei miteinander verbundene Netzwerke. Sagen wir einmal das Amon/Gajdosik Doppelnetzwerk, dann kriegen wir das gleich doppelt. Jetzt gibt es aber nur eines, was die Darstellung vom Dr. Hohegger etwas stützt, das ist ... (*Obfrau-Stellvertreter Dr. Jarolim: Redezeit!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ich komme dann nachher auf diese Rechnung noch zurück, denn da muss ich Sie ausführlicher fragen. Das ist genau eine erfolgte Aufteilung auf zwei Rechnungen, aber ich komme dann darauf zurück.

Alfred Gajdosik: Ich möchte nur noch einmal betonen: Ich habe nie so eine Vereinbarung mit dem Herrn Dr. Hohegger getroffen, geschweige denn hat es je so ein Gespräch gegeben. Ich würde auch ersuchen, das bitte im Protokoll festzuhalten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nur ganz kurz, weil Sie ja Vorsitzender der FCG sind. Halten Sie es für vereinbar, wenn ein Gewerkschafter wie der Herr Kusun, der eigentlich die Arbeitnehmerinteressen in der Telekom vertreten sollte, zugleich auf

der Payroll jenes Lobbyisten, nämlich Hohegger, steht, der die Geschäftsinteressen der Telekom vertritt?

Alfred Gajdosik: Also ich bin natürlich nicht der Anwalt des Herrn Kusun, aber ich würde so etwas nicht tun.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also Sie halten das für nicht vereinbar, als Gewerkschafter? (*Alfred Gajdosik: Ja!*) – Gibt es mehrere Fälle von Gewerkschaftern, die Ihnen bekannt sind, die einerseits Arbeitnehmerinteressen vertreten sollen und andererseits auf der Payroll von Lobbyisten beziehungsweise Unternehmensvertretern stehen?

Alfred Gajdosik: Mir nicht bekannt, nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch einmal zu diesen Marketingzuschüssen. Wir haben da eine Zahlung im Jahr 2006: 15 000 €, Jahr 2007: 25 000 € und Jahr 2008: zweimal 25 000 € der Fraktion Christlicher Gewerkschafter, Landesfraktion Wien, über die Valora.

Haben Sie das jemals hinterfragt, warum das über die Valora laufen soll? Wenn ja, bei wem, oder haben Sie das nie hinterfragt?

Alfred Gajdosik: Nein. Es war so – dass ich das noch einmal wiederhole –: Wir haben bei der Telekom angerufen, wir wollen die Rechnung stellen, und da hieß es, wir sollen die Rechnung an den Herrn Dr. Hohegger schicken.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und Sie haben ausgesagt, dass Sie geglaubt haben, der Hohegger sei Telekom-Mitarbeiter.

Alfred Gajdosik: Richtig, so ist es. Das habe ich damals geglaubt. Ich habe dann eine Telefonnummer bekommen, habe den Herrn Hohegger angerufen, und er hat mir gesagt, auf was wir die Rechnung ausstellen sollen, also auf welche Adresse und Firma. Das war's.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, noch einmal: Den Auftrag, das über die Valora zu machen, den Hinweis haben Sie aus der Telekom bekommen?

Alfred Gajdosik: Aus der Telekom, jawohl.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von wem konkret, vom Herrn Fischer?

Alfred Gajdosik: Das war das Büro Fischer. Es wurde das Büro Rudolf Fischer angerufen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau, das geht ja auch aus den Unterlagen hervor. Rudolf Fischer, das ist schon klar. Das heißt, irgendein ÖVP-Politiker, -Minister, -Angehöriger war da nie involviert, wie wir das in anderen Fällen auch haben? (*Alfred Gajdosik: Nein!*) – Der Hohegger sagt ja auch in seiner Beschuldigtenvernehmung, dass diese Zahlungen auf Wunsch von Fischer erfolgt sind.

Frage: Welchen persönlichen Kontakt haben Sie mit Fischer in diesem Zusammenhang gehabt und welche Informationen hat Ihnen das Fischer-Büro konkret zur Rechnungslegung gegeben?

Alfred Gajdosik: Noch einmal – ich habe das auch vorhin schon beantwortet –: Ich kannte den Herrn Fischer überhaupt nicht. Ich habe – so wie bei mehreren Firmen, aber auch Banken, Versicherungen, wo wir Vereinbarungen haben – bei der Telekom angerufen, um einen Termin beim Herrn Fischer ersucht, den ich dann nach einiger Zeit bekommen habe. Ich habe ihm vorgeschlagen, ob es eine Möglichkeit gibt, mit der FCG Wien so eine Vereinbarung zu machen. Dem hat er zugestimmt, und so hat es stattgefunden. Ich kannte Herrn Fischer im Vorhinein nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie sind Sie darauf gekommen, dass Sie dazu ausgerechnet einen Termin beim Herrn Fischer machen?

Alfred Gajdosik: Ich bin nur zum Vorstand, ich wollte nur einen Vorstand haben. Es war wahrscheinlich ein Zufall, dass ich zum Herrn Fischer gekommen bin.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es hat Ihnen niemand gesagt, gehen Sie wegen dem und dem zum Herrn Fischer?

Alfred Gajdosik: Nein. Das war ein reiner Zufall. Ich bin halt zum Herrn Fischer gekommen. Ich habe damals ersucht, mit einem Vorstandsmitglied ein Gespräch zu haben und wurde an den Herrn Fischer vermittelt. Ich glaube, damals war der Herr Sundt noch ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von wem wurden Sie an den Herrn Fischer vermittelt?

Alfred Gajdosik: Von der Telekom damals.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie da eine Person nennen, die Ihnen gesagt hat, Sie müssen zum Vorstand gehen?

Alfred Gajdosik: Ich habe bei der Telekom angerufen (*Abg. Petzner: Wo?*), habe das Vorstandsbüro verlangt und bin anscheinend im Büro des Herrn Fischer gelandet. Da hat eine Sekretärin abgehoben. Ich habe mich vorgestellt, habe gesagt, mein Name ist Gajdosik, ich bin der FCG Wien-Vorsitzende und hätte gerne einen Termin mit dem Herrn Fischer (*Abg. Petzner: Oder Vorstand!*) – mit dem Vorstand, weil die gesagt hat, das ist das Büro Dr. Fischer – ich weiß jetzt gar nicht, ob er Doktor ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich gehe davon aus, dass die in der Telekom – und das zeigt das auch – bestens informiert waren darüber, an wen man sich in dem Zusammenhang wenden soll, nämlich an den Herrn Fischer.

Eine kurze Frage noch zu diesem Druckkostenbeitrag, IP-Telefonie-Beilage. Hochegger sagte in seiner Beschuldigtenvernehmung vom 6.6.2011 aus, dass es sich im Wesentlichen um eine Scheinrechnung handelt, also ohne Gegenleistung.

Können Sie diese Aussagen bestätigen oder nicht?

Alfred Gajdosik: Um welche Rechnung geht es da bitte?

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Konkreter Vorhalt, bitte!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da geht es um einen Druckkostenbeitrag, wir sind jetzt beim ÖAAB. Wenn Sie sagen, Sie können nichts sagen zum ÖAAB, dann übergehen wir diese Frage.

Alfred Gajdosik: Zum ÖAAB kann ich nichts sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also Sie haben da auch keinerlei Informationen? (*Alfred Gajdosik: Nein!*) – FCG und ÖAAB sind ...

Alfred Gajdosik: Noch einmal, diese Vereinbarungen haben alle für die FCG Wien gegolten.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich muss da jetzt nachfragen, Herr Gajdosik. Sie haben gesagt, Sie haben ganz einfach angerufen und das Vorstandsbüro verlangt, und daraufhin hat Ihnen dann der Herr Fischer gleich ermöglicht, dass Sie da mehr als 70 000 € bekommen. Solche Telefonate „lohnen“ sich, entschuldigen Sie; unter Anführungszeichen. Jetzt brauche ich da etwas mehr Erläuterungen.

Alfred Gajdosik: Nur per Telefon war es nicht. Ich habe ja gesagt, ich habe dann einen Termin bekommen, war bei ihm und habe ihm erst einmal erklärt, wie viele

Mitglieder wir haben, wie viele Personen wir dadurch vertreten und gefragt, ob das für die Telekom interessant wäre, da auch werbemäßig, marketingmäßig etwas zu tun. Ich habe gesagt, welche Veranstaltungen wir planen, damals war, 2006, speziell das Thema Telearbeit großes Thema, und Arbeitnehmerfeste ... – Also diese Dinge habe ich ihm alle gesagt, und aufgrund dessen hat er gesagt: Okay, da können wir eine Vereinbarung machen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Er hat Ihnen nicht gesagt, aus welchem Bereich, also aus dem Marketing-Budget oder aus seinem Budget, sondern ... (*Alfred Gajdosik: Nein!*) Wissen Sie noch, wann Sie 2006 bei Herrn Vorstand Fischer waren, wenn Sie dann schon am 30. Mai die erste ...

Alfred Gajdosik: Es war sicher im Frühjahr, aber ich könnte das Datum jetzt nicht wirklich ehrlich sagen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Eine Frage hätte ich noch: Vorher hat der Herr Kollege Pilz sehr intensiv nachgefragt, ob Sie keine Leistungsverzeichnisse haben und was die Leistungen waren, die Sie uns vorher erzählt haben. Jetzt führt mich das zu folgender Frage: Woher haben Sie all diese Aufstellungen genommen? Ist das aus der Buchhaltung von der FCG, oder haben Sie das jetzt aus dem Gedächtnis aufgeschrieben, was Sie uns vorher erzählt haben?

Alfred Gajdosik: Nein, wir haben das nicht aus dem Gedächtnis aufgeschrieben. Wir führen ja Protokolle über Sitzungen, wo ja auch diese Veranstaltungen beschlossen werden, und aufgrund dessen haben wir das zusammengestellt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Also aufgrund der Vorstandsprotokolle der Vorstandssitzungen (*Alfred Gajdosik: Richtig!*), aber nicht aufgrund der Buchhaltung. (*Alfred Gajdosik: Nein!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ganz eine kurze Frage, das ist wirklich ganz einfach. Sie haben jetzt mehrfach diese Rechnungen, die uns vorliegen, erklärt. Sie haben gesagt, da sind Sie im Interesse der Telekom tätig geworden, Sie und Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben für das Unternehmen geworben.

Sagen Sie, sind Sie Gewerkschafter oder Vertreter?

Alfred Gajdosik: Ich bin Gewerkschafter, aber ich schaue, dass meine Mitglieder auch Vorteile haben, das gehört meines Erachtens auch zu einem guten Gewerkschafter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, wenn jetzt ein Unternehmen zu Ihnen kommt und sagt: Herr Gajdosik, wir würden da, wie heißt das bei Ihnen, einen Marketingzuschuss zahlen, einmal 15 000, dann wieder einmal 25 000, einmal 30 000, immer Marketingzuschuss. Es ist ja klar, ich verstehe Sie schon. Ein Zuschuss dafür, dass Sie Marketing für die Telekom betreiben.

Frage: Für wie viele Unternehmen arbeiten Sie als Marketing-Vertreter innerhalb der FCG?

Alfred Gajdosik: Ich arbeite nicht als Marketing-Vertreter (*Abg. Dr. Pilz: Sondern?*), sondern ich arbeite für Mitglieder. Mitglieder erwarten sich auch, dass sie gewisse Vorteile haben. Auch der Gesamt-ÖGB macht Angebote für die Telekom. Auch der Gesamt-ÖGB macht Angebote für Banken billiger, auch der Gesamt-ÖGB macht Angebote für Versicherungen, die günstiger sind. Auch der Gesamt-ÖGB macht für ein großes Einkaufshaus eine Rabattaktion. Wieso darf ich das nicht als FCG machen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was haben Ihre Mitglieder jetzt billiger bekommen?

Alfred Gajdosik: Zum Teil natürlich hat es Angebote gegeben über Handyverträge. Es hat Informationen gegeben über das Breitband, was damals sehr interessant war, und es hat auch Informationen über die Vorteile der Telearbeit gegeben, die damals das große Thema war: Wie ist das, wenn ich wirklich von zu Hause arbeite, und welche Vor- und Nachteile habe ich als Einzelner.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): So, jetzt sage ich Ihnen zum ersten Mal, warum ich Ihnen kein Wort glaube. Es ist ganz einfach: Hätte es eine konkrete Aktion gegeben – verbilligte Handys, bessere Tarife, sonst etwas –, dann hätte es darüber irgendwelche Vereinbarungen gegeben – die gibt es aber nicht. Nichts da, nichts in den Akten zu finden. Was Sie bekommen haben, sind Marketing-Zuschüsse für die Leistung, die Sie möglicherweise erbracht haben, nämlich nicht als Gewerkschafter gegenüber dem Unternehmen, sondern als Vertreter des Unternehmens gegenüber den eigenen Fraktionsmitgliedern und Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen tätig zu werden. Das ist eine vollkommen andere Geschichte. Die Frage ist: War die Telekom das einzige Unternehmen, das sich Herrn Gajdosik über einen Marketingzuschuss engagieren konnte, oder haben andere Unternehmen Sie auf dieselbe Art engagiert? Ich möchte nur das wissen.

Alfred Gajdosik: Ich sage nur eines: Erstens einmal waren bei den Veranstaltungen zum Großteil immer diverse Mitarbeiter der Telekom selbst anwesend, nicht ich habe das verkauft. Ich habe andere Aufgaben. Ich bin nicht der Verkäufer der Telekom, das bin ich ganz sicherlich nicht, sondern es hat Personen der Telekom gegeben, es hat Werbematerial der Telekom gegeben, das verteilt wurde. – So ist das passiert, nicht ich war der Verkäufer! Da irren Sie sich, Herr Pilz!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann nennen Sie uns andere Unternehmen, von denen Sie ebenfalls Marketingzuschüsse erhalten haben.

Alfred Gajdosik: Ich habe sie genannt, werde sie aber noch einmal nennen. Wir haben Vereinbarungen mit der Erste Bank, wir haben eine Vereinbarung mit der Sparda-Bank, wir haben eine Vereinbarung mit der Österreichischen Beamtenversicherung, wir hatten eine mit der Wiener Städtischen, vor etlichen Jahren auch mit der UNIQA, und die s Versicherung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt – da keine Fragen mehr vorliegen – der Auskunftsperson **Alfred Gajdosik** und verabschiedet diese.

15.11

In einer kurzen Sitzungsunterbrechung berät **Obfrau Dr. Gabriela Moser** mit den Fraktionsführern und erklärt danach die Sitzung für **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 15.14 Uhr